



# StaWi

Staat und Wirtschaft in Hessen

73. Jahrgang 3|2018



## Hessen in Europa

Außenhandel; Wohnen; Auslandskontrollierte Unternehmen

Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung; EU-Bürgerinnen und EU-Bürger



# Impressum

ISSN 0344 — 5550 (Print)  
ISSN 1616 — 9867 (Digital)

**Copyright:**

Hessisches Statistisches  
Landesamt, Wiesbaden, 2018

Vervielfältigung und Verbreitung, auch  
auszugsweise, mit Quellenangabe  
gestattet.

**Herausgeber:**

Hessisches Statistisches Landesamt,  
Wiesbaden, Rheinstraße 35/37  
Telefon: 0611 3802-0,  
Telefax: 0611 3802-890  
E-Mail: [vertrieb@statistik.hessen.de](mailto:vertrieb@statistik.hessen.de)  
Internet: <https://statistik.hessen.de>

**Schriftleitung:**

Philip Graze, Rheinstraße 35/37,  
Wiesbaden, Telefon: 0611 3802-810

**Haus-/Lieferanschrift:**

Hessisches Statistisches Landesamt,  
Rheinstraße 35/37, 65185 Wiesbaden

**Postanschrift:**

Hessisches Statistisches Landesamt,  
65175 Wiesbaden

**Erscheinungsweise:** vierteljährlich

**Bezugspreis:**

Print: 13,00 Euro  
Jahresabonnement: 44,20 Euro  
(jew. inkl. Versandkosten)  
PDF-Datei als kostenloser Download im Internet.

**Gesamtherstellung:**

Hessisches Statistisches Landesamt

**Auskünfte:**

erhalten Sie zu allen Bereichen der hessischen  
Landesstatistik bei unserem Informationsservice:  
Telefon: 0611 3802-802 oder -807,  
E-Mail: [info@statistik.hessen.de](mailto:info@statistik.hessen.de)

[GESUNDES unternehmen]



**Zeichenerklärung**

— = genau Null (nichts vorhanden) bzw. keine Veränderung eingetreten.

0 = Zahlenwert ungleich Null, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit.

. = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten.

... = Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

( ) = Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch unsicher ist.

/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll (oder bei Veränderungsraten ist die Ausgangszahl kleiner als 100).

D = Durchschnitt.

s = geschätzte Zahl.

p = vorläufige Zahl.

r = berichtigte Zahl.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind nur negative Veränderungsraten und Salden mit einem Vorzeichen versehen.

Positive Veränderungsraten und Salden sind ohne Vorzeichen.

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet worden.

Das Ergebnis der Summierung der Einzelzahlen kann deshalb geringfügig von der Endsumme abweichen.

# Editorial



Liebe Leserinnen und Leser,

Hessen – im Herzen Europas: Die neue Ausgabe von ***Staat und Wirtschaft in Hessen*** verortet unser Bundesland im europäischen Kontext: Wie stark ist die hessische Wirtschaft? Wie leben Hessinnen und Hessen im Vergleich mit den europäischen Nachbarn? Wie steht es um ihre Wohn- und Arbeitssituation? Welche Verbesserungen will die Hessische Nachhaltigkeitsstrategie für die Bürgerinnen und Bürger erreichen?

Der Frankfurt Airport, zweitgrößter Frachtflughafen Europas, ist Symbol für Hessens internationale Handelsbeziehungen. Hier wird eine ganz besondere Ware umgeschlagen: Abfall. Die bedeutende Rolle, die der Handel mit Wegwerfwaren für die hessische Wirtschaft spielt, zeichnen wir nach. Ein zweiter Aufsatz listet die Spitzenreiter der Güter des hessischen EU-Im- und Exports auf. Wirtschaftliche Globalisierung hört für Hessen nicht beim Handel auf. Unsere Autorinnen und Autoren zeigen, wie attraktiv der Standort für auslandskontrollierte Unternehmen ist.

Neben Wirtschaft und Handel schauen wir auch auf die Lebensverhältnisse der Hessinnen und Hessen: Wie lebt es sich im Herzen Europas? Ein Artikel fragt nach Ballungszentren ausländischer Bevölkerungsgruppen. Ein weiterer Aufsatz beleuchtet, wie die Bürgerinnen und Bürger selbst ihren Lebensstandard einschätzen und gleicht die Ergebnisse mit europäischen Werten ab. Im Fokus stehen dabei Wohnraum und -umfeld. Ein Exkurs zur Hessischen Nachhaltigkeitsstrategie zeigt außerdem, wie sich das Leben für Hessens Bevölkerung bis 2030 verbessern soll.

Unsere Rubrik „Hessen in Europa“ blickt auf die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Hessinnen und Hessen und vergleicht sie mit der anderer Europäerinnen und Europäer.

Entdecken Sie in dieser Ausgabe spannende Themen rund um Hessen in Europa! Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen beim Lesen dieser Ausgabe.

Ihre

Dr. Christel Figgner

Präsidentin des Hessischen Statistischen Landesamts



© Dmitry Nikolaev – Fotolia.com

## EU-Bürgerinnen und EU-Bürger in Hessen — räumliche Verteilung und demografische Struktur 2017

5

von *Diana Schmidt-Wahl*



© Fotomanufaktur – Fotolia.com

## Europäische Verflechtungen der hessischen Wirtschaft – Auslandskontrollierte Unternehmen und der Außenhandel

9

von *Dr. Joachim Lutz und Anna Elisa Nikolis*



© industrieblick – Fotolia.com

## Hessen und der Handel mit Europa

21

von *Dr. Joachim Lutz*

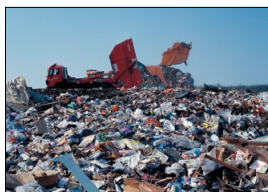


© Tiberius Gracchus – Fotolia.com

## Wohnen in Hessen und in der EU — Ausgewählte Ergebnisse aus der EU-SILC 2016

24

von *Stefanie Picard*



## Die hessische Abfallbewirtschaftung überschreitet Grenzen

32

von *Jacek Walsdorfer*



© frank peters – Fotolia.com

## Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung — Ein Blick auf die Implementation in Europa, Deutschland und Hessen

39

von *Stefanie Picard*





© JENS – Fotolia.com

## Hessen in Europa: In der Hauptbeschäftigung geleistete Wochenarbeitsstunden

52

von *Benedikt Kull*

## Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

55

## Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes 06/18 bis 08/18

56

## Vorschau auf das nächste Heft 4/2018

59



© gustavofrazao – Fotolia.com

## Ausgewählte neue Daten für Landkreise und kreisfreie Städte

STATISTIK HESSEN

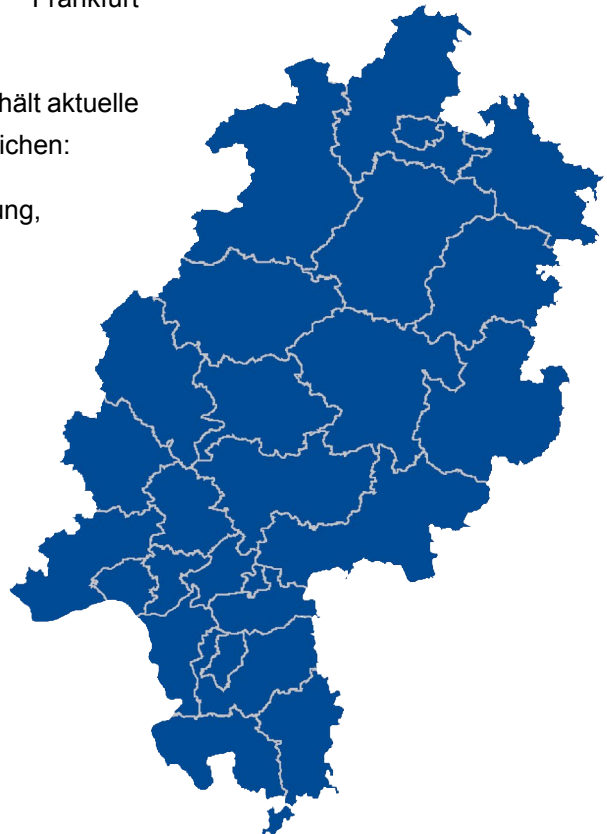
■ Mit dieser zweimal jährlich herausgegebenen Veröffentlichung ist reichhaltiges Material über jeden Landkreis und seine Struktur, für Kreisvergleiche nach verschiedenen Gesichtspunkten sowie für Untersuchungen über die innere Landesstruktur verfügbar.

Die „Hessischen Kreiszahlen“ bringen den Beziehern eine erhebliche Arbeits-, Zeit- und Kostenersparnis, weil sie regelmäßig neue Kreisdaten bieten, die sonst aus vielen fachstatistischen Veröffentlichungen zusammengestellt werden müssten. Einiges Kreismaterial wird speziell für diese Veröffentlichung aufbereitet. Jeder Band enthält

zusätzlich Daten für die kreisangehörigen Gemeinden mit 50 000 oder mehr Einwohnern und für den Regionalverband Frankfurt RheinMain.

Die Veröffentlichung enthält aktuelle Daten u. a. zu den Bereichen:

- Gebiet und Bevölkerung,
- Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt,
- Bildung und Kultur, Gesundheitswesen,
- Landwirtschaft,
- Verarbeitendes Gewerbe, Baugewerbe,
- Gewerbeanzeigen,
- Verkehr, Tourismus,
- Geld und Kredit,
- Steuern, Finanzen,
- Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen,
- Umwelt.



Mit Schaubildern zu ausgewählten Themenbereichen des Inhalts.



Aktuelle Angaben über die neuesten Ausgaben finden Sie im Internet oder nehmen Sie direkt Kontakt mit uns auf.

Hessisches Statistisches Landesamt, 65175 Wiesbaden  
Telefon: 0611 3802-950 · Fax: 0611 3802-992  
E-Mail: [vertrieb@statistik.hessen.de](mailto:vertrieb@statistik.hessen.de)  
Internet: <https://statistik.hessen.de>



Online:  
PDF-Format,  
mit Excel-Anhang,  
kostenloser Download, DIN A 4, Umfang 70 - 90 Seiten

Bildnachweis:  
pdf icon © Alex White – Fotolia.com

W43-17

# EU-Bürgerinnen und EU-Bürger in Hessen — räumliche Verteilung und demografische Struktur 2017

*Im Fokus des Beitrags stehen die räumliche Verteilung und demografische Zusammensetzung der ausländischen EU-Bürgerinnen und -Bürger zum Jahresende 2017 sowie deren zeitliche Entwicklung seit 2007. Damals erfolgte mit Bulgarien und Rumänien (1.1.2007) die fünfte EU-Erweiterung und am 1. Juli 2013 trat der jüngste und inzwischen 28. Mitgliedsstaat Kroatien der Europäischen Union bei. Von Diana Schmidt-Wahl*

Am Jahresende 2017 lebten nach Auswertung des vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geführten Ausländerzentralregisters (AZR)<sup>1)</sup> 1,05 Mill. Frauen und Männer mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Hessen. Fast die Hälfte (45 %) waren Staatsangehörige aus einem Mitgliedstaat der EU. Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung lag bei knapp 16 %<sup>2)</sup> wobei 7 % ausländische EU-Staatsangehörige und knapp 9 % Staatsangehörige aus Nicht-EU-Staaten waren.

## **Zahl der EU-Ausländerinnen und EU-Ausländer nach 2006 um 70 % auf 471 700 gestiegen**

Zwischen Jahresanfang 2007 und Jahresende 2017 ist die Zahl der in Hessen lebenden ausländischen EU-Bürgerinnen und -Bürger (EU-27, ohne Deutschland) um 194 200 oder 70 % auf 471 700 gestiegen. Die Zunahme konzentrierte sich auf den südhessischen Regierungsbezirk Darmstadt und hier insbesondere auf die kreisfreie Stadt Frankfurt am Main. Maßgeblich war die zunehmende Bedeutung der Migration aus den jüngsten Mitgliedsländern Rumänien (+ 53 200), Bulgarien (+ 36 300) und Kroatien (+ 20 100). In der Summe stieg die Zahl dieses Personenkreises seit dem 1. Januar 2007 (41 700) bis 31. Dezember 2017 (151 300) fast auf das 4-Fache. Aus der Gruppe der sogenannten EU-Osterweiterung 2004 (10 Länder) trugen insbesondere Polen



© Dmitry Nikolaev – Fotolia.com

(+ 40 900) und mit deutlichem Abstand Ungarn (+ 9000) und Litauen (+ 4500) maßgeblich zum Wachstum bei. Unter den älteren Mitgliedsländern fiel die Zunahme der italienischen (+ 8200) und spanischen Staatsangehörigen (+ 7200) relativ stark ins Gewicht.

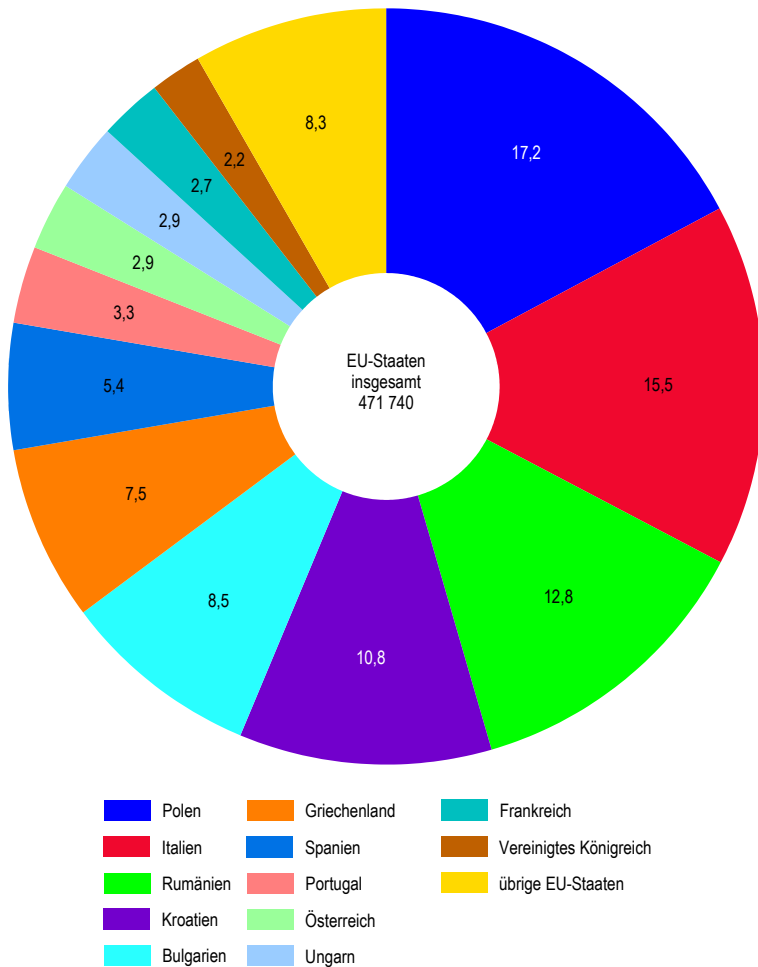
## **Welche EU-Ausländergruppen dominieren?**

Polnische Staatsangehörige stellten Ende 2017 mit 17 % (80 900) die größte EU-Ausländergruppe (siehe Abbildung 1). Es folgten mit 16 % (73 200) italienische und mit 13 % (60 500)

1) Das AZR ist die einzige Quelle, die es ermöglicht, Informationen über die Staatsangehörigkeiten und die Aufenthaltsdauer der Ausländer zu erhalten, da die amtliche Bevölkerungsfortschreibung diese Merkmale nicht erfasst.

2) Fortschreibung, Stand 31.12.2017.

Abbildung 1: Ausländische EU-Bevölkerung in Hessen am 31.12.2017 (in %)



rumänische Staatsangehörige. Auf den Rängen 4 bis 6 standen Personen aus Kroatien (50 800; 11 %), Bulgarien (39 900; 9 %) und Griechenland (35 300; 8 %). Relativ kleine Gruppen bildeten spanische (25 600; 5 %) Staatsangehörige sowie Portugiesen, Österreicher, Ungarn, Franzosen und Vereinigtes Königreich mit jeweils gut 2 % bzw. rund 3 %. Die übrigen EU-Nationalitäten gelangten über einen Anteil von 2 % nicht hinaus.

### Regionale Schwerpunkte der ausländischen EU-Bürgerinnen und -Bürger

Bei insgesamt gestiegenen Zahlen hat sich die räumliche Verteilung der ausländischen EU-Angehörigen innerhalb der letzten Dekade nicht nennenswert verändert. Wie damals so auch heute wohnen die meisten EU-Ausländerinnen und EU-Ausländer in Südhessen: 83 % der ausländischen EU-Staatsangehörigen lebten 2017

im Regierungsbezirk Darmstadt, gut jeder fünfte lebte in Frankfurt am Main (siehe Tabelle 1). Weitere südhessische regionale Schwerpunkte sind die kreisfreien Städte Offenbach am Main (7 %) und Wiesbaden (6 %) sowie die Landkreise Offenbach (8 %), Groß-Gerau (7 %) und der Main-Kinzig-Kreis (6 %). In den mittel- und nordhessischen Regierungsbezirken Gießen und Kassel lebten dagegen nur 8 % bzw. 9 % der ausländischen EU-Bürgerinnen und -Bürger und kein Landkreis kam über einen Anteil von 2 % der ausländischen EU-Staatsangehörigen.

Die Hauptursache dieser regional sehr unterschiedlichen Verteilung resultiert aus den besseren Chancen, in den wirtschaftsstärkeren Gebieten einen Arbeitsplatz zu finden, sowie aus verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Verbindungen. Beide Motive führen eher zu einer Konzentration als zu einer Gleichverteilung der Nationalitäten.

Polnische Staatsangehörige bspw., die hessenweit 17 % der ausländischen EU-Bevölkerung ausmachen, stellen im Landkreis Hersfeld-Rotenburg (36 %) und im Werra-Meißner-Kreis (33 %) jeweils rund ein Drittel, in Frankfurt am Main aber nur 13 %. Italienische Staatsangehörige – mit landesweit 16 % – bilden im Landkreis Marburg-Biedenkopf 22 % aller dort lebenden EU-Ausländerinnen und -Ausländer, im Landkreis Hersfeld-Rotenburg aber nur 6 %. Die Rumänen, drittgrößte EU-Ausländergruppe (13 %) in Hessen, stellen im Landkreis Fulda und im Lahn-Dill-Kreis mit jeweils 21 % die größte Gruppe, in der kreisfreien Stadt Darmstadt, im Hochtaunuskreis und im Main-Taunus-Kreis hingegen nur jeweils 9 %. Ähnliche Konzentrationen lassen sich – auf zahlenmäßig immer kleinerem Niveau – auch für weitere Nationalitäten feststellen.

### Mehr Männer als Frauen

Das Geschlechterverhältnis hat sich im Betrachtungszeitraum 2007 gegenüber 2017 nur leicht verändert. Ende 2017 waren 54 % (31.12.2006: 51 %) der registrierten EU-Ausländer männlichen, 46 % (31.12.2006: 49 %) weiblichen Geschlechts (siehe Tabelle 2); mit anderen Worten: Auf 1000 Männer kamen 917 Frauen (31.12.2006: 956). Das Verhältnis von Frauen



**Tabelle 1: EU-Ausländerinnen und -Ausländer in den kreisfreien Städten und Landkreisen am 31.12.2017<sup>1)</sup>**

Kreisfreie Stadt (St.) / Landkreis	Insgesamt	Anteil in %	Zunahme absolut 01.01.07 - 31.12.17	Staatsangehörigkeiten nach Häufigkeit in %					
				Platz 1	Platz 2	Platz 3			
Hessen	471 740	100,0	194 155	polnisch	17	italienisch	16	rumänisch	13
Regierungsbezirk Darmstadt	390 205	82,7	155 800	polnisch	16	italienisch	16	rumänisch	12
Darmstadt, St.	11 800	2,5	2 705	italienisch	19	polnisch	16	spanisch	9
Frankfurt am Main, St.	105 475	22,4	37 300	kroatisch	16	italienisch	15	polnisch	13
Offenbach am Main, St.	30 975	6,6	17 080	rumänisch	17	griechisch	16	polnisch	14
Wiesbaden, St.	28 635	6,1	9 170	polnisch	18	italienisch	15	rumänisch	12
Bergstraße	18 400	3,9	9 010	polnisch	28	italienisch	13	rumänisch	12
Darmstadt-Dieburg	22 110	4,7	8 000	polnisch	20	italienisch	20	rumänisch	12
Groß-Gerau	31 290	6,6	14 360	italienisch	18	griechisch	17	polnisch	15
Hochtaunuskreis	18 640	4,0	6 735	polnisch	17	italienisch	15	kroatisch	10
Main-Kinzig-Kreis	30 100	6,4	13 340	polnisch/italienisch	19	rumänisch	16	kroatisch	11
Main-Taunus-Kreis	21 595	4,6	7 440	kroatisch	18	italienisch	16	polnisch	14
Odenwaldkreis	7 960	1,7	3 870	griechisch	25	rumänisch	20	polnisch	14
Offenbach	35 330	7,5	14 010	italienisch	21	polnisch	15	kroatisch	15
Rheingau-Taunus-Kreis	11 240	2,4	5 395	polnisch	25	italienisch	16	rumänisch	13
Wetteraukreis	16 655	3,5	7 390	polnisch	22	rumänisch	15	italienisch	14
Regierungsbezirk Gießen	39 720	8,4	17 120	polnisch	18	rumänisch	16	italienisch	15
Gießen	10 730	2,3	4 225	polnisch	18	rumänisch	17	italienisch	13
Lahn-Dill-Kreis	9 295	2,0	3 490	rumänisch	21	polnisch	14	griechisch	11
Limburg-Weilburg	7 930	1,7	3 340	bulgarisch	18	italienisch	17	polnisch	14
Marburg-Biedenkopf	9 055	1,9	4 690	polnisch	22	italienisch	22	rumänisch	15
Vogelsbergkreis	2 710	0,6	1 380	polnisch	30	rumänisch	16	italienisch	12
Regierungsbezirk Kassel	41 815	8,9	21 235	polnisch	23	rumänisch	15	bulgarisch	12
Kassel, St. <sup>2)</sup>	17 725	3,8	7 265	polnisch	19	bulgarisch	17	rumänisch	13
Fulda	6 680	1,4	3 785	rumänisch	21	polnisch	21	italienisch	12
Hersfeld-Rotenburg	4 670	1,0	3 420	polnisch	36	rumänisch	16	kroatisch	9
Schwalm-Eder-Kreis	5 080	1,1	3 205	polnisch	29	rumänisch	15	bulgarisch	15
Waldeck-Frankenberg	5 270	1,1	2 310	polnisch	15	rumänisch	14	italienisch	13
Werra-Meißner-Kreis	2 390	0,5	1 250	polnisch	33	rumänisch	17	italienisch	9

1) Quelle: Ausländerzentralregister. – 2) Einschl. Landkreis Kassel.

und Männern ist in den Altersgruppen „bis unter 25 Jahre“ und „60 Jahre und älter“ relativ ausgeglichen. Bei den 25- bis unter 60-Jährigen ist der Männerüberhang am höchsten. Mehr Frauen (51 %) als Männer gibt es nur bei den 65- bis unter 70-jährigen EU-Ausländerinnen und -Ausländern. Die höchsten Männeranteile unter den betrachteten 12 häufigsten EU-Nationen hatten die britischen (58 %), italienischen (57 %) und rumänischen Staatsangehörigen (57 %). Relativ niedrig war die Männerquote bei den aus Spanien und Österreich stammenden Personen (jeweils 52 %); bei den französischen Staatsangehörigen waren Männer mit 45 % in der Minderheit. Zum Vergleich: 2016 lag der Männeranteil

der deutschen Bevölkerung bei 49 %, d. h. auf 1000 Männer kamen 1045 Frauen.

### Altersstruktur

Der Altersaufbau der ausländischen EU-Bevölkerung Hessens unterscheidet sich trotz einiger Angleichungsprozesse von dem der deutschen Bevölkerung: Das Durchschnittsalter ist mit rund 45 Jahren höher als das der EU-Ausländerinnen und -Ausländer (39,5 Jahre). Während unter den Deutschen 36 % unter 35 Jahre alt sind, sind dies unter der ausländischen EU-Bevölkerung 42 %. Sind unter den Deutschen 22 % 65 Jahre oder älter, gilt dies bei den EU-Ausländerinnen und -Ausländern nur für 10 %.

**Tabelle 2: Ausländische EU-Bevölkerung in Hessen am 31.12.2017  
nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten, Geschlecht, Durchschnittsalter  
und durchschnittlicher Aufenthaltsdauer**

Staatsangehörigkeit	Insgesamt	männlich	weiblich	Durchschnittsalter in Jahren	Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Jahren
		in %			
EU-Staaten	471 740	53,6	46,4	39,5	16,3
darunter					
Bulgarien	39 925	54,8	45,2	31,6	5,3
Frankreich	12 930	45,4	54,6	41,1	19,1
Griechenland	35 300	53,6	46,4	44,1	25,0
Italien	73 170	57,2	42,8	43,5	27,5
Kroatien	50 785	53,2	46,8	42,3	19,9
Österreich	13 550	51,8	48,2	52,0	31,4
Polen	80 905	53,0	47,0	37,3	9,2
Portugal	15 435	53,7	46,3	43,0	23,9
Rumänien	60 545	56,5	43,5	31,8	5,0
Spanien	25 585	52,0	48,0	40,8	22,6
Ungarn	13 450	53,5	46,5	36,7	7,6
Vereinigtes Königreich	10 510	58,4	41,6	44,8	19,2

### Aufenthaltsdauer

Die Hälfte der am Jahresende 2017 in Hessen registrierten ausländischen EU-Bevölkerung lebte noch keine 8 Jahre in Deutschland, 17 % wohnten zwischen 8 und 19 Jahren im Bundesgebiet und ein Drittel bereits seit mindestens

20 Jahren. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug 16 Jahre. Die Länder mit der längsten durchschnittlichen Aufenthaltsdauer waren der Nachbarstaat Österreich (31 Jahre) sowie die ehemaligen Gastarbeiternationen Italien (28), Griechenland (25), Portugal (24) und Spanien (23). Bei den Gründungsmitgliedern und den bis 1995 beigetretenen EU-Mitgliedsländern war der Anteil der Personen mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens 20 Jahren erwartungsgemäß hoch. Die höchsten Anteilswerte hatten Staatsangehörige aus Österreich (66 %), Italien (65 %), Portugal (60 %), Griechenland (59 %) und Spanien (46 %). Die Verweildauer der EU-Staatsangehörigen aus den in den Jahren 2004 und 2007 beigetretenen Mitgliedsstaaten war i. d. R. entsprechend kürzer. Personen aus Slowenien und Kroatien bildeten hier eine Ausnahme (ehemals Gastarbeiterland Jugoslawien). Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der bulgarischen und rumänischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern war mit jeweils 5 Jahren am niedrigsten, 81 % bzw. 84 % dieser Staatsangehörigen lebten am Jahresende 2017 erst seit höchstens 7 Jahren im Bundesgebiet.

**Diana Schmidt-Wahl**; Tel.: 0611 3802-337  
E-Mail: [diana.schmidt-wahl@statistik.hessen.de](mailto:diana.schmidt-wahl@statistik.hessen.de)

# Europäische Verflechtungen der hessischen Wirtschaft – Auslandskontrollierte Unternehmen und der Außenhandel

*Hessens Wirtschaft ist auf vielfältige Weise mit dem europäischen Ausland verbunden: Die hessischen Beherbergungsbetriebe zählten 2017 knapp 4,4 Mill. Übernachtungen europäischer Gäste; von den hessischen Direktinvestitionen im Ausland waren 2016 mit rund 96 Mrd. Euro mehr als die Hälfte in europäischen Ländern gebunden (Deutsche Bundesbank 2018); die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in Hessen mit 50 und mehr Beschäftigten erzielten 2017 mit knapp 26 Mrd. Euro etwa 43 % ihres gesamten Auslandsumsatzes in den Ländern der Eurozone. Ein weiterer Nachweis der internationalen Verflechtungen, den die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder seit einigen Jahren zur Verfügung stellen, sind Kennzahlen zu den auslandskontrollierten Unternehmen in Deutschland. Dieser Artikel stellt die noch relativ junge Statistik vor und vergleicht die Ergebnisse mit der eher traditionellen Außenhandelsstatistik.*

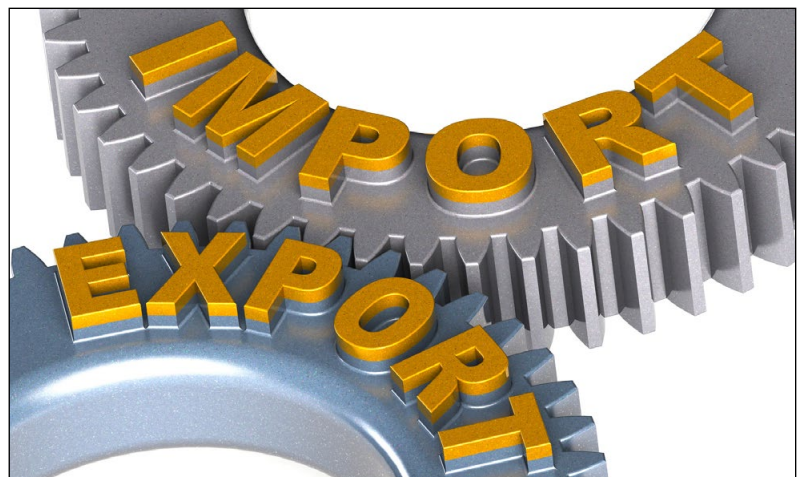
**Von Dr. Joachim Lutz und Anna Elisa Nikolis**

## Auslandskontrollierte Unternehmen

Mit zunehmender Globalisierung steigt die Bedeutung von Unternehmensgruppen, denn Verflechtungen von Unternehmen enden nicht an geografischen Grenzen, sondern sind vielmehr von internationaler Relevanz. So werden zahlreiche hessische Unternehmen von Muttergesellschaften mit Sitz im Ausland kontrolliert. Daten zu diesen Einheiten liefert seit einigen Jahren die Statistik auslandskontrollierter Unternehmen (Inward-FATS), die auf der Europäischen ForeignAffiliates Statistics (FATS)-Verordnung basiert.<sup>1)</sup>

## Rechts- und Datengrundlage

Alle EU-Mitgliedstaaten sind gemäß der FATS-Verordnung seit 2007 verpflichtet, jährlich Daten zu international verbundenen Unternehmen an das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) zu übermitteln. Dabei schafft die Verordnung einen EU-weit einheitlichen Rahmen, um die Struktur und Tätigkeit von Auslandsunternehmens-einheiten zu erfassen. Hierzu zählen zum einen ausländische Unternehmen, die von inländischen Einheiten kontrolliert<sup>2)</sup> werden (Outward-FATS),



© Fotomanufaktur – Fotolia.com

deren Statistiken die Deutsche Bundesbank erstellt. Zum anderen geben die Inward-FATS Informationen über Unternehmen, die unter ausländischer Kontrolle<sup>3)</sup> stehen. Die erforderlichen Strukturmerkmale für auslandskontrollierte Unternehmen werden von den jeweiligen nationalen Statistikbehörden – in Deutschland vom Statistischen Bundesamt – übermittelt.<sup>4)</sup>

Da die Inward-FATS bereits vorhandene Daten verwenden, handelt es sich um eine Sekundärstatistik, die auf dem Statistischen Unternehmensregister

\*) Alle Fußnoten sind am Ende des Artikels auf Seite 19 aufgeführt.

**Tabelle 1: Hessische Außenhandelspartner 2015  
nach Handelsvolumen insgesamt**

Handelspartner	Import	Export	Handelsvolumen insgesamt
	1000 Euro		
Frankreich	5 101 529	4 654 045	9 755 574
Niederlande	5 648 585	3 706 632	9 355 217
Vereinigtes Königreich	3 308 982	4 494 947	7 803 929
Italien	3 999 006	3 094 032	7 093 038
Schweiz	4 819 163	1 966 029	6 785 192
Belgien	4 278 847	2 135 743	6 414 590
Polen	2 596 570	2 716 229	5 312 799
Russische Föderation	4 128 930	956 258	5 085 188
Österreich	1 881 869	2 691 696	4 573 565
Spanien	1 968 847	2 235 292	4 204 139
Tschechische Republik	2 529 100	1 579 092	4 108 192
Ungarn	1 975 662	1 230 208	3 205 870
Sonstige europ. Länder	8 492 895	7 016 735	15 509 630

und den jährlichen Unternehmensstrukturerhebungen basiert.<sup>5)</sup> Das Statistische Unternehmensregister beinhaltet nicht nur Informationen zu den relevanten wirtschaftlich aktiven Unternehmen, sondern auch zu den Kontrollbeziehungen zwischen Unternehmen.<sup>6)</sup> Hierdurch ist es möglich, Einheiten zu identifizieren, die von einer ausländischen Muttergesellschaft kontrolliert werden und somit die Kriterien der Inward-FATS erfüllen.<sup>7)</sup> Im Anschluss werden diese Inward-FATS-Einheiten mit den dazugehörigen Einzeldaten aus den jährlichen strukturellen Unternehmensstatistiken, z. B. Investitions-, Struktur- und Kostenerhebung im Verarbeitenden Gewerbe, insbesondere zu den Merkmalen „Tätige Personen“ und „Umsätze“ verknüpft. Sollten die Inward-FATS-Unternehmen nicht Bestandteil der jährlichen Erhebungen sein, werden die notwendigen Merkmale durch vorhandene Angaben zu Unternehmen ergänzt, die in der gleichen Beschäftigtengrößengruppe und dem gleichen Wirtschaftsabschnitt liegen. Darüber hinaus erfolgt eine Prüfung, ob fehlende Informationen zu Umsatz und/oder Beschäftigten aus den administrativen Angaben des Statistischen Unternehmensregisters gewonnen werden können.

Vor der Übermittlung des Datenmaterials an Eurostat sind Maßnahmen zur primären und sekundären Geheimhaltung der Inward-FATS zu treffen.<sup>8)</sup> Im Rahmen der primären Geheimhaltung werden Ergebnisfelder gesperrt, die das Risiko in sich bergen, dass Einzelangaben aufgedeckt wer-

den könnten. Bedingt durch die additiven Zusammenhänge in Statistiktabelle ist es oftmals nicht ausreichend, ausschließlich die primär geheimen Felder zu sperren. Um eine Aufdeckung von Werten bspw. durch Differenzbildung zu verhindern, folgt die sekundäre Geheimhaltung, in deren Zuge weitere Tabellenfelder gesperrt werden. Um den Geheimhaltungsmaßnahmen Rechnung zu tragen, wurden für diesen Artikel einzelne europäische Länder<sup>9)</sup> in Ländergruppen zusammengefasst. Dazu wurden zunächst die bedeutendsten hessischen Handelspartner 2015 anhand ihrer Handelsvolumina, also des Werts der Importe und der Exporte, bestimmt (vgl. Tabelle 1 und Abbildung 1). Die 12 wichtigsten Länder wurden anschließend abhängig von ihrer geografischen Lage in die folgenden 4 Gruppen eingeteilt: West (Belgien, Frankreich, Niederlande, Vereinigtes Königreich), Süd (Italien, Österreich, Schweiz, Spanien), Ost (Polen, Russische Föderation, Tschechische Republik, Ungarn) sowie andere europäische Länder.

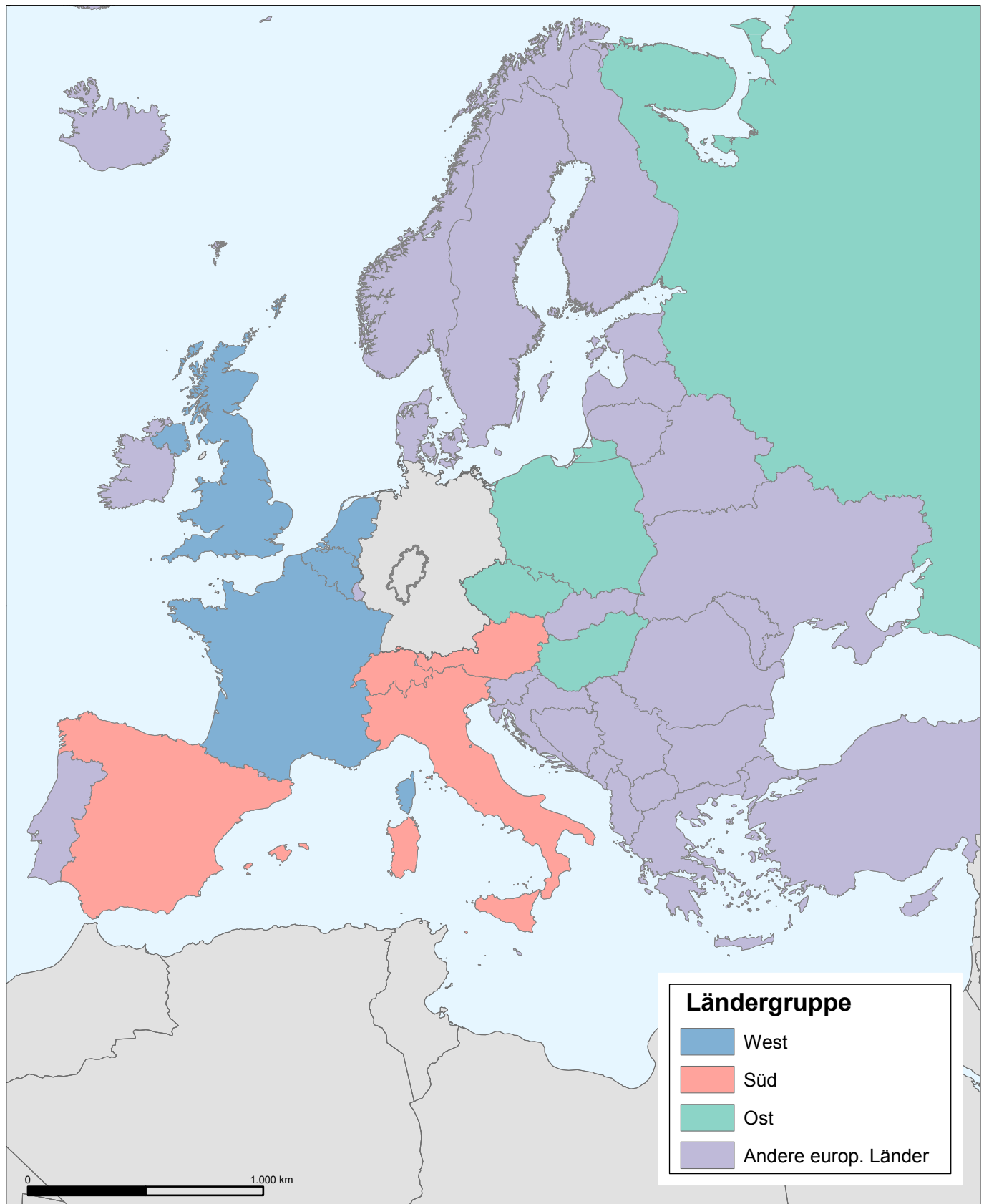
## Auslandskontrollierte Unternehmen in Hessen

Erstmalig wurden Ergebnisse zu auslandskontrollierten Unternehmen in Hessen für das Berichtsjahr 2011 ausgewiesen (vgl. Abbildung 2), die aktuellsten Informationen liegen für das Berichtsjahr 2015 vor. Wie Abbildung 2 zeigt, hatten im Jahr 2015 insgesamt 2247 hessische Unternehmen eine Muttergesellschaft, die im europäischen Ausland sitzt. Somit lag die Anzahl deutlich über den Vorjahren 2012–2014. Auffällig sind die großen Abweichungen zwischen den Berichtsjahren 2011 und 2012 bzw. zwischen 2014 und 2015. Diese wurden maßgeblich durch methodische Änderungen beeinflusst. So wechselte ab dem Berichtsjahr 2012 der externe Datenanbieter, von dem die Angaben zu Kontrollbeziehung zwischen Unternehmen stammen.<sup>10)</sup> Der Anstieg im Berichtsjahr 2015 resultierte u. a. aus einer verbesserten Datenlage aufgrund von zusätzlichen Datenlieferungen und weiteren Nachqualifikationsmaßnahmen.

Abbildung 3 stellt die Veränderung der Tätigen Personen und des Umsatzes dar. Im Berichtsjahr 2015 verzeichneten die insgesamt 2247 hessischen Unternehmen, die von einer Muttergesellschaft im Europäischen Ausland kontrolliert wur-

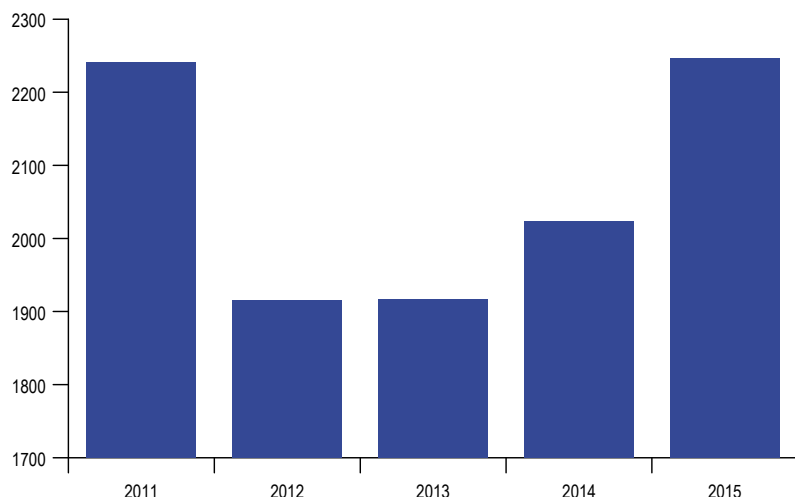


Abbildung 1: Einteilung hessischer Handelspartner nach Ländergruppen



© EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen  
 © Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2018  
 Kartografie: Competence Center Geoinformation (CCG)

**Abbildung 2: Anzahl auslandskontrollierter Unternehmen in Hessen von 2011 bis 2015**



den, einen Umsatz von über 97 Mrd. Euro bei knapp 231 000 Beschäftigten (vgl. Tabelle 2). Im Jahresvergleich lag der Umsatz somit erstmals über 90 Mrd. Euro, wobei zugleich die Anzahl der Tätigen Personen abnahm (vgl. Abbildung 3).

Bei der Betrachtung der Verteilung der auslandskontrollierten Unternehmen nach Ländergruppen innerhalb Europas im Berichtsjahr 2015 fällt auf, dass etwa 40 % der Unternehmen von einer Muttergesellschaft kontrolliert werden, die in der Ländergruppe West sitzt (vgl. Tabelle 3). Der einhergehende Umsatz liegt mit 41,5 % bei fast 40 Mrd. Euro. Den zweitgrößten Umsatz erwirtschaften mit ca. 25 Mrd. Euro die 33,4 % der Unternehmen der Ländergruppe Süd. Auffallend ist, dass die Ländergruppe Ost zwar nur 1,8 % der Unternehmen kontrolliert, der Umsatzanteil jedoch bei 16,2 % und somit knapp 15,6 Mrd. Euro liegt. Grund hierfür könnte sein, dass insbesondere rus-

sische Unternehmen in den letzten Jahren nach Hessen expandierten. So sind bspw. die größten Banken Russlands in der Mainmetropole Frankfurt vertreten. Das entspricht dem Umsatz durch Unternehmen, deren Muttergesellschaften in anderen europäischen Ländern sitzen, obwohl deren Anteil mit knapp 25 % deutlich höher ausfällt.

Im Folgenden wird nun untersucht, ob sich in der hessischen Außenhandelsstatistik<sup>11)</sup> Parallelen zu den dargestellten Eignerstrukturen der auslandskontrollierten Unternehmen finden lassen. Grundüberlegung dabei ist, dass die hessischen Niederlassungen ausländischer Unternehmen zur Stärkung der Handelsbeziehungen mit dem jeweiligen Sitzland des Mutterunternehmens beitragen. Dazu wird nun zunächst der hessische Außenhandel insgesamt sowie in Bezug auf die bedeutendsten Handelspartnerländer in Europa analysiert.

### Außenhandel insgesamt

*„Wie die Zusammensetzung der Ausfuhr sich im vergangenen Jahr den Vorkriegsverhältnissen genähert hat, so haben sich auch in der Richtung des hessischen Exports Veränderungen vollzogen, die eine Angleichung an die Vorkriegsverhältnisse bedeuten: **die hessische Ausfuhr geht wieder in die ganze Welt.** 1949 ist der hessische Export in 92 Länder gegangen, 1950 nahmen 110 Länder hessische Waren ab.“*

Diese Zeilen schrieb das Hessische Statistische Landesamt (1951) zur Ausfuhr des Jahres 1950. Was damals als Symbol für die Überwindung der Missstände während und nach dem Zweiten Weltkrieg jubilerend begrüßt wurde, hat sich in der Zwischenzeit Jahr für Jahr bestätigt: Die hessische Volkswirtschaft reiht sich als reger Partner in den Welthandel ein. Wie die Abbildungen 4 und 5 zeigen, hat der Wert der Warenim- und -exporte<sup>12)</sup> seit Beginn der statistischen Erfassung im Hessischen Statistischen Landesamt – abgesehen von einigen kurzfristigen Rückschlägen – kontinuierlich zugelegt.<sup>13)</sup> 2015 exportierte die hessische Wirtschaft Güter im Wert von 60,0 Mrd. Euro (2017: 62,3 Mrd. Euro). Die Importe erreichten mit einem Volumen von 83,3 Mrd. Euro ebenfalls einen neuen Höchststand (2017: 93,5 Mrd. Euro).<sup>14)</sup>

**Abbildung 3: Tätige Personen und Umsätze auslandskontrollierter Unternehmen in Hessen von 2011 bis 2015**

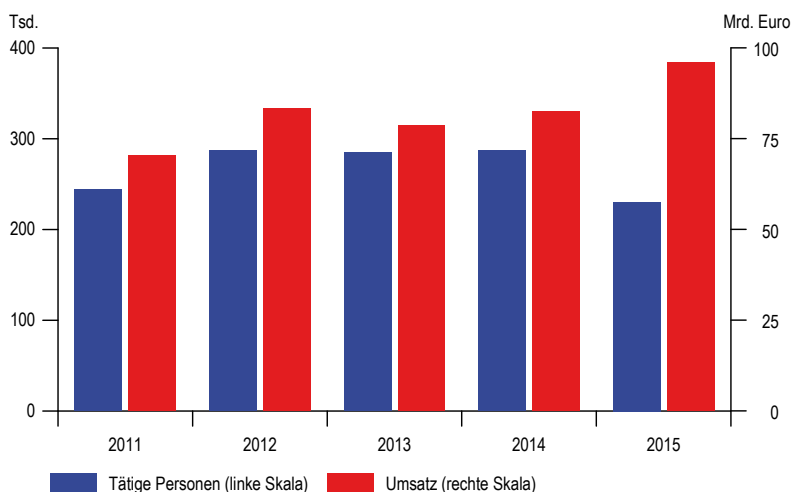


Abbildung 4 und Abbildung 5 zeigen darüber hinaus, dass der Anteil des hessischen Warenverkehrs mit den europäischen Ländern in den vergangenen Jahrzehnten recht stabil ist. Bei den Ausfuhren pendelte er seit 1950 zwischen 61,1 % und 75,4 %, bei den Einfuhren seit 1970 zwischen 58,5 % und 72,8 %. Dies ist insofern überraschend, als die zunehmende Technisierung des Warenverkehrs Informations- sowie Transportkosten verringert, was den Handel mit weiter entfernten Regionen relativ gesehen attraktiver macht.

Die leichte Abwärtstendenz der Handelsanteile in Europa in der vergangenen Dekade ist eher der überproportionalen Steigerung der Handelsvolumina mit entfernteren Regionen – die Importe aus den asiatischen Ländern stiegen bspw. zwischen 2008 und 2017 um über 80 %<sup>15)</sup> – zuzuschreiben. Tatsächlich nahmen auch die gesamte Warenaus- (+ 12,1 %) und -einfuhr (+ 22,0 %) Hessens in diesem Zeitraum beinahe kontinuierlich zu.

Ob und wie sich diese Aufteilung im Angesicht der aktuellen protektionistischen Maßnahmen auf den Welthandelsmärkten in naher Zukunft verschieben wird, ist derzeit noch nicht abzusehen.

### Die wichtigsten Handelspartner in Europa

Da ein Großteil des hessischen Außenhandels also in Europa stattfindet, lohnt ein differenzierter Blick auf die einzelnen Herkunfts- und Bestimmungsländer im kontinentalen Warenverkehr. Einen ersten Überblick über die Bedeutung der einzelnen Nationen für den hessischen Außenhandel 2015 gibt Abbildung 6. Dargestellt sind die Im- und Exportanteile der 12 wichtigsten Handelspartner<sup>16)</sup> Hessens.

Mit 12,1 % aller Warenexporte war Frankreich 2015 die bedeutendste Destination hessischer Ausfuhren (2017: 11,7 %), gefolgt vom Vereinigten Königreich mit 11,7 % (2017: 9,9 %) und den Niederlanden mit 9,6 % (2017: 11,1 %). Auch in Italien, Polen und Österreich (jeweils ca. 7–8 %, 2017 ebenso) waren hessische Produkte beliebt. Insgesamt wurden aus Hessen 2015 rund 39 % (2017: 38 %) aller Warenexporte zu den bedeutendsten westeuropäischen Handelspartnern (Belgien, Frankreich, Niederlande, Vereinigtes Königreich)<sup>17)</sup> geliefert. Aus den wichtigsten der südlichen Nationen (Italien, Österreich, Schweiz,

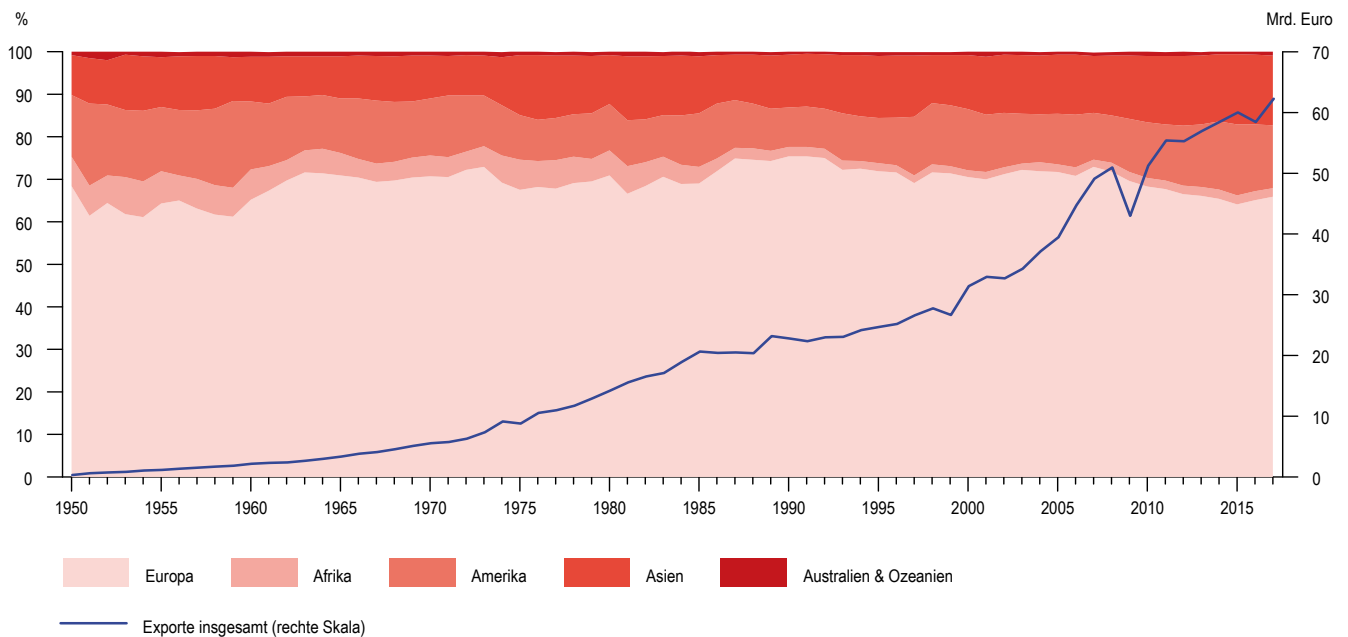
Tabelle 2: Auslandskontrollierte Unternehmen in Hessen 2015 nach Herkunft der Muttergesellschaft			
Herkunft der Muttergesellschaft	Hessen		
	Inward-FATS 2015 <sup>1)</sup>		
	Unternehmen	Tätige Personen <sup>2)</sup>	Umsatz <sup>2)</sup>
	Anzahl		1000 Euro
Welt (ohne Deutschland)	3 457	404 947	192 899 808
Europa (ohne Deutschland) <sup>3)</sup>	2 247	230 903	97 385 858
darunter:			
Europäische Union (ohne Deutschland) <sup>3)</sup>	1 749	180 299	62 385 169
Afrika	10	•	•
Nord- und Mittelamerika <sup>3)</sup>	718	141 652	50 339 421
Südamerika	2	•	•
Asien	461	27 687	41 824 022
Australien und Ozeanien	19	3 414	2 329 746
Auswertung der Strukturerhebungen in den Wirtschaftszweigabschnitten B–N (ohne K), S95. 1) Inward-FATS-Ergebnisse gem. Verordnung (EG) Nr. 716/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 zu gemeinschaftlichen Statistiken über die Struktur und Tätigkeit von Auslandsunternehmens-einheiten (Amtsblatt der EU Nr. L 171). — 2) Werte z. T. geschätzt. — 3) Einschl. abhängiger Gebiete einzelner Länder.			

Spanien) kamen Bestellungen im Umfang von etwa 26 % (2017: 25 %) aller hessischen Exporte. Die Ausfuhr in die bedeutendsten osteuropäischen Bestimmungsländer (Polen, Russische Föderation, Tschechische Republik, Ungarn) machte insgesamt etwa 17 % (2017: 19 %) aus.

Ein ähnliches, wenngleich partiell abweichendes Bild ergibt sich für die hessischen Importe (vgl. Abbildung 6 – äußerer Ring). Die meisten Waren bezog die hessische Wirtschaft 2015 aus den Niederlanden (11,1 %) sowie Frankreich (10,1 %) und der Schweiz (9,5 %). Daneben zählten auch Belgien (8,4 %), die Russische Föderation (8,1 %) und Italien (7,9 %) zu den bedeutendsten Herkunftsländern.<sup>18)</sup> Insgesamt stammten die hessischen Einfuhren zu etwa 36 % (2017: 33 %) aus den wichtigsten westlichen Nationen (Belgien, Frank-

Tabelle 3: Auslandskontrollierte Unternehmen in Hessen 2015 nach Herkunft der Muttergesellschaft				
Herkunft der Muttergesellschaft	Hessen			
	Inward-FATS 2015			
	Unternehmen		Umsatz	
	Anzahl	Anteil in %	1000 Euro	Anteil in %
West	905	40,3	39 902 438	41,5
Süd	750	33,4	25 204 784	26,2
Ost	41	1,8	15 555 529	16,2
Sonstige europ. Länder	551	24,5	15 421 974	16,1
Gesamt	2 247	100,0	96 084 725	100,0

Abbildung 4: Hessische Exporte von 1950 bis 2017 nach Zielkontinenten

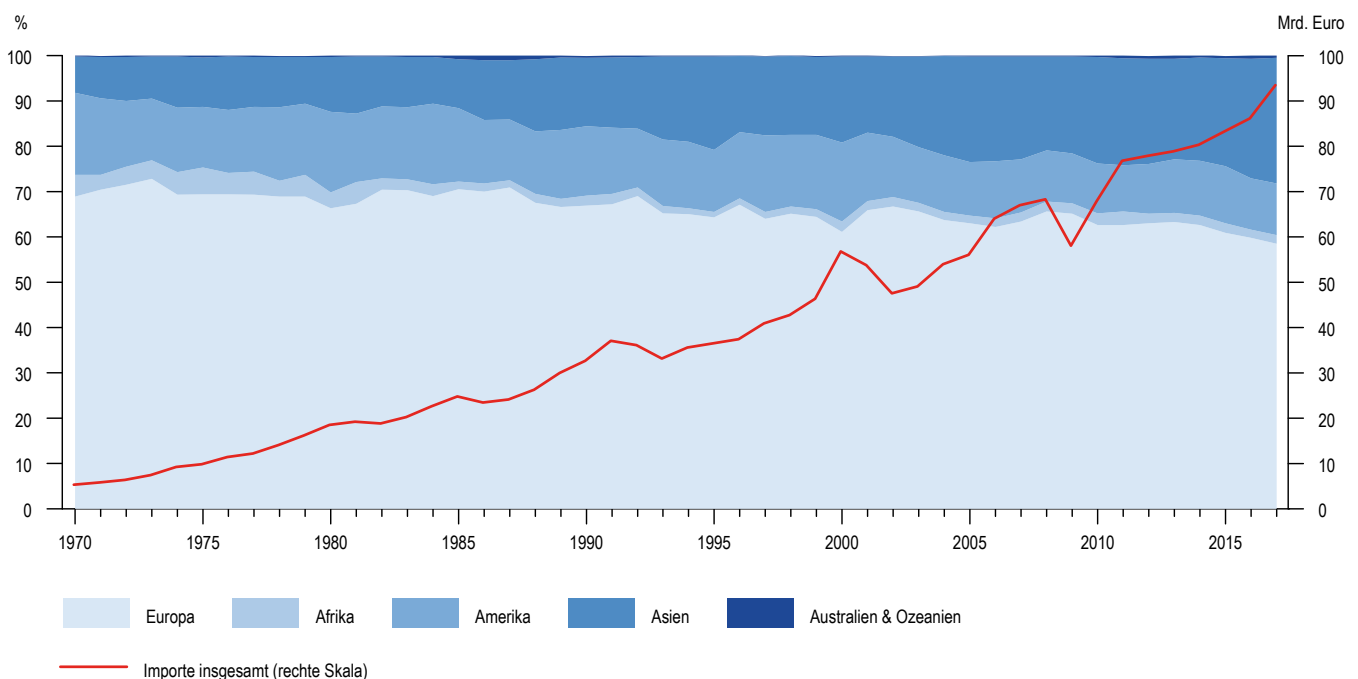


reich, Niederlande, Vereinigtes Königreich) und zu 25 % (2017 ebenso) aus den bedeutendsten südlichen Herkunftsländern (Italien, Österreich, Schweiz, Spanien). Deutlich größer als bei den Exporten ist für die Importe allerdings der Anteil der 4 wichtigsten osteuropäischen Handelspartner (Polen, Russische Föderation, Tschechische Republik, Ungarn). Zusammen kommen aus diesen Nationen rund 22 % (2017: 25 %) der hessischen Einfuhren. Ein guter Teil dieser Differenz kann dabei dem Import fossiler Energieträger wie Erdgas

und Erdöl aus der Russischen Föderation zugeschrieben werden.

Dass der Import von Primärenergie in den vergangenen beiden Dekaden immer bedeutender wurde, bestätigt auch Abbildung 7. Gemessen am Wert von 1998 vervielfachten sich die gesamten Einfuhren aus den bedeutendsten osteuropäischen Herkunftsländern in 2015. Besonders nach dem Ende der Finanzkrise konnte nochmals ein deutlicher Anstieg beobachtet werden. Dass dieser nicht primär auf Preissteigerungen der ge-

Abbildung 5: Hessische Importe von 1970 bis 2017 nach Herkunftskontinenten





handelten Güter beruhen kann, zeigt die Tatsache, dass sich bspw. die Masse der hessischen Erdöl- und Erdgasimporte zwischen 2007 und 2015 von 1,7 Mill. auf 12,9 Mill. Tonnen mehr als versiebenfacht hat.

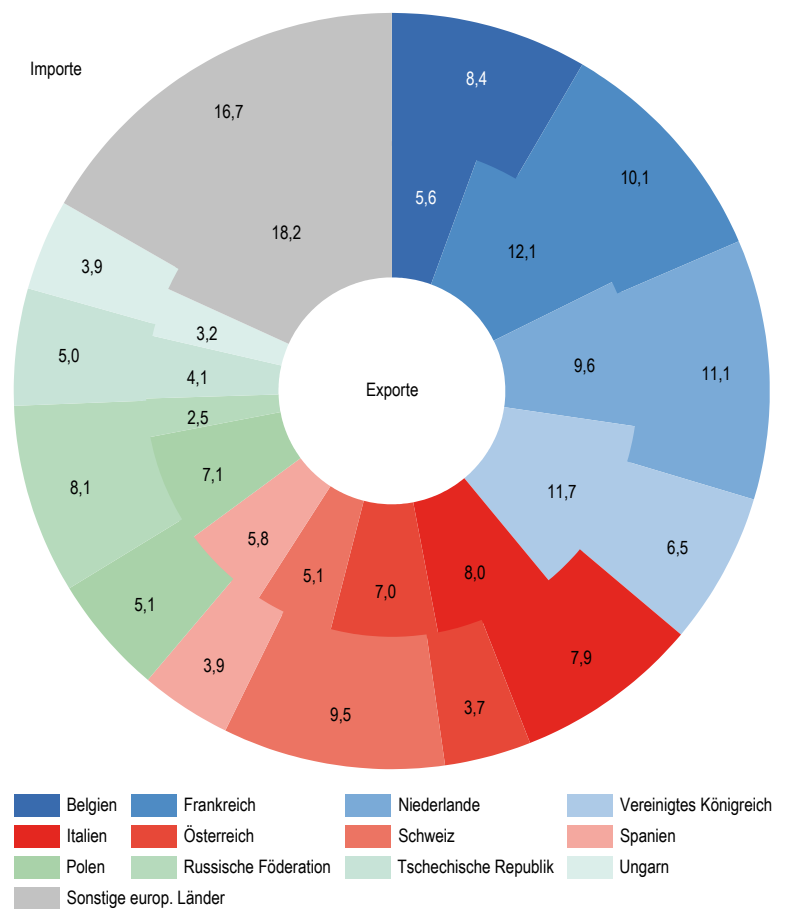
Im Vergleich dazu nahm sich die nahezu Verdopplung der Importvolumina mit den wichtigsten südeuropäischen Herkunftsländern moderat aus. Die bedeutendsten westeuropäischen Partner konnten ihren Warenfluss nach Hessen gar „nur“ um knapp 30 % steigern. Dabei muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Einfuhren aus Belgien, Frankreich, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich 1998 mit Waren im Wert von etwa 14 Mrd. Euro mehr als die Hälfte aller hessischen Importe ausmachten.

Auch bezüglich der Ausfuhren zeigte sich 2015 ein ähnliches Bild (vgl. Abbildung 8). Während die Exporte nach Süd- (77 %) und Westeuropa (71 %) seit 1998 eher verhalten zulegten, nahm der Warenverkehr von Hessen in Richtung der wichtigsten osteuropäischen Handelspartner deutlich überproportional zu (236 %).

Stellt man nun die Außenhandelsvolumina den Kennzahlen auslandskontrollierter Unternehmen in Hessen gegenüber (vgl. Abbildung 9), fällt zunächst auf, dass die Umsatzanteile der Länder in den 3 Regionen West (41,5 %), Süd (26,2 %) und Ost (16,2 %) in etwa dem Außenhandelsprofil Hessens entsprechen. Besonders nah liegt diese Verteilung an der Struktur des Warenexports. Vermuten lässt sich, dass ein Teil der auslandskontrollierten Unternehmen speziell für den Warenaustausch mit dem Sitzland der Konzernmutter – entweder als Handelsniederlassung oder zur Bereitstellung von Vor-/Zwischenprodukten – existiert. Daher findet sich vermutlich ein großer Teil des Umsatzes dieser Unternehmen auch in den Exportzahlen der Außenhandelsstatistik wieder.<sup>19)</sup>

Wie zuvor bereits festgestellt, unterscheiden sich die vom Ausland kontrollierten Unternehmen allerdings je nach Sitzland der Konzernmutter deutlich in ihrer Größe. Während die aus dem osteuropäischen Raum kontrollierten Unternehmen unter allen auslandskontrollierten Einheiten zahlenmäßig kaum ins Gewicht fallen (1,8 %), ist ihr Umsatzanteil mit 16,2 % überproportional hoch. Die Unternehmen sind also im Durchschnitt umsatzstärker

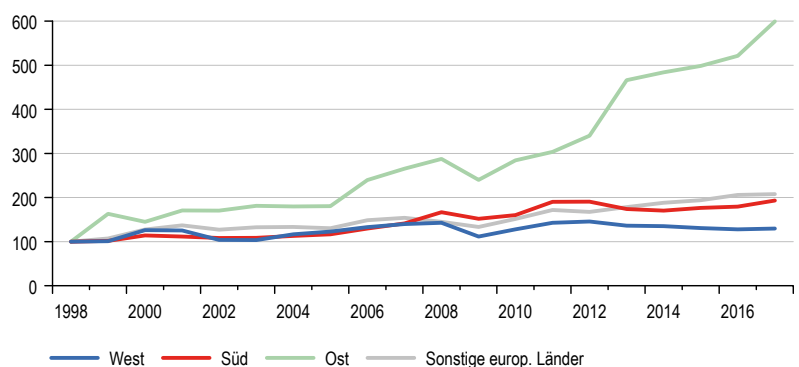
**Abbildung 6: Hessische Warenim- und -exporte 2015 nach europäischen Herkunftsländern und Bestimmungsländern (Anteile in %)**



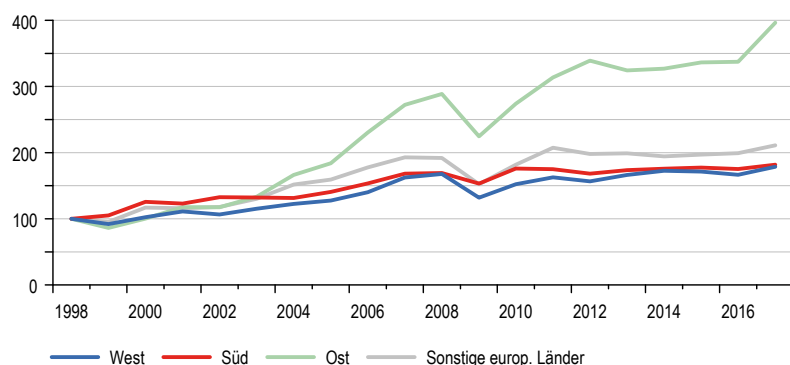
als Einheiten aus anderen europäischen Regionen. Relativ kleine Unternehmen finden sich in Hessen dagegen unter südeuropäischer Kontrolle. Diese machen zwar ein Drittel aller ausländisch kontrollierten Einheiten aus, sind aber lediglich für gut ein Viertel des Umsatzes dieser Unternehmen verantwortlich.

Zusammenfassend lassen sich also durchaus Parallelen vor allem in der Destinationsstruktur

**Abbildung 7: Hessische Importe von 1998 bis 2017 nach Herkunftsländergruppen (Index: 1998 = 100)**



**Abbildung 8: Hessische Exporte von 1998 bis 2017 nach Zielländergruppen (Index: 1998 = 100)**



der hessischen Exporte und der Umsatzanteile der auslandskontrollierten Unternehmen nach Sitzland der Konzernmutter feststellen.

### Auslandskontrollierte Unternehmen und Außenhandel in Hessen und Deutschland

Abschließend werfen wir nun noch einen Blick über die hessischen Landesgrenzen hinaus, um festzustellen, ob sich die zuvor identifizierten Parallelen zwischen dem hessischen Warenhandel und der Kontrollstruktur der Unternehmen als hessisches Phänomen darstellen oder ob diese auch für das gesamte Bundesgebiet zu finden sind.

Hierzu sollen zunächst die gesamten ausländisch kontrollierten Unternehmen mit europäischer Muttergesellschaft für Deutschland und das Berichtsjahr 2015 betrachtet werden. Dabei ergibt sich das folgende Bild: 41,1 % der Unter-

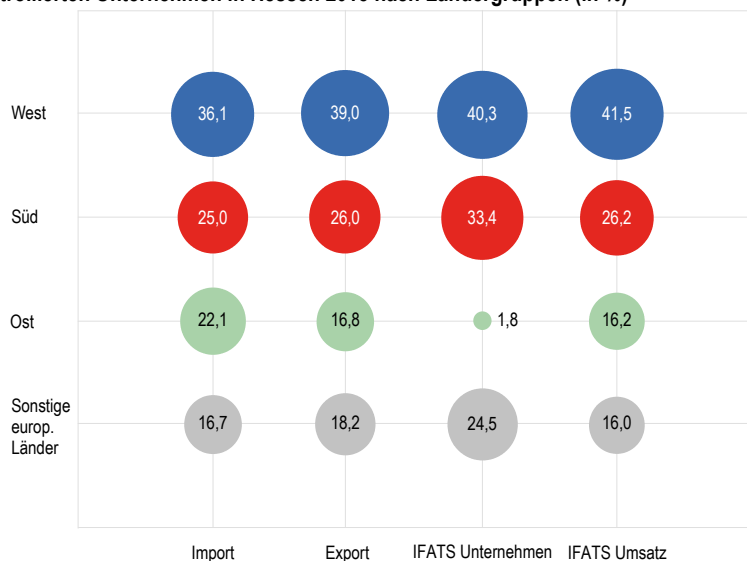
nehmen, deren Muttergesellschaft in der Region West sitzt, verzeichnen über die Hälfte des Umsatzes (vgl. Tabelle 4). Im direkten Vergleich mit Hessen fällt auf, dass sich die Anteile der auslandskontrollierten Unternehmen in Deutschland und Hessen nach Regionen zumeist entsprechen (vgl. Abbildung 10). Allerdings liegt der Anteil am Umsatz deutscher Inward-FATS für die Region West mit 50,1 % deutlich über dem hessischer Inward-FATS mit 41,5 % (vgl. Abbildung 11). Noch größere Unterschiede ergeben sich bei der Region Ost, deren Anteile bei hessischen Einheiten bei rund 16,2 %, bei den deutschen indes nur bei 3,3 % liegen.

Bei den Außenhandelsbeziehungen zeigt sich für die Bundesrepublik Deutschland (vgl. Abbildung 12) dagegen ein dem hessischen Muster recht ähnliches Bild (siehe auch Abbildung 6). Berechnet man die Anteile der 3 Aggregate West, Süd und Ost am gesamten grenzüberschreitenden Handel Deutschlands, so sind bei den Exporten im Vergleich zu Hessen nur minimale Abweichungen festzustellen: Die Exporte in die wichtigsten westlichen Bestimmungsländer machten 2015 für Deutschland etwa 39 % aus (Hessen: 39 %), zu den bedeutendsten südlichen Handelspartnern flossen knapp 25 % der Ausfuhren (Hessen: 26 %) und rund 16 % der gesamtdeutschen Exporte (Hessen: 17 %) waren für die 4 wichtigsten osteuropäischen Länder bestimmt. Ebenso unterschieden sich die Anteile bei den Importen kaum: Aus den bedeutendsten westlichen Ländern wurden im gesamten Bundesgebiet ca. 35 % aller Waren eingeführt (Hessen: 36 %), aus den südlichen 24 % (Hessen: 25 %) und aus den östlichen 21 % (Hessen: 22 %).

Was für die 3 Aggregate gilt, muss freilich nicht für jedes einzelne Partnerland gelten. So zeigt Abbildung 6 im Vergleich mit Abbildung 12 bspw., dass Einfuhren aus der Schweiz oder aus der Russischen Föderation im hessischen Importprofil einen größeren Anteil ausmachen als im gesamten Bundesgebiet. Dagegen sind Waren aus den Niederlanden und Österreich in Hessen weniger prominent vertreten.

Für einen Vergleich mit den auslandskontrollierten Unternehmen muss jedoch auf die aggregierten Werte zurückgegriffen werden (vgl. Tabel-

**Abbildung 9: Vergleich der Anteile des hessischen Außenhandels und der auslandskontrollierten Unternehmen in Hessen 2015 nach Ländergruppen (in %)**



le 4). Dabei zeigt sich für Deutschland insgesamt (siehe Abbildung 13), dass die Umsatzanteile der IFATS-Unternehmen dem Außenhandelsprofil der Bundesrepublik weniger entsprechen als dies in Hessen der Fall war (vgl. Abbildung 9). Vor allem die westeuropäisch kontrollierten Unternehmen sind dabei mit 50,1 % bundesweit für einen überproportional großen Teil der IFATS-Umsätze verantwortlich.

Am auffälligsten sind jedoch die geringen Anteile der Unternehmen unter osteuropäischer

Tabelle 4: Auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland 2015 nach Herkunft der Muttergesellschaft				
Herkunft der Muttergesellschaft	Deutschland			
	Inward-FATS 2015			
	Unternehmen		Umsatz	
	Anzahl	Anteil in %	1000 Euro	Anteil in %
West	8 531	41,1	448 369 880	50,1
Süd	6 696	32,2	195 369 196	21,8
Ost	479	2,3	29 704 677	3,3
Sonstige europ. Länder	5 071	24,4	221 652 829	24,8
Gesamt	20 777	100,0	895 096 582	100,0

Abbildung 10: Anteil auslandskontrollierter Unternehmen 2015 in Hessen (links) und in Deutschland (rechts) nach Ländergruppen (in %)

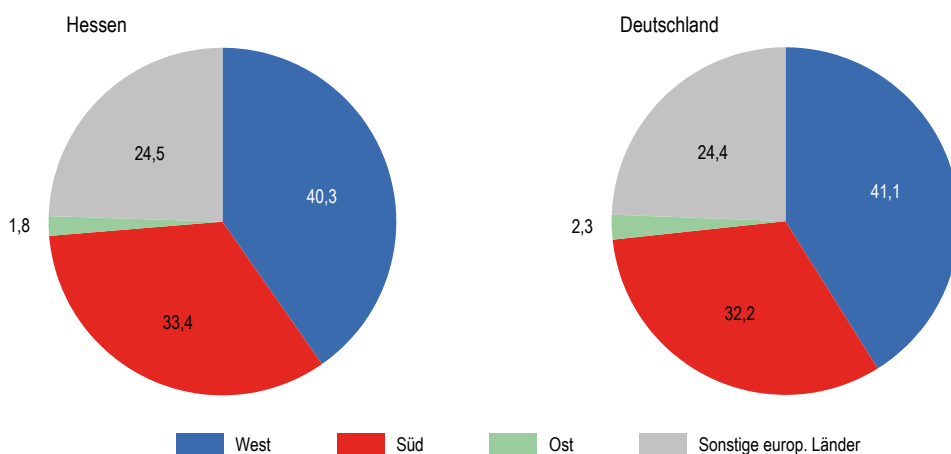
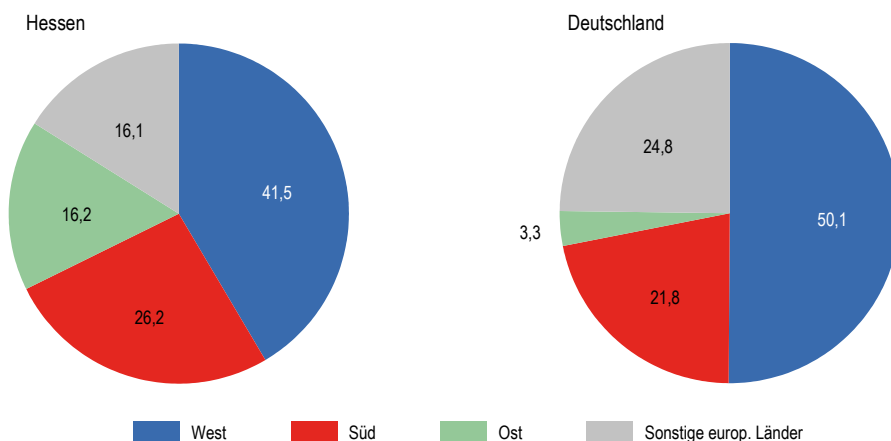
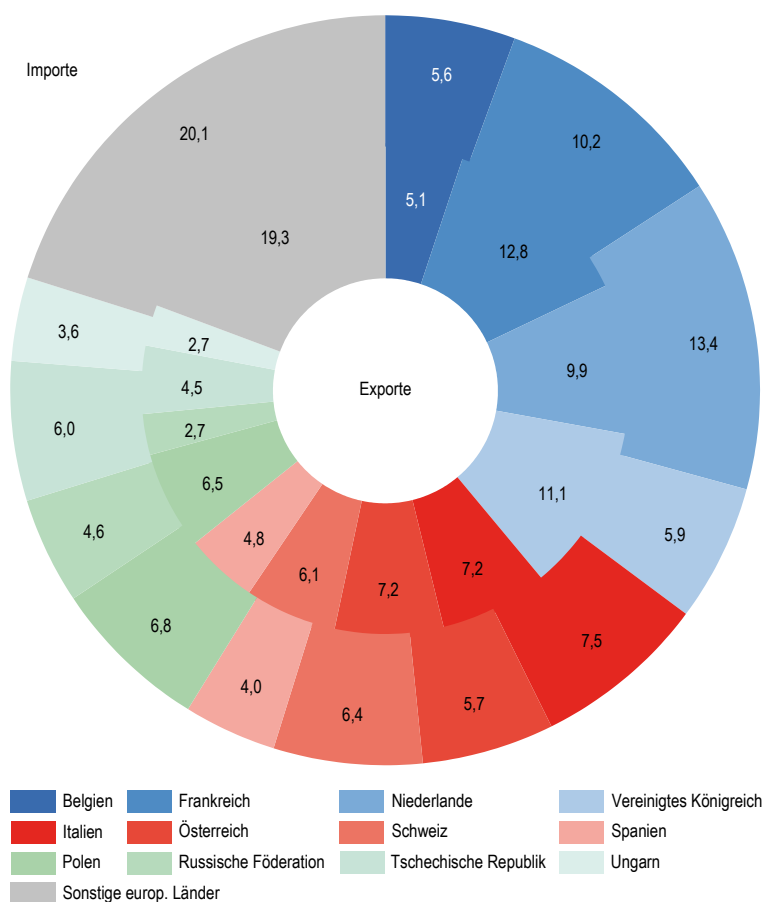


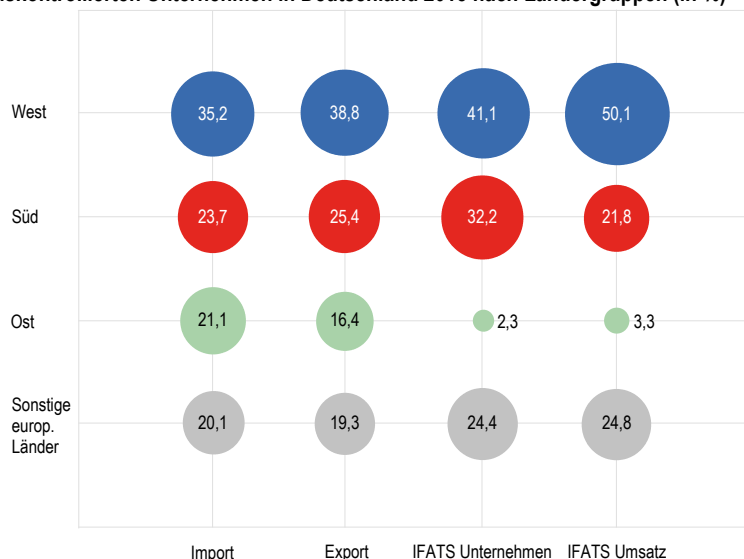
Abbildung 11: Anteil am Umsatz auslandskontrollierter Unternehmen 2015 in Hessen (links) und in Deutschland (rechts) nach Ländergruppen (in %)



**Abbildung 12: Gesamtdeutsche Warenim- und -exporte 2015 nach europäischen Herkunft- und Bestimmungsländern (Anteile in %)**



**Abbildung 13: Vergleich der Anteile des hessischen Außenhandels und der auslandskontrollierten Unternehmen in Deutschland 2015 nach Ländergruppen (in %)**



Kontrolle. Während sie in Hessen mit einem Umsatzanteil von 16,2 % noch sehr nah am Exportanteil dieser Ländergruppe (16,8 %) lagen, sind hier für Deutschland insgesamt keine strukturellen Ähnlichkeiten auszumachen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass 2015 nur rund 1 % der hessischen Unternehmen unter ausländischer Kontrolle lagen, diese aber etwa 9 % der Beschäftigten und 18 % des Umsatzes verzeichnen. Der größte Anteil entfällt dabei auf Unternehmen, deren Muttergesellschaften in der Region West liegen. Zugleich ist die reine Anzahl der Unternehmen unter östlicher Kontrolle zwar gering, dennoch sind sie im Durchschnitt umsatzstärker als Einheiten der anderen europäischen Regionen.

Ähnlich verhält es sich im Außenhandel: Die wichtigsten europäischen Handelspartner – sowohl bei den Ex- als auch Importen – stammen aus den westlichen Nationen. Allerdings fällt auf, dass ost-europäische Handelspartner bei den Importen präsenter sind als bei den Exporten, was vermutlich vorrangig der Einfuhr fossiler Energieträger zugeschrieben werden kann.

Beim Vergleich der Außenhandelsvolumina mit den Kennzahlen auslandskontrollierter Unternehmen entsprechen sich die Umsatzanteile der einzelnen Regionen in etwa. Wie bereits angeführt liegt die Vermutung nahe, dass ausländische Muttergesellschaften Unternehmen in Hessen u. a. für den Warenaustausch gründen. So nahm nicht nur die Anzahl auslandskontrollierter Unternehmen, sondern auch der Wert der Warenim- und -exporte in den vergangenen Jahren zu. Aufgrund der zentralen Lage Hessens in Europa, der zunehmenden Globalisierung durch grenzüberschreitende Verlagerungen und nicht zuletzt politischen Entwicklungen wie dem Brexit, ist zu erwarten, dass sich diese Tendenz weiter fortsetzt.

**Dr. Joachim Lutz;** Tel.: 0611 3802-344  
E-Mail: [joachim.lutz@statistik.hessen.de](mailto:joachim.lutz@statistik.hessen.de)  
**Anna Elisa Nikolis;** Tel.: 0611 3802-138  
E-Mail: [annaelisa.nikolis@statistik.hessen.de](mailto:annaelisa.nikolis@statistik.hessen.de)

1) Verordnung (EG) Nr. 716/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 zu gemeinschaftlichen Statistiken über die Struktur und Tätigkeit von Auslandsunternehmenseinheiten (Amtsbl. der EU Nr. L 171, S. 17).

2) Kontrolle ist definiert als Möglichkeit, die allgemeine Unternehmenspolitik festzulegen, indem ggfs. Personen in die Unternehmensleitung berufen werden können. Somit gilt ein Unternehmen A als von der institutionellen Einheit B kontrolliert, wenn B (entweder direkt oder indirekt) mehr als die Hälfte der Stimmrechte der Anteilseigner oder mehr als die Hälfte der Stimmrechte der Gesellschaftsanteile von A kontrolliert.

3) Eine ausländische Kontrolle liegt dann vor, wenn eine institutionelle Einheit in einem anderen Land ansässig ist als die Einheit, über die sie Kontrolle ausübt.

4) Zu den zu übermittelnden Strukturmerkmalen zählen: Zahl der Unternehmen, Umsatz, Produktionswert, Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten, Waren- und Dienstleistungskäufe insgesamt, Käufe von Waren und Dienstleistungen zum Wiederverkauf in unverändertem Zustand, Personalaufwendungen, Bruttoinvestitionen in Sachanlagen, Zahl der Beschäftigten, Gesamtaufwendungen für innerbetriebliche Forschung und Entwicklung, Gesamtzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger für Forschung und Entwicklung. Die beiden Letztgenannten nur für Abschnitt B bis F der Klassifikation für Wirtschaftszweige in der Ausgabe 2008 (WZ 2008).

5) Vgl. Thüringer Landesamt für Statistik (2017), Statistisches Bundesamt (2012), Statistisches Bundesamt (2009).

6) Die Informationen, inwiefern eine Einheit einer Unternehmensgruppe angehört und in welchem Land das Gruppenoberhaupt ansässig ist, stammen von einem externen Datenanbieter.

7) Zugleich gehören sie der nichtfinanziellen gewerblichen Wirtschaft an. Diese setzt sich zusammen aus Unternehmen der Industrien des übrigen Produzierenden Gewerbes, des Handels- und Dienstleistungssektors sowie der Reparatur von Datenverarbeitungs- und Gebrauchsgeräten, jedoch ohne die Kredit- und Versicherungswirtschaft (B–N, ohne K sowie S95 der Klassifikation der Wirtschaftszweige in der Ausgabe 2008 (WZ 2008)).

8) Vgl. Statistisches Bundesamt (2011).

9) Auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland sind u. a. aufgrund des Binnenmarkts in erster Linie mit Muttergesellschaften verflochten, die in den Mitglied-

staaten der Europäischen Union sitzen. Vgl. Statistisches Bundesamt (2017).

10) Vgl. Statistisches Bundesamt (2017) und Statistisches Bundesamt (2016).

11) Für den Vergleich wird hier ebenfalls auf die Daten des Jahres 2015 zurückgegriffen. Wo immer möglich werden zusätzlich die bereits vorliegenden Ergebnisse der Außenhandelsstatistik für 2017 präsentiert.

12) Dies beinhaltet alle körperlich ein- und ausgehenden Waren sowie elektrischen Strom. Grenzüberschreitende Dienstleistungen werden – mit Ausnahme von Veredelungsgeschäften – nicht abgebildet. Diese werden von der Deutschen Bundesbank erfasst und machen für Gesamtdeutschland etwa 20 % der Außenhandelsströme aus (vgl. Statistisches Bundesamt & Deutsche Bundesbank, 2017).

13) Diese Entwicklung beinhaltet auch Preisveränderungen.

14) Aufgrund verschiedener Erhebungskonzepte für Ein- und Ausfuhren kann aus beiden Werten kein aussagekräftiger Saldo berechnet werden: Während bei den Exporten lediglich Waren erfasst werden, die aus Erzeugung, Be- und Verarbeitung in Hessen stammen und zur Ausfuhr bestimmt sind, gehen bei der Erhebung der Importe neben den Waren, die zum Ge- bzw. Verbrauch oder zur Be- und Verarbeitung in Hessen bestimmt sind, auch diejenigen Waren ein, die über Hessen in andere Bundesländer oder ins Ausland weitergeleitet werden. Durch die herausragende Bedeutung des Flughafens Frankfurt am Main als Handelsdrehkreuz fallen die Importe in Hessen daher traditionell sehr hoch aus.

15) Diese Entwicklung beinhaltet auch Preisveränderungen.

16) Diese wurden anhand des jeweiligen Handelsvolumens (Wareneinfuhr + -ausfuhr) mit Hessen bestimmt (vgl. Tabelle 1).

17) Die Zusammenfassung zu den Regionen West, Süd und Ost erfolgt hier analog zur Darstellung der auslandskontrollierten Unternehmen.

18) 2017 hat sich die Reihenfolge deutlich verändert: Russische Föderation (11,6 %), Niederlande (10,6 %), Schweiz (9,6 %), Frankreich (8,8 %), Italien (8,2 %), Belgien (7,3 %).

19) Eine direkte Zuordnung der Ein- und Ausfuhren zu auslandskontrollierten Unternehmen ist in der Außenhandelsstatistik nicht möglich.



## Literaturverzeichnis

Deutsche Bundesbank (2018): Direktinvestitionsbestände nach Bundesländern 2016; <https://bit.ly/2r1cf36> (24.08.2018).

Hessisches Statistisches Landesamt (1951): Die hessische Ausfuhr im Jahre 1950, Staat und Wirtschaft, 6. Jahrgang, 1. Heft, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt & Deutsche Bundesbank (2017): Außenhandel und Dienstleistungen der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland – Integrierte Daten für den Berichtszeitraum 2012 bis 2016, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2017): Die wirtschaftliche Bedeutung auslandskontrollierter Unternehmen in Deutschland 2015, Wirtschaft und Staat, 69. Jg., 6. Heft, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2016): Statistik über Auslandsunternehmenseinheiten, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2012): Unternehmen unter ausländischer Kontrolle – Neue Ergebnisse der Inward-FATS-Statistik, Wirtschaft und Statistik, 64. Jg., 12. Heft, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2011): Inward-FATS – Auslandskontrollierte Unternehmen in Deutschland 2008, Wirtschaft und Statistik, 63. Jg., 9. Heft, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2009): Unternehmensverflechtungen im statistischen Unternehmensregister, Wirtschaft und Statistik, 61. Jg., 8. Heft, Wiesbaden.

Thüringer Landesamt für Statistik (2017): Auslandskontrollierte Unternehmen in Thüringen 2014, Aufsätze aus den Monatsheften, 2. Heft, Erfurt.

# Hessen und der Handel mit Europa

Für die hessischen Unternehmen hat der internationale Handel eine große Bedeutung. Wichtige Handelspartner sind neben China und den USA vor allem europäische Staaten. Wie hoch die hessischen Einfuhren und Ausfuhren in diese Region insgesamt sind, welche Waren beim Import und Export die größte Rolle spielen und welches europäische Land der Hauptabnehmer oder der Hauptlieferant dieser Waren ist, wird in diesem Beitrag erläutert. **Von Dr. Joachim Lutz**

## Export

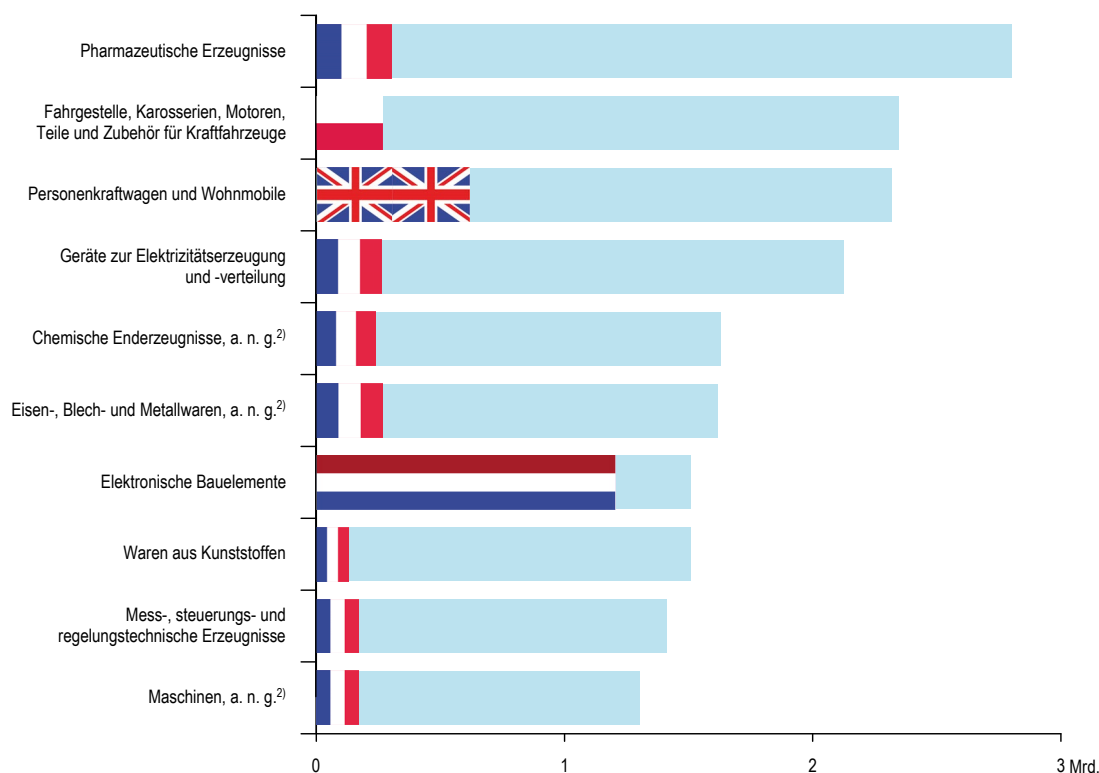
Die hessische Volkswirtschaft exportierte 2017 Waren im Wert von 41,1 Mrd. Euro ins europäische Ausland. Dies entspricht 65,9 % der gesamten hessischen Ausfuhren. Welche Warengruppen dabei besonders gefragt waren sowie das jeweilige Hauptbestimmungsland, zeigt Abbildung 1.

Mit einem Wert von 2,8 Mrd. Euro waren 6,8 % aller exportierten Produkte pharmazeutische Erzeugnisse. Hauptbestimmungsland dieser Güter war mit einem Anteil von 11,1 % Frankreich. In den vergangenen Jahren belegten Waren aus

der Pharmabranche stets den Spitzenplatz unter den hessischen Exporten, wobei das Volumen der Ausfuhren seit 2013 zwischen 2,7 Mrd. und 3,2 Mrd. Euro schwankte. Hauptabnehmer der Erzeugnisse war dabei jeweils Frankreich.

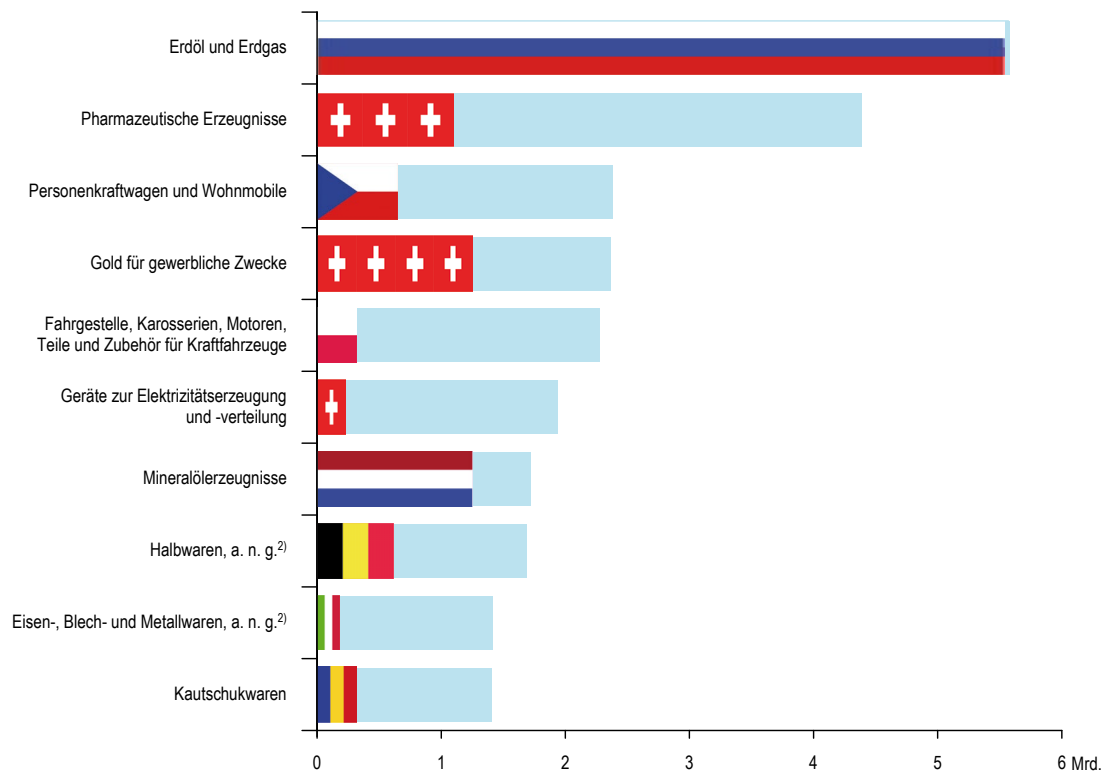
Ebenfalls von herausragender Bedeutung für den hessischen Export ist die Kfz-Branche. Mit jeweils etwa 2,3 Mrd. Euro und damit Anteilen von 5,7 % bzw. 5,6 % am gesamten Warenexport lagen die Ausfuhren von Fahrzeugteilen (Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör) und Fahrzeugen (Pkw und Wohnmobile) an Position 2

**Abbildung 1: Wichtigste hessische Exporte nach Europa 2017 nach Warengruppen und Hauptbestimmungsland (in Euro)<sup>1)</sup>**



<sup>1)</sup> Die mit den Flaggen Frankreichs, Polens, des Vereinigten Königreichs sowie der Niederlande hinterlegten Bereiche geben den Wert der Waren der jeweiligen Gütergruppe an, der in das Hauptbestimmungsland exportiert wurde. – <sup>2)</sup> a. n. g. = anderweitig nicht genannt.

**Abbildung 2: Wichtigste hessische Importe aus Europa 2017 nach Warengruppen und Hauptherkunftsland (in Euro)<sup>1)</sup>**



1) Die mit den Flaggen der Russischen Föderation, der Schweiz, der Tschechischen Republik, Polens, der Niederlande, Belgiens, Italiens sowie Rumäniens hinterlegten Bereiche geben den Wert der Waren der jeweiligen Gütergruppe an, der aus dem Hauptherkunftsland importiert wurde. – 2) a. n. g. = anderweitig nicht genannt.

1) Grund dafür ist vor allem die herausragende Bedeutung des Flughafens Frankfurt als Handelsdrehkreuz. Aufgrund verschiedener Erhebungskonzepte für Ein- und Ausfuhr kann aus beiden Werten kein aussagekräftiger Saldo berechnet werden: Während bei den Exporten lediglich Waren erfasst werden, die aus Erzeugung, Be- und Verarbeitung in Hessen stammen und zur Ausfuhr bestimmt sind, gehen bei der Erhebung der Importe neben den Waren, die zum Ge- bzw. Verbrauch oder zur Be- und Verarbeitung in Hessen bestimmt sind, auch diejenigen Waren ein, die über Hessen in andere Bundesländer oder ins Ausland weitergeleitet werden.

2) Dieser außergewöhnlich großen Steigerung des Warenwerts liegt eine nicht unbeträchtliche Ausweitung der importierten Menge an Erdöl und Erdgas zugrunde. Zusätzlich wird der Importwert aber u. a. auch von Preisanpassungen und Wechselkursentwicklungen beeinflusst.

und 3. Während Fahrzeugkomponenten am häufigsten nach Polen ausgeführt wurden (11,8 %), landeten 27,6 % aller Pkw und Wohnmobile im Vereinigten Königreich.

Im vergangenen Jahr gingen die Exporte von Fahrzeugen nach Großbritannien und Nordirland gegenüber den Vorjahren jedoch merklich zurück. Orderten britische Käufer 2015 und 2016 noch Waren im Wert von jeweils knapp 1 Mrd. Euro, sank die Nachfrage 2017 auf rund 650 Mill. Euro. Zwar nahmen die Kfz-Exporte Hessens seit 2015 insgesamt ebenfalls ab, jedoch sank dabei der Anteil der ins Vereinigte Königreich verschifften Fahrzeuge von 40,4 % (2015) über 34,9 % (2016) auf eben 27,6 %.

Gleiches kann auch für den Gesamtwert der Exporte nach England, Schottland, Wales und Nordirland konstatiert werden. Ihr Anteil an allen hessischen Ausfuhr ins europäische Ausland sank 2017 auf 9,9 %. Zwischen 2013 und 2016 hatte dieser noch durchschnittlich 11,4 % betragen.

Die Vermutung liegt nahe, dass diese Entwicklung mit dem bevorstehenden Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union im März 2019 in Verbindung zu bringen ist. Dieser Schluss könnte allerdings erst nach einer mittel- bis langfristigen Betrachtung der Außenhandelszahlen in den kommenden Jahren gezogen werden.

## Import

Die Importe der hessischen Volkswirtschaft fallen traditionell deutlich höher aus als die Exporte.<sup>1)</sup> 2017 lagen die Einfuhren aus den europäischen Staaten bei einem Wert von 54,9 Mrd. Euro. Dies entsprach einem Anteil von 58,5 % an allen hessischen Importen. Abbildung 2 zeigt die wichtigsten Warengruppen sowie das jeweils bedeutendste Herkunftsland.

Mit knapp 5,6 Mrd. Euro bzw. 10,2 % der gesamten Einfuhr in Hessen nahmen 2017 die Importe von Erdöl und Erdgas mit großem Abstand die Spitzenposition ein. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Steigerung um 46,0 %.<sup>2)</sup>

Herkunftsland war fast ausschließlich die Russische Föderation (99,4 %).

Wie bei den Exporten sind Waren aus dem Bereich der pharmazeutischen Erzeugnisse auch auf den Importlisten weit oben zu finden. 2017 fielen 8,0 % aller hessischen Einfuhren in diese Produktgruppe, was einem Gesamtwert von 4,4 Mrd. Euro entsprach. Mit einem Anteil von 24,7 % waren schweizer Lieferanten die wichtigsten Exporteure in dieser Warengruppe.

Fossile Brennstoffe wie auch pharmazeutische Erzeugnisse waren bereits in den vergangenen Jahren die bedeutendsten Importgüter in Hessen und wechselten sich an der Spitze der Einfuhrliste ab.

Wie bei den Ausfuhren spielte auch beim Import die Kfz-Branche eine wichtige Rolle. Auf Platz 3 und 5 liegend wurden Fahrzeuge (Pkw und Wohnwagen) sowie Fahrzeugteile (Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör) im Wert von 2,4 Mrd. bzw. 2,3 Mrd. Euro nach Hessen eingeführt. Dies entspricht Anteilen am gesamten Importvolumen von 4,3 % bzw. 4,2 %. Als Herkunftsländer taten sich dabei besonders die Tschechische Republik (26,7 % der Fahrzeuge) und – wie schon bei den Fahrzeugteil-Exporten – Polen (13,7 %) hervor.



© industrieblick – Fotolia.com

Während bei den Exporten ins Vereinigte Königreich jüngst ein Rückgang beobachtet werden konnte, ist dies für die Importe nicht zu erkennen. Zwischen 2013 und 2017 bewegte sich der Anteil der Waren, die aus dem Vereinigten Königreich nach Hessen eingeführt wurden, zwischen 6,3 % und 6,9 %, wobei 2017 gar wieder der Höchstwert erreicht wurde.

**Dr. Joachim Lutz;** Tel.: 0611 3802-344

E-Mail: [joachim.lutz@statistik.hessen.de](mailto:joachim.lutz@statistik.hessen.de)

# Wohnen in Hessen und in der EU

Ausgewählte Ergebnisse aus der EU-SILC 2016

*Die Europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) bietet jährlich EU-weit vergleichbare Informationen zur Einkommenssituation und zu den Lebensbedingungen privater Haushalte. Dazu gehören auch Informationen zu den Wohnverhältnissen, welche einen erheblichen Einfluss auf die Lebensqualität vieler Menschen haben. Neben den Wohnkosten können auch Probleme im Zusammenhang mit der Wohnung und dem Wohnumfeld den Haushalt belasten. Dieser Artikel betrachtet ausgewählte Ergebnisse zum Wohnen in Hessen aus dem Jahr 2016 und vergleicht sie mit denen der anderen EU-Staaten. Im Fokus stehen dabei Fragen zur subjektiven Einschätzung über Mängel im Wohnraum und Belastungen im Wohnumfeld. Die wahrgenommenen Probleme der Hessen weichen im Durchschnitt von denen der EU-28-Bürger ab. Insbesondere Verschmutzung, Ruß und andere Umweltbelastungen sahen die Hessinnen und Hessen als Problem in ihrem Wohnumfeld. Dagegen war z. B. die Einschätzung in Bezug auf Feuchtigkeitsschäden und zu wenig Tageslicht im Wohnraum günstiger als im EU-Vergleich. Da sanitäre Einrichtungen in Hessen und Deutschland mittlerweile in allen deutschen Wohnungen und Häusern in zeitgemäßer Ausführung vorhanden sind, spielen sie bei der Bewertung der Wohnqualität keine Rolle mehr. **Von Stefanie Picard***

## „Leben in Europa“ – die deutsche EU-SILC-Erhebung

Die Europäische Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (European Union Statistics on Income and Living Conditions, EU-SILC), die in Deutschland unter dem Namen „Leben in Europa“ läuft, wird seit dem Jahr 2005 in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) sowie in Mazedonien, Norwegen, Island, Serbien, in der Schweiz und der Türkei durchgeführt. Sie wurde mit dem Ziel eingeführt, eine zwischen den Mitgliedstaaten der EU vergleichbare Daten-

quelle für die europäische Sozialberichterstattung zu schaffen. Die Befragung wurde insbesondere auf die Berechnung von Indikatoren der sozialen Eingliederung, den sogenannten Laeken-Indikatoren, zugeschnitten. Ihre Ergebnisse stellen somit eine wichtige Grundlage für die europäische Sozialpolitik dar. Die gewonnenen Daten bilden zudem die Grundlage einiger Indikatoren zum Monitoring der nationalen und europäischen Nachhaltigkeitsstrategien und decken folgende Themen ab: Einkommenslage, materielle Entbehrung (Deprivation), Bildung, Arbeitsmarktbeteiligung, Kinderbetreuung, soziale und kulturelle Teilhabe sowie Gesundheit und Wohnen. Jährlich wechselnde Zusatzmodule ergänzen das regelmäßige Standardfragenprogramm. Neu für die amtliche Statistik ist dabei der Bezug auf subjektive Einschätzungen der Befragten.

Die Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 16. Juni 2003 für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) sowie mehrere Durchführungsverordnungen der Europäischen Kommission bilden die rechtliche Grundlage, welche in Deutschland durch das Bundesstatistikgesetz ergänzt wird.



© Tiberius Gracchus – Fotolia.com



Die Statistik ist als Querschnitts- und Panelerhebung konzipiert. Zur Generierung von Längsschnittdaten nimmt jeder befragte Haushalt i. d. R. 4 Jahre an der Befragung teil. Die EU-Verordnung fordert für die Querschnittskomponente in den Mitgliedstaaten einen effektiven Mindeststichprobenumfang von 156 000 Personen ab 16 Jahren in 80 000 privaten Haushalten (für Deutschland 14 500 Personen in 8250 privaten Haushalten). Der in Deutschland bei „Leben in Europa“ 2016 realisierte Netto-Stichprobenumfang betrug 13 344 Haushalte und 23 188 Personen ab 16 Jahren. In Hessen wurden 1004 Haushalte und 2095 Personen ab 16 Jahren befragt. Die Erhebung ist in Deutschland als schriftliche Haushaltserhebung zur freiwilligen Beantwortung konzipiert und wird jährlich im Zeitraum von April bis November durchgeführt. Ziehunggrundlage für die Stichprobe ist die Dauerstichprobe befragungsbereiter Haushalte.<sup>1)</sup>

Da die Befragung für den europäischen Vergleich konzipiert wurde und der Stichprobenumfang vergleichsweise gering ist (ein Dreißigstel der Größe des Mikrozensus), ist sie für regionale Analysen unterhalb der Ebene der Bundesländer ungeeignet.

### Die Wohnsituation von Privathaushalten

Die Lebensqualität vieler Menschen wird nicht unerheblich durch ihre Wohnverhältnisse beeinflusst (Bollnow, 1963 und Silbermann, 1991). Zur nicht-monetären Messung von Deprivation ist die Wohnsituation ein wichtiger Faktor. Zu diesem Thema bietet die EU-SILC Informationen darüber, wie und unter welchen Bedingungen Menschen in Europa wohnen. Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse zum Wohnen in Hessen aus dem Jahr 2016 präsentiert und mit denen in der EU verglichen.

Die Hessinnen und Hessen verfügten über durchschnittlich 4,2 Wohn- und Schlafräume je Haushalt, wobei es sich bei knapp 41 % der Haushalte um Einpersonenhaushalte, bei knapp 31 % um 2-Personen-Haushalte, bei 13 % um 3-Personen-Haushalte und bei weiteren 16 % um Haushalte mit 4 oder mehr Personen handelte. Alleinlebende verfügten in Hessen im Durchschnitt über 2,9 Wohn- und Schlafräume, während sich 2 Erwachsene mit Kind(-ern) im Durchschnitt 4,8 Wohn- und Schlafräume teilten.



© luna – Fotolia.com

Neben dem verfügbaren Wohnraum ist der Wohnstatus ein grundlegendes Merkmal mit vielfältigen Implikationen für die Wohnsituation. Der Wohnstatus gibt an, ob Haushalte Eigentümer oder Mieter der von ihnen genutzten Wohnung oder des von ihnen bewohnten Hauses sind. Wohneigentum kann einerseits Sicherheit vor Kündigungen bieten und als finanzielle Absicherung im Alter gesehen werden, andererseits kann der Erwerb von Wohneigentum eine erhebliche finanzielle Belastung darstellen. Des Weiteren bietet der Erwerb von Wohneigentum größere Möglichkeiten, diesen nach eigenen Bedürfnissen zu gestalten. Gut die Hälfte (52 %) der hessischen Haushalte lebte in Wohneigentum oder mietfrei, während dies deutschlandweit auf 47 % der Haushalte zutraf.<sup>2)</sup>

### Subjektive Belastungen im Zusammenhang mit „Wohnen“

Zum Thema „Wohnbedingungen“ werden eine Reihe weiterer subjektiver Indikatoren erfasst. Entsprechend der Ausrichtung der Erhebung „Leben in Europa“ liegt der Schwerpunkt auf den sozialen Problemen und Belastungen, die mit dem Wohnen im Zusammenhang stehen. Im Folgen-

1) Ausführliche Informationen zur Methodik der Erhebung und zur Hochrechnung der Stichprobe finden sich in Körner et al. (2005) sowie bei Horneffer und Kuchler (2008).

2) Das Ergebnis für Deutschland weicht von dem von Eurostat veröffentlichten Ergebnis ab, das auf einer Betrachtung auf Personenebene beruht und mietfrei Wohnende nicht mit einschließt. Im Jahr 2016 waren laut Eurostat 51,7 % der Deutschen Eigentümer der Wohnung, in der sie lebten. Damit liegt die Wohneigentümerquote in Deutschland unter dem Durchschnitt der EU-28 (69,3 %). Lediglich die Schweiz hat eine geringere Wohneigentümerquote.

den werden Merkmale zu Belastungen im Zusammenhang mit der Wohnung bzw. dem Wohnraum zum einen und mit dem Wohnumfeld zum anderen betrachtet, welche über den Haushaltsfragebogen erhoben, jedoch auf Personenebene ausgewiesen werden. Es muss daher berücksichtigt werden, dass sich die Aussagen zwar auf Personen beziehen, die Angaben aber durch Einschätzung einer Person für den gesamten Haushalt erfolgen.

Die Fragen zur subjektiven Einschätzung der Haushalte über ihre Wohn- und Lebenssituation tragen neben den rein ökonomischen Fakten zu einem umfassenderen Bild der Lage der Bevölkerung bei. Dies ist auch im Sinne der in der amtlichen Statistik diskutierten Konzepte für eine Erweiterung der Wohlfahrtsmessung (Stiglitz, Sen und Fitoussi, 2009).

**Tabelle 1: Anteil der Bevölkerung ab 16 Jahren, die von Problemen im Wohnumfeld ihres Haushaltes betroffen sind, an der Bevölkerung gleichen Alters in Hessen und Deutschland 2016 (in %)**

Region	Insgesamt	und zwar von Problemen durch ...	
		Verschmutzung, Ruß o. a. Umweltbelastungen <sup>1)</sup>	Kriminalität, Gewalt, Vandalismus <sup>2)</sup>
Hessen	34,5	30,6	14,1
Deutschland	28,7	23,2	14,1

1) Z. B. durch Industrie, Straßen- oder Flugverkehr. – 2) Vandalismus: mutwillige Beschädigungen an Gebäuden.  
Quellen: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt.

Knapp zwei Drittel (65 %) der Hessinnen und Hessen lebten 2016 in einem positiv bewerteten Wohnumfeld, in dem weder Kriminalität, Gewalt oder mutwillige Beschädigungen an Gebäuden in der näheren Umgebung noch Verschmutzung, Ruß oder andere Umweltbelastungen durch Industrie, Straßenverkehr oder Flugverkehr wahrgenommen werden (s. Tabelle 1).

Ähnlich fällt die Bewertung des Wohnraumes aus, in dem die Haushalte leben: 65 % der Hes-

sinnen und Hessen hatten keine Mängel am Wohnraum zu beklagen. Zu den Mängeln oder Belastungen in der Wohnung (oder dem Haus), in der der Haushalt wohnt, zählen u. a. Feuchtigkeitsschäden, zu wenig Tageslicht, Lärmbelästigung oder das Fehlen von sanitären Einrichtungen (s. Tabelle 2). Diese Mängel beschreiben die sogenannte „wohnungsbezogene Deprivation“. Hierzu waren bei der Befragung Mehrfachnennungen möglich.

Von den erfassten Belastungen im Zusammenhang mit den Wohnbedingungen fielen 2016 in Hessen und Deutschland besonders 2 Problembereiche ins Gewicht, insbesondere wenn diese in Bezug zu den in der EU-28 wahrgenommenen Belastungen gesetzt werden: Lärm durch Nachbarn, Straßenverkehr, Geschäfte oder Industrie im Wohnraum sowie Verschmutzung, Ruß oder andere Umweltbelastungen im Wohnumfeld. In diesen Bereichen fühlte sich die hessische Bevölkerung deutlich häufiger belastet als die Einwohnerinnen und Einwohner der EU-28 insgesamt (s. unten und Schaubilder 1 und 4).

### Subjektive Belastungen im Zusammenhang mit dem Wohnraum im EU-Vergleich

Im Hinblick auf den Wohnraum fühlten sich die deutschen und mehr noch die hessischen Haushaltsbewohnerinnen und -bewohner im Vergleich zur EU-28 deutlich stärker durch den Lärm von Nachbarn, den Verkehrslärm und den Lärm der Geschäfte oder der Industrie belastet. In Deutschland beklagte sich jede vierte Person (25 %) über diesen Lärm; in Hessen traf dies auf 29 % der befragten Personen zu. Der EU-28-Durchschnitt lag bei 18 % (s. Abbildung 1).

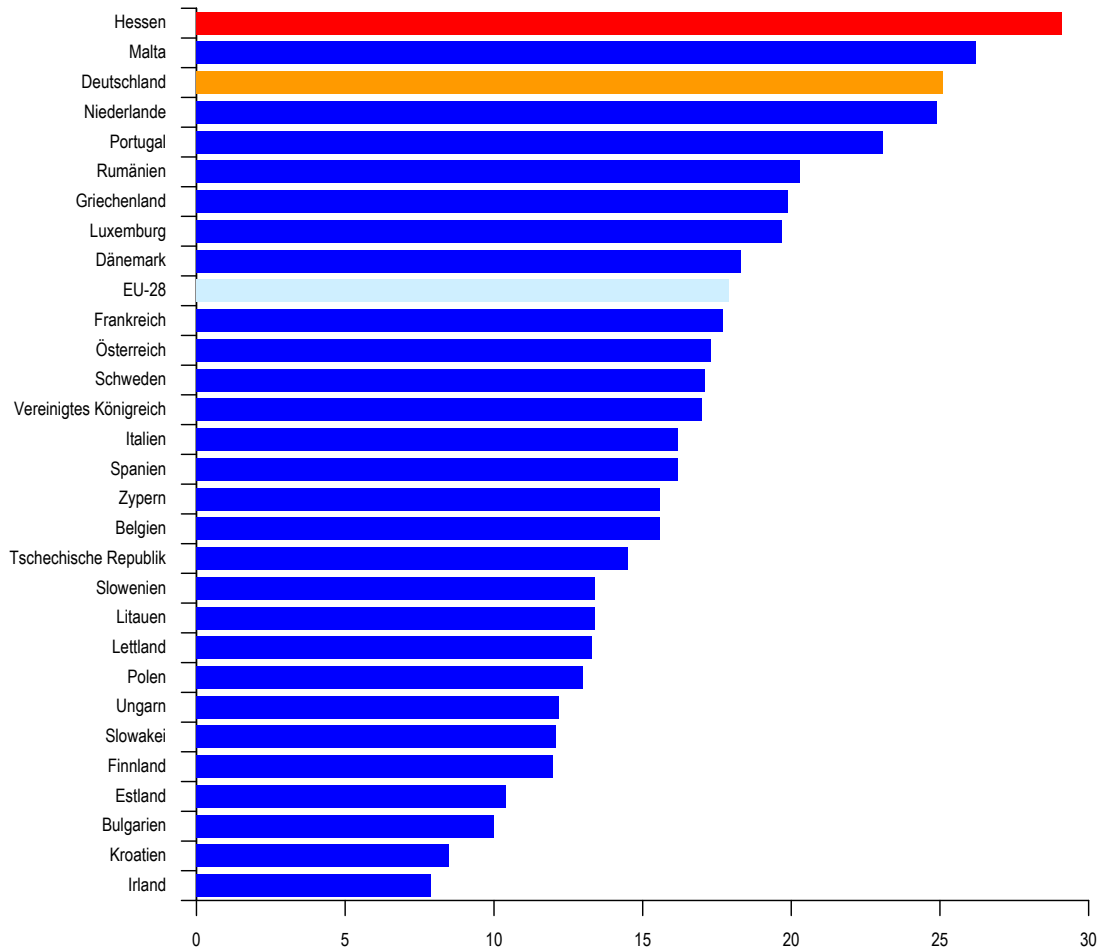
Abgesehen von den Lärmbelästigungen fällt die Bewertung des Wohnraums in Hessen und Deutschland im EU-Vergleich günstiger aus. Feuchtigkeitsschäden hatten 11 % der Hessinnen und Hessen und 13 % der Deutschen in ihrem Haushalt zu verzeichnen (s. Abbildung 2). Konkret wurde hier nach einem undichten Dach, Fäulnis in Fensterrahmen oder Fußböden sowie Feuchtigkeit in Wänden, Fußböden oder Fundament gefragt. In der EU-28 lebten dagegen 15 % der Bevölkerung in Wohnungen oder Häusern mit Feuchtigkeitsschäden. Auch über zu wenig Tages-

**Tabelle 2: Anteil der Bevölkerung ab 16 Jahren, die von Mängeln in der Wohnung/ im Haus ihres Haushaltes betroffen sind, an der Bevölkerung gleichen Alters in Hessen und Deutschland 2016 (in %)**

Region	Insgesamt	und zwar von Mängeln durch ...		
		Feuchtigkeitsschäden <sup>1)</sup>	zu wenig Tageslicht <sup>2)</sup>	Lärmbelästigung <sup>3)</sup>
Hessen	35,2	10,7	(3,0)	29,1
Deutschland	33,7	13,1	3,8	25,1

1) Undichtes Dach; Feuchtigkeit in den Wänden, in den Böden, im Fundament; Fäulnis in den Fensterrahmen oder im Boden. – 2) Die Wohnräume haben zu wenig Tageslicht oder sind zu dunkel. – 3) Z. B. durch Nachbarn, Verkehrslärm, Geschäfte oder Industrie.  
Quellen: Hessisches Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt.

**Abbildung 1: Anteil der Bevölkerung ab 16 Jahren, die im Haushalt von Lärmbelästigung (z. B. durch Nachbarn, Verkehrslärm, Geschäfte oder Industrie) betroffen sind, an der Bevölkerung gleichen Alters in Hessen und in den EU-Staaten 2016 (in %)**



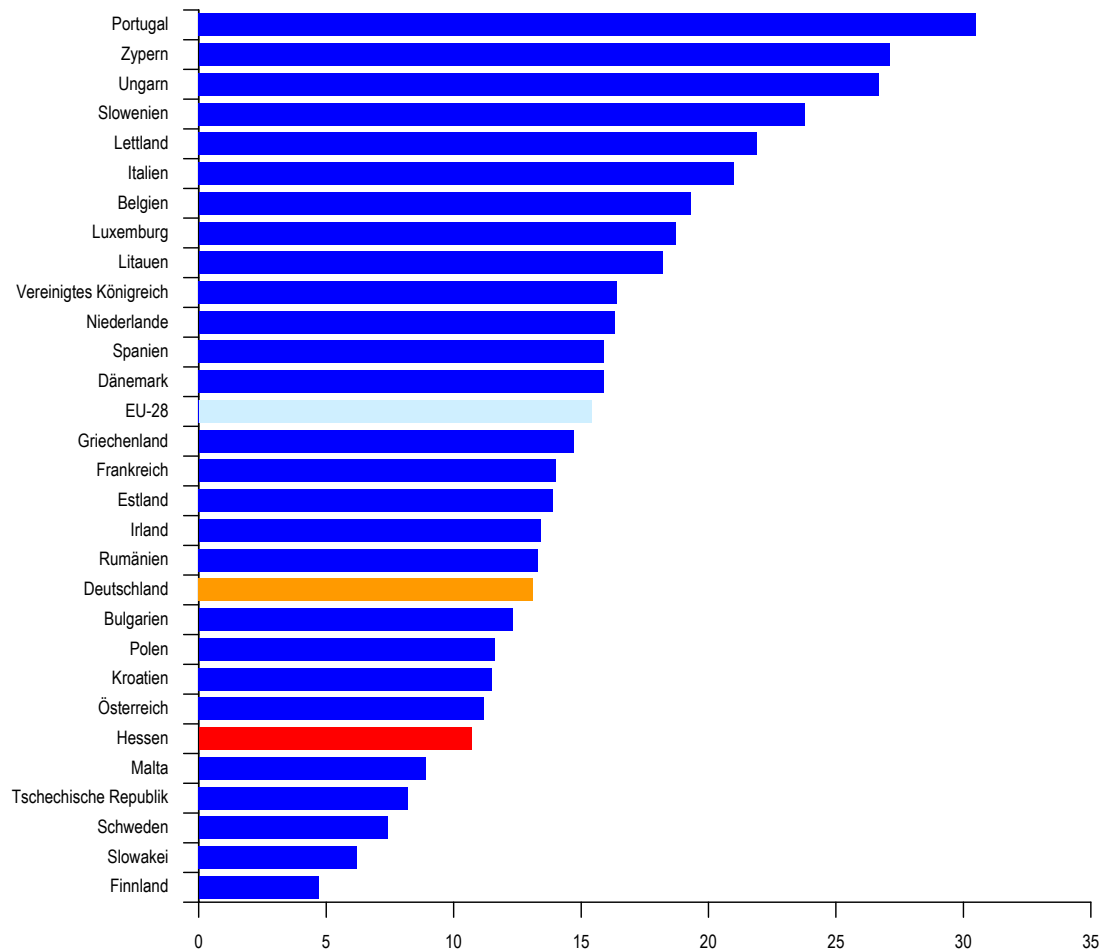
Quelle: Eurostat.

licht im Wohnraum konnten sich die Hessinnen und Hessen, ähnlich wie die übrige Bevölkerung der Bundesrepublik, kaum beklagen. Da sanitäre Einrichtungen in Hessen und Deutschland mittlerweile in allen deutschen Wohnungen und Häusern in zeitgemäßer Ausführung vorhanden sind, spielen sie bei der Bewertung der Wohnqualität keine Rolle mehr. Dies trifft nicht auf alle EU-Mitgliedstaaten zu: 2 % der EU-Bevölkerung verfügten weder über ein Bad noch über eine Dusche in der Wohnung (Eurostat, 2018a); 2 % der Bevölkerung der EU-28 verfügten über kein WC für den alleinigen Gebrauch der im Haushalt lebenden Personen (Eurostat, 2018b). Der Anteil der EU-Bevölkerung, der weder ein Bad noch eine Dusche noch ein WC in seiner Wohnung zur Verfügung hat, betrug 2 %. In einzelnen EU-Staaten lag er deutlich darüber, insbesondere in Rumänien (30 %), Lettland und Litauen (jeweils 12 %; Eurostat, 2018c).

### Subjektive Belastungen im Zusammenhang mit dem Wohnumfeld im EU-Vergleich

Die Einschätzungen der Haushalte in Hessen und Deutschland, verglichen mit der übrigen EU, fallen anders aus, wenn es um Probleme im Wohnumfeld geht (s. Abbildungen 3 und 4). Die empfundene Belastung im Zusammenhang mit dem Wohnumfeld liegt bei beiden im Folgenden betrachteten Merkmalen über dem EU-28-Durchschnitt. Die Wahrnehmung von Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus im Wohnumfeld lag sowohl in Hessen als auch in Deutschland knapp über dem EU-28-Durchschnitt: 14 % der hessischen Bevölkerung empfanden hier Belastungen. In Deutschland lag der Anteil ebenfalls bei 14 %, während der EU-28-Durchschnitt 13 % betrug. In dieser Hinsicht besonders belastet fühlten sich die Einwohner in Bulgarien (25 %), in den Niederlanden und im Vereinigten Königreich mit jeweils knapp 17 % (s. Abbildung 3).

**Abbildung 2: Anteil der Bevölkerung ab 16 Jahren, die von Feuchtigkeitsschäden<sup>1)</sup> in der Wohnung/im Haus betroffen sind, an der Bevölkerung gleichen Alters in Hessen und in den EU-Staaten 2016 (in %)**

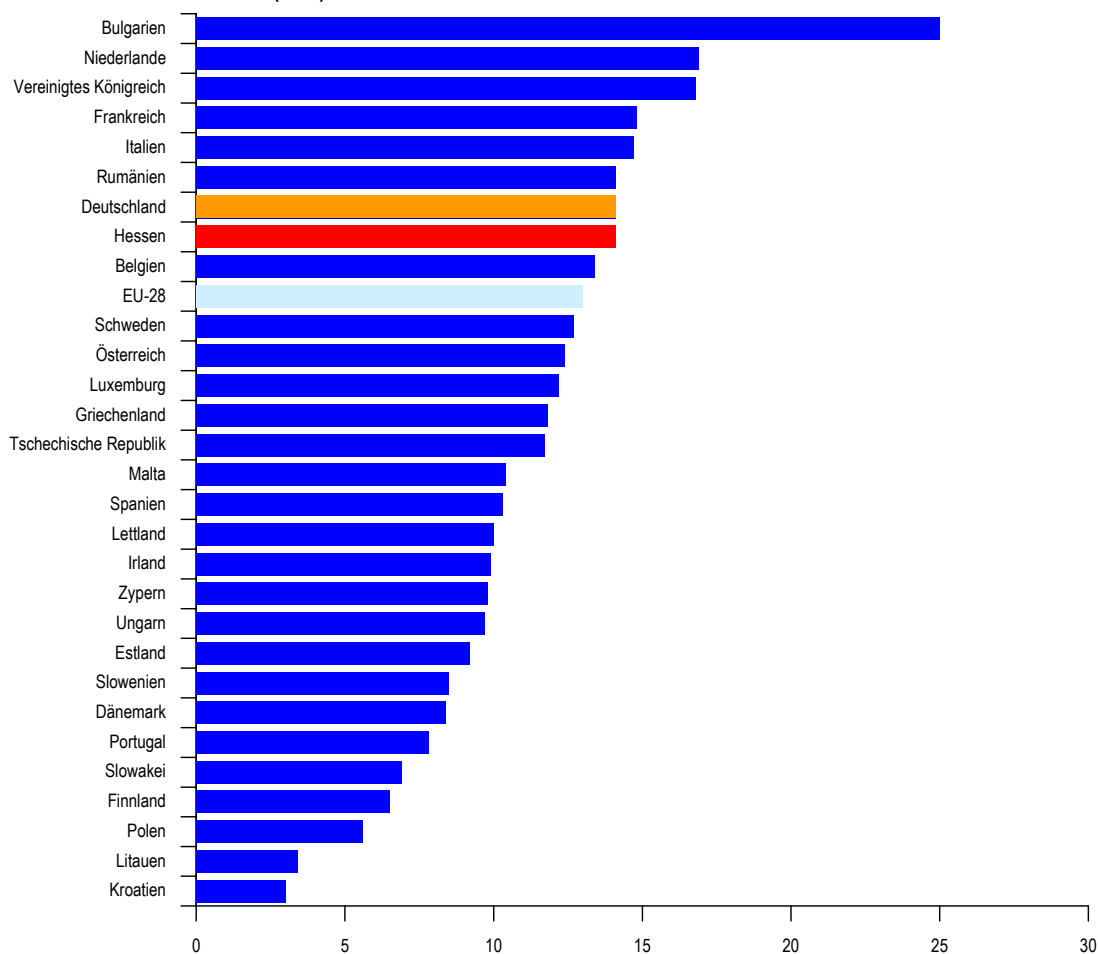


1) Undichtiges Dach; Feuchtigkeit in den Wänden, in den Böden, im Fundament; Fäulnis in den Fensterrahmen oder im Boden.  
Quelle: Eurostat.

Die meisten Probleme im Zusammenhang mit dem Wohnumfeld sahen die Hessinnen und Hessen in der Verschmutzung, im Ruß oder in anderen Umweltbelastungen durch Industrie, Straßen- oder Flugverkehr: 31 % der hessischen Bevölkerung fühlten sich hierdurch beeinträchtigt. Damit stellt dieses Merkmal zum einen die meist genannte Belastung im Zusammenhang mit dem Wohnumfeld, aber auch mit den Wohnbedingungen insgesamt dar. Zum anderen sticht das Ergebnis auch im EU-Vergleich heraus, da sich die hessische Bevölkerung europaweit am häufigsten durch Verschmutzung, Ruß oder andere Umweltbelastungen im Wohnumfeld belastet fühlte (s. Abbildung 4). In der EU-28 nahmen 14 % der Bevölkerung Umweltverschmutzung im Wohnumfeld als Problem wahr. Am wenigsten hiervon belastet schätzten sich die Haushalte in Dänemark (7 %), Schweden (6 %) und Irland (5 %) ein.

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse muss berücksichtigt werden, dass es sich um subjektive Antworten handelt und die Selbsteinschätzung daher von Person zu Person, aber auch von Land zu Land sehr unterschiedlich ausfallen kann. Über die Ursachen der unterschiedlichen Wahrnehmungen des Wohnumfeldes kann nur spekuliert werden. Es ist denkbar, dass die Einwohner im industrie- und verkehrsreichen Hessen mit einer höheren Verschmutzung und mit mehr Lärm konfrontiert sind. Die gefühlte höhere Belastung der Hessinnen und Hessen könnte aber auch durch eine höhere Anspruchshaltung verursacht sein. Bei einem Vergleich der EU-Staaten muss im Bereich der Fragen zu subjektiven Einschätzungen zudem bedacht werden, dass bereits geringfügige Abweichungen bei der Formulierung dieser Fragen zu verschiedenen Frageintentionen führen können (Horneffer und Kuchler, 2008, S. 660).

**Abbildung 3: Anteil der Bevölkerung ab 16 Jahren, die nach eigener Einschätzung von Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus im Wohnumfeld ihres Haushaltes betroffen sind, an der Bevölkerung gleichen Alters in Hessen und in den EU-Staaten 2016 (in %)**



Quelle: Eurostat.

## Ausblick

Knapp zwei Drittel der Hessinnen und Hessen sahen sich keinen Belastungen im Zusammenhang mit ihrem Wohnumfeld ausgesetzt, und ebenfalls nahezu zwei Drittel fühlten sich nicht durch Zustände im Wohnraum belastet. Sie klagten u. a. seltener über Feuchtigkeitsschäden in den Wohnungen als im bundesdeutschen und europäischen Durchschnitt. Allerdings fühlten sie sich im EU-Vergleich verhältnismäßig stark durch Lärmbelästigungen im Wohnraum und durch Verschmutzungen im Wohnumfeld beeinträchtigt.

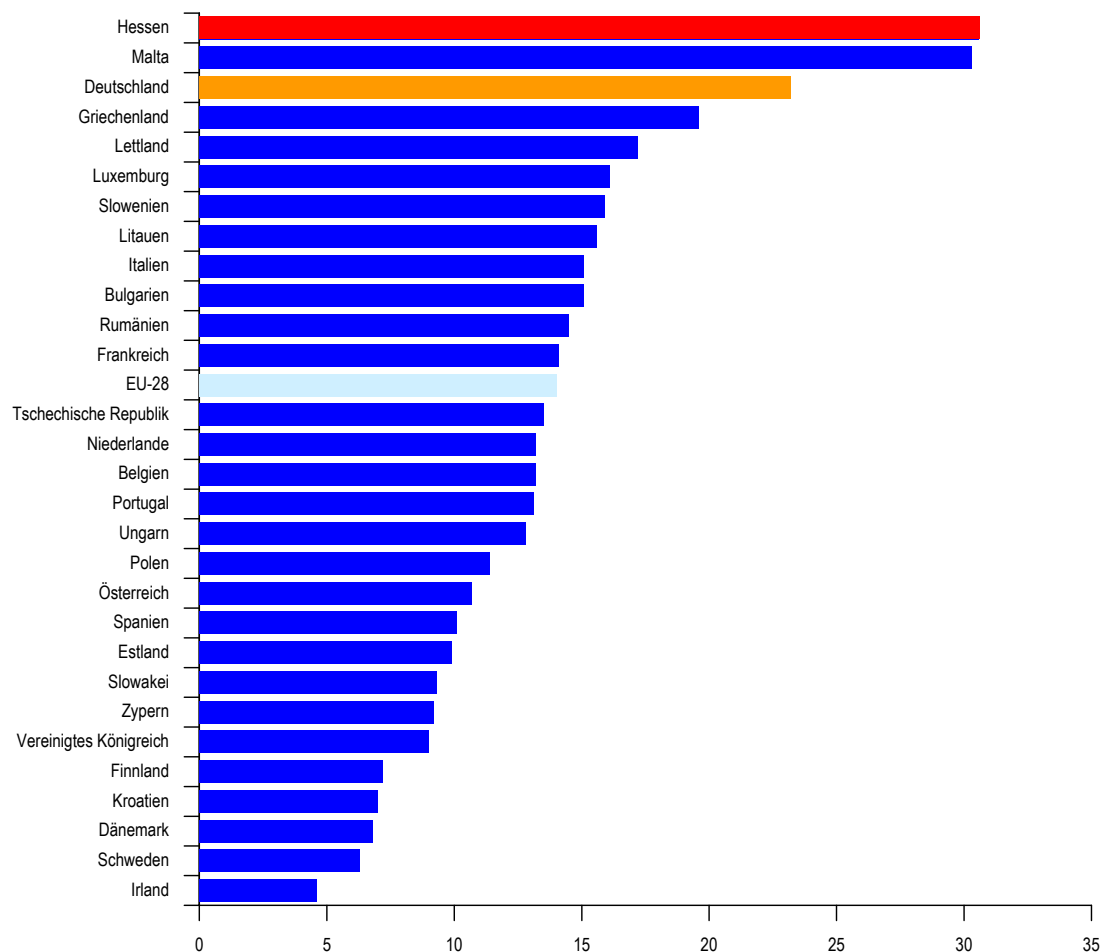
Bei einem Vergleich der EU-Staaten muss jedoch bedacht werden, dass die einzelnen Fragen in den Mitgliedstaaten der EU aufgrund der Unterschiede in den Lebensbedingungen nicht immer die gleiche Relevanz haben. So sind bspw. in Deutschland in allen Wohnungen und Häusern sanitäre Einrichtungen in zeitgemäßer Ausführung vorhanden, während in einigen Mitgliedstaaten ein Teil

der Bevölkerung weder über ein Bad noch über eine Dusche noch über ein WC in seiner Wohnung verfügt. Zudem können als Folge der unterschiedlichen europäischen Sprachen Frageintentionen in der Formulierung leicht variieren und andere Implikationen hervorrufen.

In ihrer aktuellen Form ist die Befragung „Leben in Europa“ nicht für regionale Analysen unterhalb der Ebene der Bundesländer nutzbar, da ihre Stichprobengröße dies nicht zulässt. Zukünftig werden die EU-SILC-Daten jedoch für die politische Entscheidungsfindung eine höhere Relevanz erhalten, denn ab 2020 wird die EU-SILC, verbunden mit einer Antwortpflicht, vollständig in den Mikrozensus integriert. Für den deutschen Mikrozensus wird jährlich 1 % der Bevölkerung als Stichprobe zu unterschiedlichen Themen befragt. Hintergrund der Integration in den Mikrozensus ist die Zielsetzung der Bundesregierung, verstärkt arbeitsmarkt- und sozialpolitische Indikatoren im Rahmen der ma-



**Abbildung 4: Anteil der Bevölkerung ab 16 Jahren, die nach eigener Einschätzung von Verschmutzung, Ruß o. a. Umweltbelastungen im Wohnumfeld ihres Haushaltes betroffen sind, an der Bevölkerung gleichen Alters in Hessen und in den EU-Staaten 2016 (in %)**



Quelle: Eurostat.

ökonomischen Ungleichgewichtsbetrachtung einzusetzen. Durch die Integration in den Mikrozensus wird der Stichprobenumfang der EU-SILC deutlich erhöht. Zudem werden systematische Verzerrungen vermieden, welche für Erhebungen mit freiwilliger Beantwortung, wie derzeit bei der EU-SILC, charakteristisch sind. Personen im unteren und oberen Einkommensbereich werden voraussichtlich höhere Teilnahmequoten aufweisen.

Mit der Integration der EU-SILC-Merkmale in den Mikrozensus können sozialpolitische Indikatoren mit der notwendigen Genauigkeit zur Verfügung gestellt werden. Ab dem Berichtsjahr 2020 wäre

somit eine bessere regionale Analyse der EU-SILC-Daten möglich und bspw. die Aufnahme der „materiellen Deprivation“ als Indikator zur Armutsmessung in Hessen denkbar.

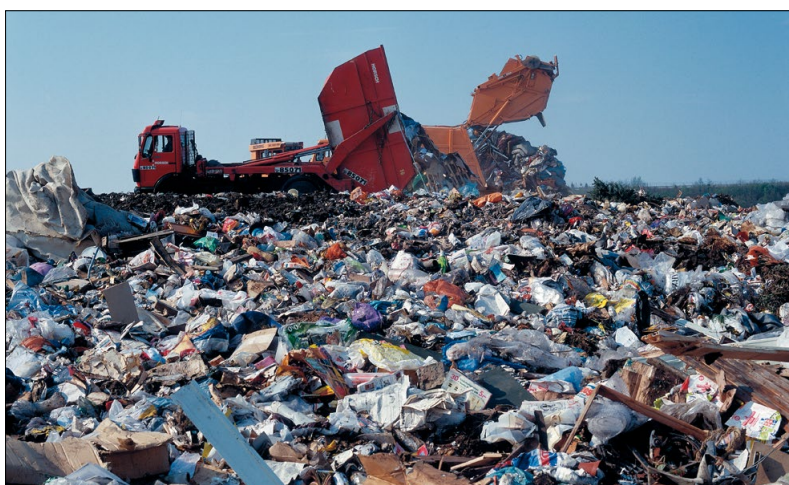
Beim Datensatz zur Wohnsituation böte sich bei einer entsprechenden Stichprobengröße ein höheres Analysepotenzial. Die Belastungen der Wohnsituation ließen sich dann bspw. nach Haushaltstyp, nach Einkommen oder nach Verstärkungsgrad auswerten.

**Patrick Ortner**; Tel.: 0611 3802-803  
E-Mail: [redaktion@statistik.hessen.de](mailto:redaktion@statistik.hessen.de)

- BOLLNOW, Otto Friedrich, 1963. Mensch und Raum. 11. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer. ISBN 978-3-17-021284-8.
- EUROSTAT, 2018a. Totalbevölkerung, die weder ein Bad, noch eine Dusche in ihrer Wohnung hat [online] – EU-SILC Erhebung. Luxemburg: Eurostat, 19.07.2018 [Zugriff am: 26.07.2018]. Verfügbar unter: <https://bit.ly/2LZ89kk>.
- EUROSTAT, 2018b. Totalbevölkerung, der kein WC für den alleinigen Gebrauch seines Haushalts hat – EU-SILC Erhebung. Luxemburg: Eurostat, 19.07.2018 [Zugriff am: 26.07.2018]. Verfügbar unter: <https://bit.ly/2PJq5BT>.
- EUROSTAT, 2018c. Totalbevölkerung, der weder ein Bad, eine Dusche noch ein WC in seiner Wohnung hat – EU-SILC Erhebung. Luxemburg: Eurostat, 19.07.2018 [Zugriff am: 26.07.2018]. Verfügbar unter: <https://bit.ly/2wOif2J>.
- HORNEFFER, Birgit und Birgit KUCHLER, 2008. Drei Jahre Panelerhebung EU-SILC: Erfahrungen und methodische Weiterentwicklungen. In: WISTA Wirtschaft und Statistik. 2008(8). S. 650–661. ISSN 0043-6143.
- KÖRNER, Thomas, Iris MEYER, Hartmut MINKEL und Ulrike TIMM, 2005. Leben in Europa: Die neue Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen. In: WISTA Wirtschaft und Statistik. 2005(11). S. 1137–1152. ISSN 0043-6143.
- SILBERMANN, Alphons, 1991. Neues vom Wohnen der Deutschen (West). Köln: Verlag Wissenschaft und Politik. ISBN 3804687652.
- STIGLITZ, Joseph E., Amartya SEN und Jean P. FITOUSSI, 2009. Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress. Luxemburg: Eurostat, 2009 [Zugriff am: 26.07.2018]. Verfügbar unter: <https://bit.ly/2sq0MvV>.

# Die hessische Abfallbewirtschaftung überschreitet Grenzen

*Die hessischen Unternehmen leben vom Handel ihrer Produkte und Dienstleistungen mit dem Ausland. Dabei denkt man in erster Linie an Waren wie pharmazeutische Erzeugnisse, Maschinen oder Autos. Doch auch mit Abfällen werden international Geschäfte gemacht. Sie werden von hessischen Unternehmen sowohl importiert als auch exportiert. Welche Art Abfälle das sind, woher sie kommen und wohin sie gehen und ob die Entsorgungsmenge im Zeitverlauf zugenommen hat – das lässt sich mithilfe der amtlichen Abfallstatistik beobachten. Von Jacek Walsdorfer*



1) Richtlinie 2008/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. November 2008 über Abfälle und zur Aufhebung bestimmter Richtlinien (ABl L 312 vom 22.11.2008, S. 3–30).

2) Es gelten die Abfallschlüssel und Abfallbezeichnungen des Europäischen Abfallverzeichnisses (EAV) nach der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnis-Verordnung vom 10. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3379), die zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 17. Juli 2017 (BGBl. I S. 2644) geändert worden ist – AVV), ergänzt um landesspezifische Anforderungen. Das EAV gliedert die Abfälle in zweistellige Kapitel, vierstellige Gruppen und sechsstellige Abfallcodes und stuft die Abfälle in gefährliche und nicht gefährliche Abfälle ein.

Die Abfallbewirtschaftung ist EU-weit in rechtlicher Hinsicht unter der Abfallrahmenrichtlinie<sup>1)</sup> harmonisiert und in organisatorischer Hinsicht vernetzt. Einerseits sollen – unter marktwirtschaftlichen Bedingungen – die vorhandenen Behandlungskapazitäten ausgelastet und Verwertungswege extensiv genutzt werden. Andererseits sind die Kapazitäten zur Behandlung bestimmter Abfälle begrenzt. Das gilt v. a. für als gefährlich eingestufte Abfälle.<sup>2)</sup>

Abfälle entstehen nicht nur am Ende des Produktlebenszyklusses, sondern auch bei Baumaßnahmen, im Zusammenhang mit der Güterproduktion sowie bei der Pflege und Wartung von Produkten. Die amtliche Statistik erfasst auf Landesebene die grenzüberschreitende Verbringung von Abfällen in der Erhebung der Abfallentsorgung und in der Erhebung der gefährlichen Abfälle, über die Nachweise zu führen sind. Andere amtliche Quel-

len eignen sich hierfür nicht, da z. B. die in der Außenhandelsstatistik angewandte Gütersystematik keine gezielte Betrachtung von Abfällen zulässt.

Die Erhebung der Abfallentsorgung erfragt bei Abfallentsorgungsanlagen die angenommenen und – nach erfolgter Behandlung – abgegebenen Abfälle nach ihrer Art und ihrer Herkunft bzw. ihrem Verbleib im In- und Ausland. Zwischenlager sind von der Erhebung ausgenommen. Im vorliegenden Aufsatz finden sich sowohl nach der Anlagenart als auch nach der Abfallart gegliederte Ergebnisse dieser Statistik. Die Erhebung der gefährlichen Abfälle wertet Abfallbegleitscheine, die den Transport insbesondere von gefährlichen Abfällen dokumentieren, aus. Hieraus gehen u. a. Daten zur Abfallart sowie zum Herkunfts- und Zielstaat hervor. Außerhalb des Erfassungsbereichs bleiben nicht gefährliche Abfälle, die ein Erzeuger (z. B. ein Betrieb als Primärerzeuger oder ein Zwischenlager als Sekundärerzeuger) direkt über die Landesgrenze abgibt oder die über die Landesgrenze einen Abnehmer ohne Entsorgungsgenehmigung (z. B. eine Umladestation oder eine Fabrik) in Hessen erreichen.

Die hessischen Abfallentsorgungsanlagen bewältigten 2016 insgesamt 8,72 Mill. t Abfälle. Mit rund 150 000 t bezogen sie weniger als 1,7 % davon aus dem Ausland. In den Jahren 2008 bis 2016 schwankte der Auslandsanteil zwischen 1,2 % und 2,5 % (siehe Abbildung 1). Nach der Behandlung gaben die hessischen Abfallentsorgungsanlagen 2016 insgesamt 4,40 Mill. t Abfälle zur weiteren

Verwertung oder zur Beseitigung ab. Gewöhnlich durchläuft ein großer Teil der Abfälle mehrere Verwertungsverfahren.<sup>3)</sup> Gut 50 000 t gab die Abfallwirtschaft ins Ausland ab. Mit 1,2 % lag der Anteil innerhalb der Bandbreite der Jahre 2008 bis 2016 von 0,2 % bis 1,5 % (siehe Abbildung 2).

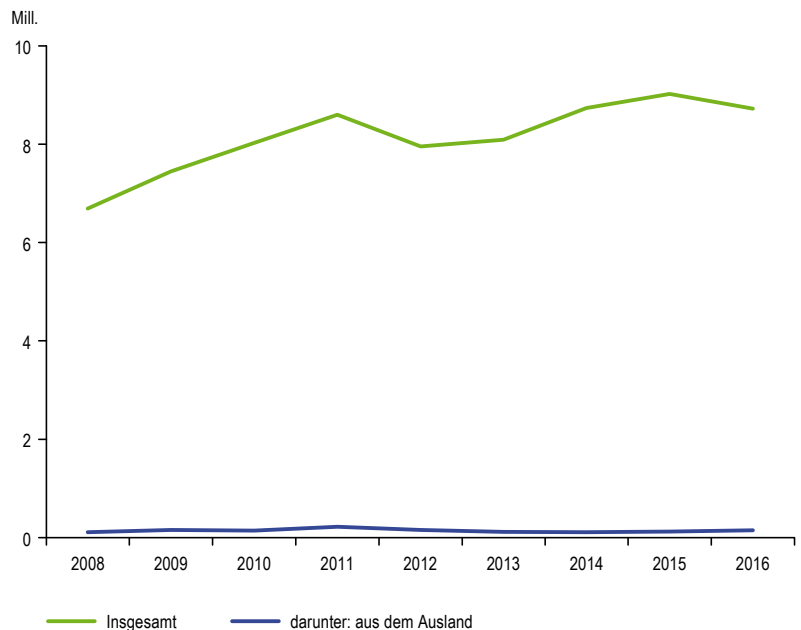
### Abfallannahme aus dem Ausland

Im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2016 nahmen die hessischen Abfallentsorgungsanlagen 140 000 t Abfälle aus dem Ausland zur Entsorgung an. Es handelte sich in erster Linie um Bau- und Abbruchabfälle (Abfallkapitel 17 des Europäischen Abfallverzeichnisses) sowie um vorbehandelte Abfälle aus anderen Abfallentsorgungsanlagen (Abfallkapitel 19) in wechselnden Anteilen (siehe Abbildung 3). Andere Abfallarten nahmen die hessischen Anlagen nur in sehr geringem Umfang aus dem Ausland an.

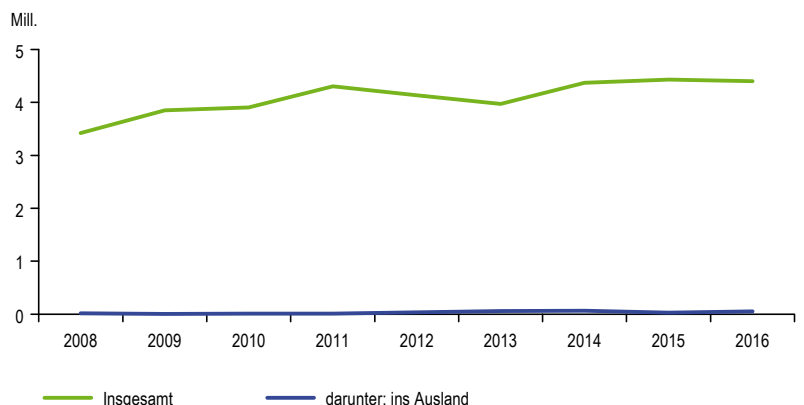
Die importierten Bau- und Abbruchabfälle wurden fast ausschließlich in hessischen Deponien abgelagert. Ihre Menge belief sich im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2016 auf 60 000 t. Die vorbehandelten Abfälle gingen überwiegend in thermische Abfallbehandlungsanlagen, seit 2015 vermehrt auch in Feuerungsanlagen und mechanisch(-biologische) Behandlungsanlagen. Im Durchschnitt waren es knapp 50 000 t. Außerdem erreichten Hessen im Umfang von durchschnittlich 10 000 t ausländische Abfälle des Abfallkapitels 16 „die nicht anderswo im Verzeichnis aufgeführt sind“. Hierbei handelte es sich im Wesentlichen um Katalysatoren und, seit 2011, um Batterien. Den größten Teil davon nahmen spezialisierte Anlagen an, die unter der Kategorie „andere Behandlungsanlagen“ gefasst sind (siehe Abbildung 4).

Die hessischen Deponien nahmen aus dem Ausland ausschließlich gefährliche Abfälle an. Bis 2015 waren das zwischen 40 % und 60 % aller zur Entsorgung importierten Abfälle. 2016 sank dieser Anteil unter 20 %. Bestand die Entsorgung von ausländischen gefährlichen Abfällen in Hessen bis 2015 überwiegend in der Beseitigung auf Deponien, lag der Einsatz in thermischen Abfallbehandlungsanlagen 2016 gleichauf. Die Entsorgung von gefährlichen Abfällen in sonstigen Anlagenarten schwankte zwischen 2 % und 5 %.

**Abbildung 1: In hessischen Abfallentsorgungsanlagen entsorgte Abfälle 2008 bis 2016 (in t)**



**Abbildung 2: Von hessischen Abfallentsorgungsanlagen abgegebene Abfälle 2008 bis 2016 (in t)**

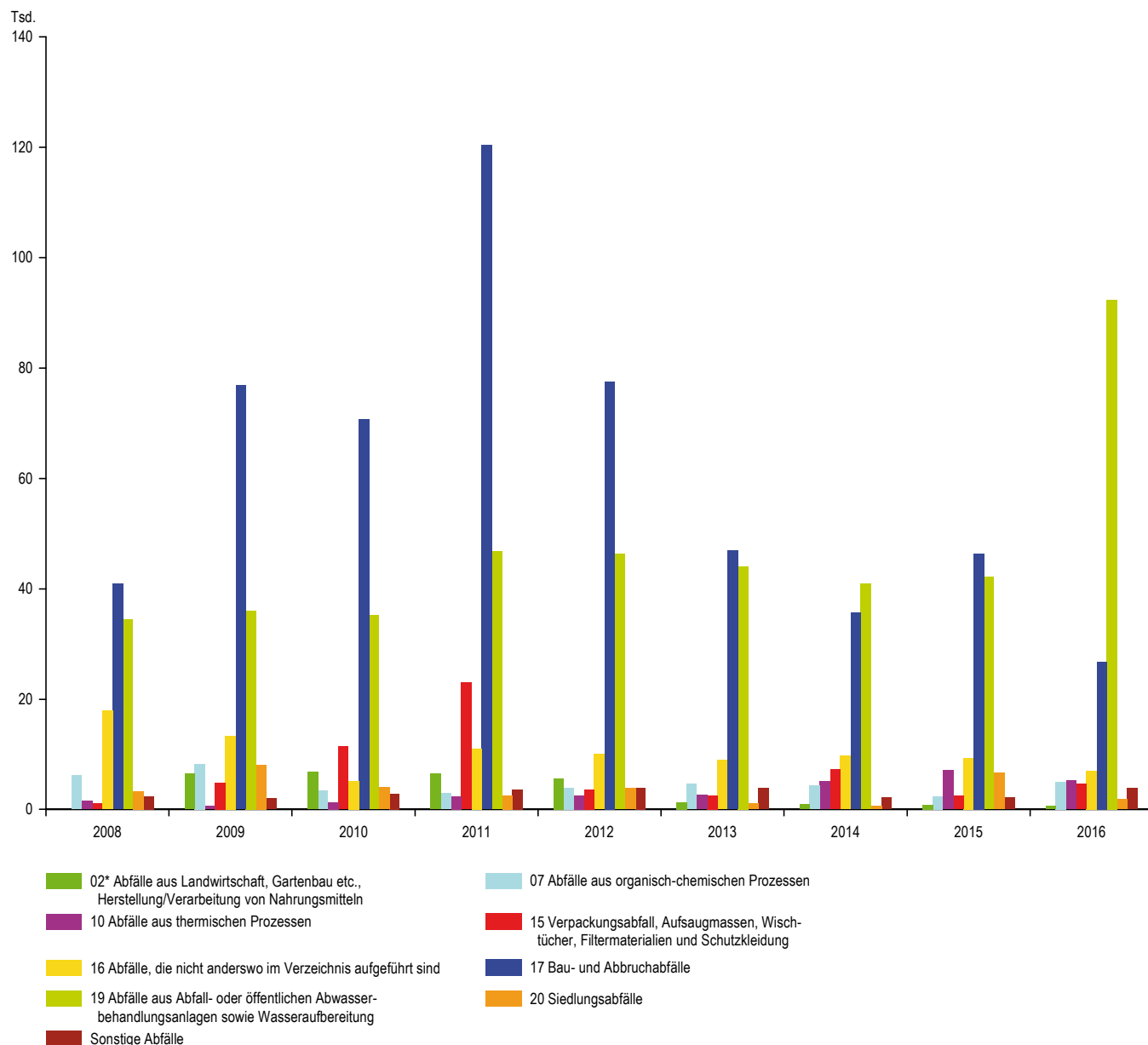


### Aus dem Ausland angekommene gefährliche Abfälle

In den Jahren 2008 bis 2014 galt der größere Teil der aus dem Ausland zur Entsorgung angenommenen Abfälle als gefährlich. Ihr Anteil schwankte zwischen 65 % und 80 %. Ab 2015 blieb er unter 50 %, 2016 waren es 38 %. Neben diesen Mengen gingen gefährliche Abfälle auch an Zwischenlager, oder sie wurden in Produktionsprozessen wiederverwendet. Im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2015 kamen insgesamt gut 140 000 t gefährliche Abfälle aus dem Ausland in Hessen an (siehe Abbildung 5), wovon durchschnittlich zwei Drittel unmittelbar eine Entsorgungsanlage erreichten. Nachdem sich die Menge von 2008 bis 2011 von 100 000 t auf 220 000 t mehr als verdoppelt hatte, ging sie bis 2014 auf gut 110 000 t zurück.

3) Die Verwertungswege lassen sich im Rahmen der amtlichen Statistik nicht bestimmen, jedoch widmen sich Studien diesem Thema, z. B. Jörg Wagner, Marko Günther, Hans-Bernhard Rhein, Peter Meyer: Analyse der Effizienz und Vorschläge zur Optimierung von Sammelsystemen (Hol- und Bringsysteme) der haushaltsnahen Erfassung von Leichtverpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen auf der Grundlage vorhandener Daten, Umweltbundesamt (Hg.), Dessau-Roßlau 2018; Kurt Schüler: Abfüllung von Getränken im Mehrweg- und ökologisch vorteilhaften Einweggetränkerverpackungen 2014, Umweltbundesamt (Hg.), Dessau-Roßlau 2016.

**Abbildung 3: In hessischen Abfallentsorgungsanlagen entsorgte Abfälle aus dem Ausland 2008 bis 2016 nach Art der Abfälle (in t)**



\* Die Ordnungsziffer bezeichnet das Abfallkapitel des Europäischen Abfallverzeichnisses (EAV) nach der Europäischen Abfallverzeichnis-Verordnung (AVV).

Die größte Menge war in jedem der Jahre 2008 bis 2014 aus Italien angeliefert worden. Über den gesamten Zeitraum betrachtet, stammte mehr als die Hälfte von dort. 2015 übernahm Israel diese Rolle. Weitere wichtige Herkunftstaaten innerhalb der EU waren die Niederlande mit einem durchschnittlichen Anteil von 10 %, Frankreich (5 %) und Irland (3 %). Einschließlich der übrigen Mitgliedstaaten stammten drei Viertel aus der EU. Der wichtigste Herkunftstaat außerhalb der EU war die Schweiz mit einem durchschnittlichen Anteil von 19 %. Die restlichen 5 % verteilten sich auf verschiedene Staaten aller Kontinente.

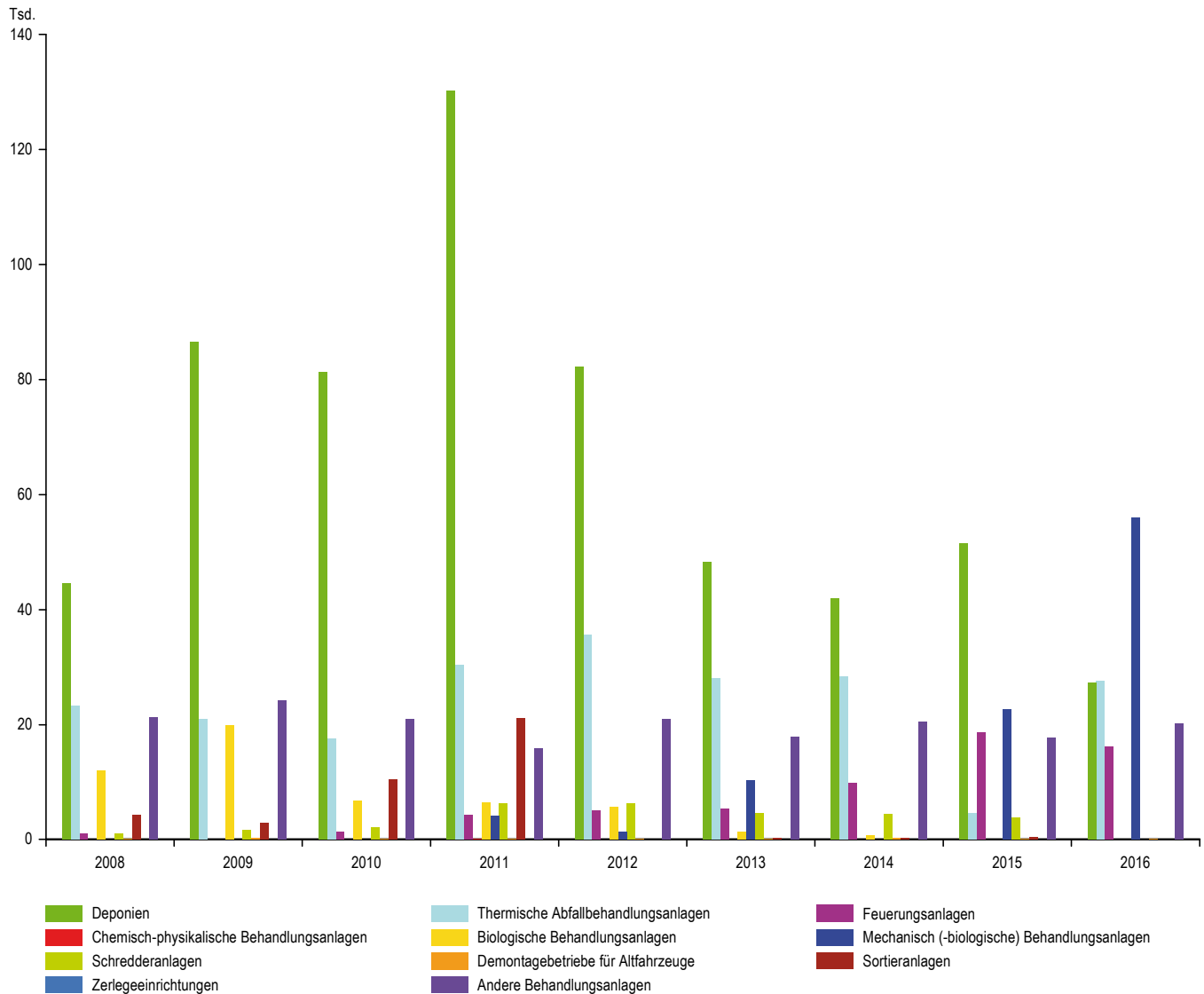
### Abfallabgabe ins Ausland

Die Gesamtmenge der in den Jahren 2008 bis 2016 aus den hessischen Abfallbehandlungsanlagen ins Ausland abgegebenen Abfälle betrug im Durchschnitt 30 000 t. Sie schwankte stark. Die geringste Menge wurde 2009 mit weniger als 10 000 t und die größte 2014 mit fast 70 000 t ausgeführt. Die ausgeführten Mengen wurden fast vollständig einem Verwertungsverfahren zugeführt, womit sie dem Stoffkreislauf (zunächst) erhalten blieben.

Die Zusammensetzung der aus den hessischen Abfallbehandlungsanlagen ins Ausland abgege-



Abbildung 4: In hessischen Abfallentsorgungsanlagen entsorgte Abfälle aus dem Ausland nach Art der Anlage (in t)



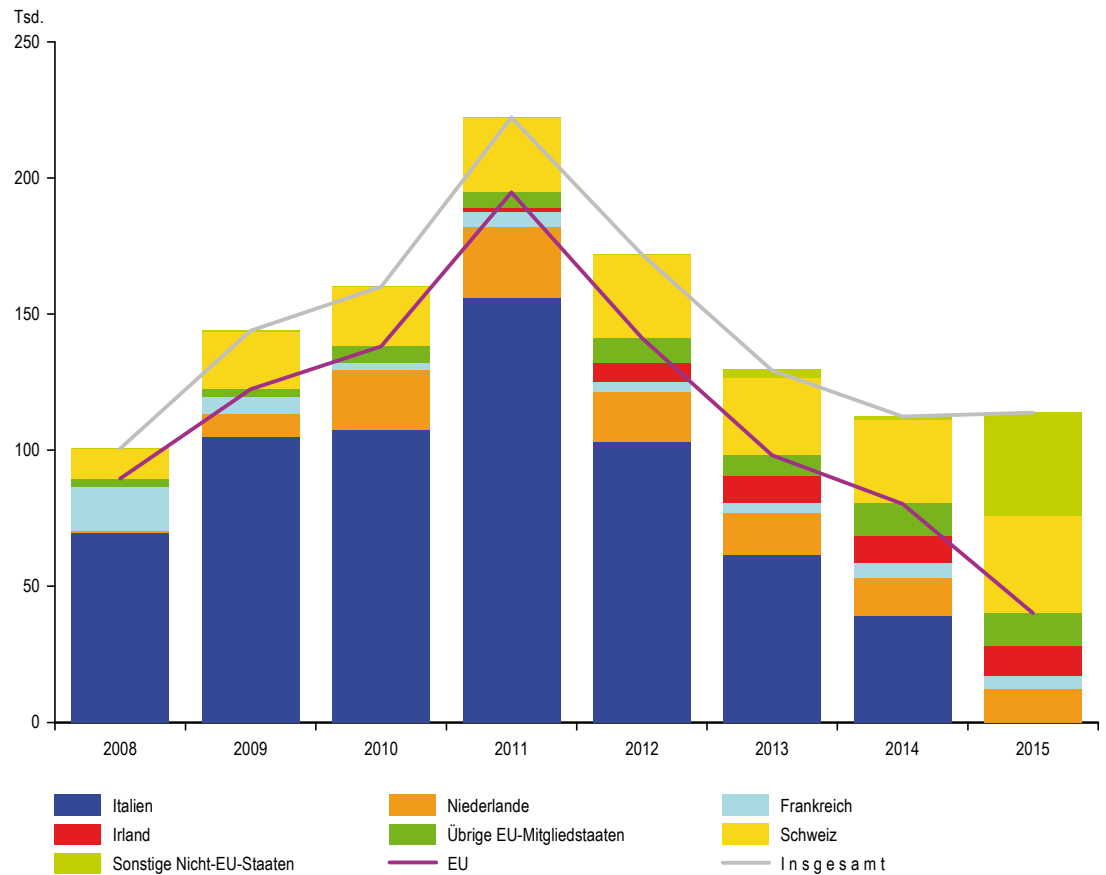
benen Abfälle war sehr uneinheitlich. Abfälle aus der Demontage von Altfahrzeugen wurden aus Hessen im gesamten Betrachtungszeitraum exportiert. Sie wurden von spezialisierten Anlagen, die unter der Kategorie „andere Behandlungsanlagen“ gefasst sind, und – vermehrt ab 2013 – von Demontagebetrieben für Altfahrzeuge abgegeben. Ihre Summe bilden in Abbildung 6 die unter „16 Abfälle, die nicht anderswo im Verzeichnis aufgeführt sind“ ausgewiesenen Werte. In den Jahren 2012 bis 2014 fiel die Ausfuhr von größeren Mengen geschredderter Eisen- und Stahlabfälle aus dem Abfallkapitel 19 „Abfälle aus Abfall- oder öffentlichen Abwasserbehandlungsanlagen sowie Wasseraufbereitung“ auf. Sie stammten aus Schredderanlagen. 2013 und 2014 wurde der Export in dieser Abfallkategorie weiter durch Mengen an vorbehandelten Wertstoffen gesteigert, die

Sortieranlagen abgaben. Ab 2014 weist die Statistik eine wachsende Ausfuhr von Siedlungsabfällen (Abfallkapitel 20) nach. Sie bestanden zu gleichen Teilen aus Bekleidung und Textilien, die ebenfalls aus Sortieranlagen stammten. 2016 trat zum ersten Mal im Betrachtungszeitraum eine größere Menge gefährlicher Abfälle aus organisch-chemischen Prozessen auf, die von „anderen Behandlungsanlagen“ ins Ausland abgegeben wurden.

### Ins Ausland verbrachte gefährliche Abfälle

Die von den hessischen Abfallbehandlungsanlagen ins Ausland abgegebenen Abfälle waren im Durchschnitt zu 77 % nicht als gefährlich klassifiziert. Der Anteil schwankte zwischen 47 % und 95 %. Exportierte gefährliche Abfälle stammten in erster Linie aus der Demontage von Altfahr-

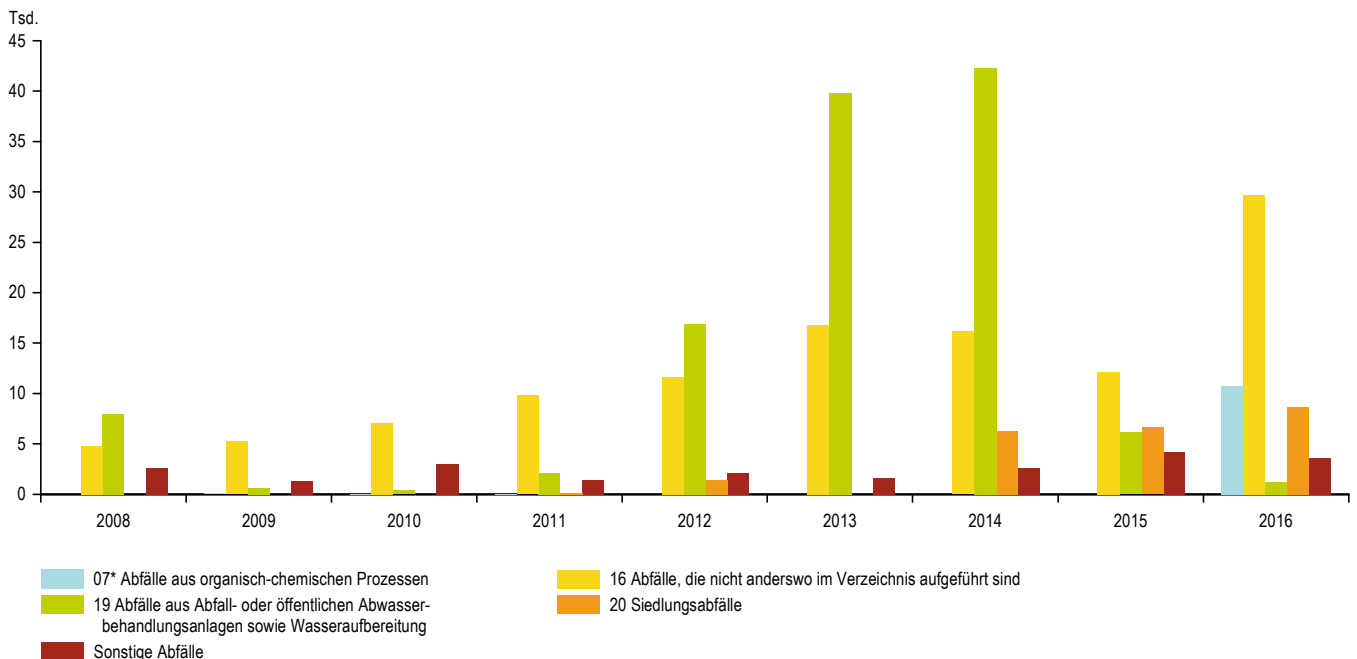
Abbildung 5: Abfallverbringung gefährlicher Abfälle nach Hessen aus dem Ausland 2008 bis 2015 nach Herkunftsstaat (in t)



zeugen, die in „anderen Behandlungsanlagen“ separiert wurden. 2016 dominierten die schon erwähnten gefährlichen Abfälle aus organisch-chemischen Prozessen.

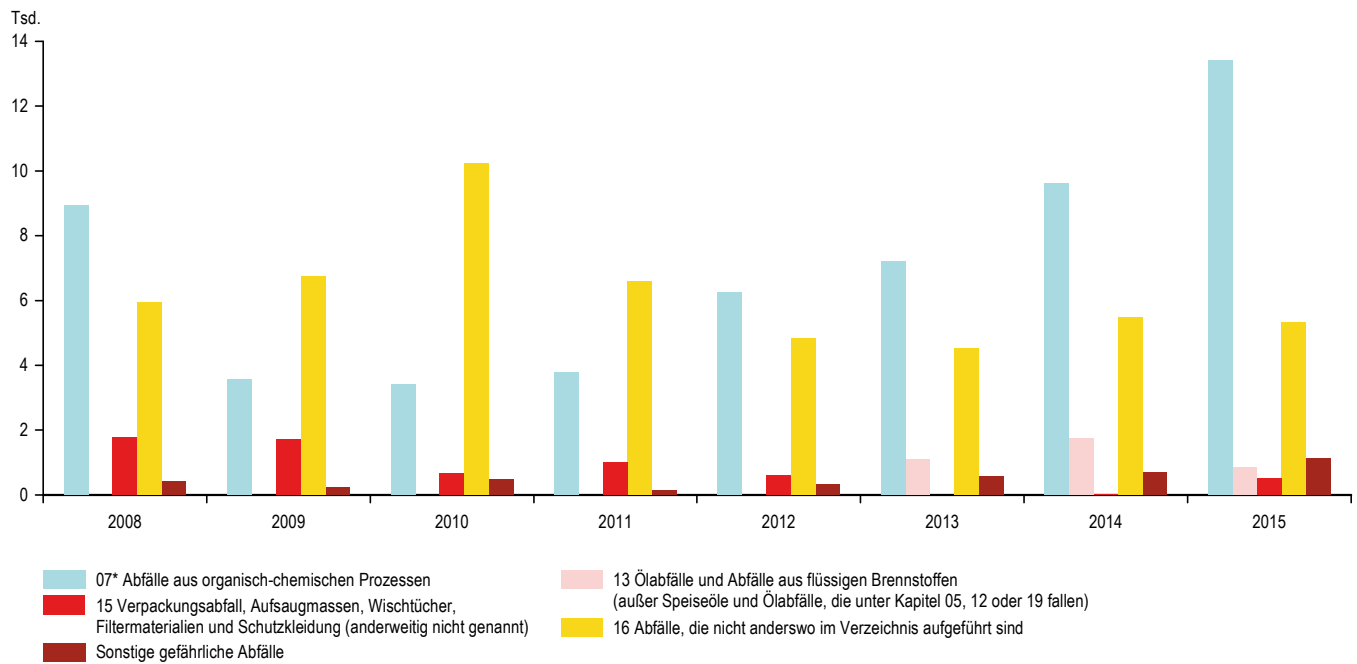
Von 2008 bis 2015 gingen im jährlichen Mittel gut 10 000 t gefährliche Abfälle von Hessen aus ins Ausland. Im Durchschnitt trugen die aus der Abfallentsorgung abgegebenen gefährlichen Ab-

Abbildung 6: Von hessischen Abfallentsorgungsanlagen ins Ausland abgegebene Abfälle nach Art der Abfälle (in t)



\* Die Ordnungsziffer bezeichnet das Abfallkapitel des Europäischen Abfallverzeichnisses (EAV) nach der Europäischen Abfallverzeichnis-Verordnung (AVV).

Abbildung 7: Abfallverbringung gefährlicher Abfälle aus Hessen in das Ausland 2008 bis 2015 nach Art der Abfälle (in t)

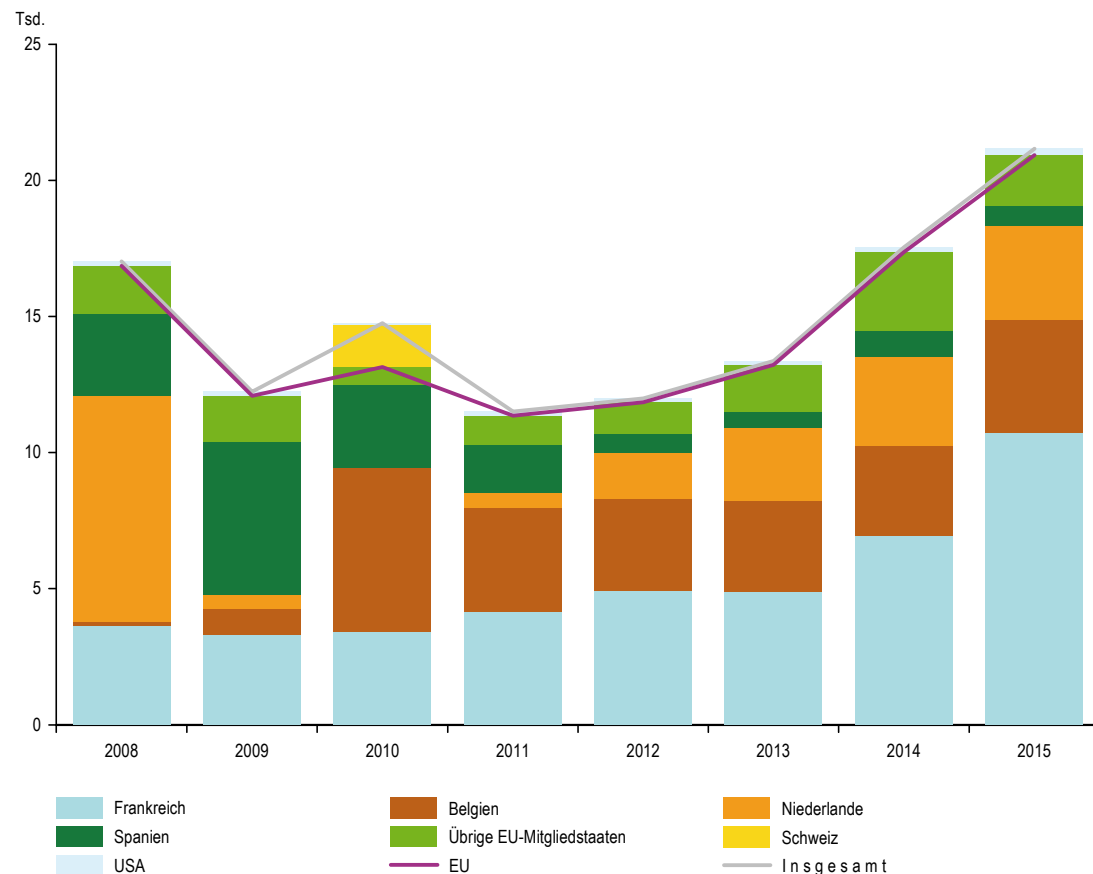


\* Die Ordnungsziffer bezeichnet das Abfallkapitel des Europäischen Abfallverzeichnisses (EAV) nach der Europäischen Abfallverzeichnis-Verordnung (AVV).

fälle zu 28 % bei. Der Großteil wurde von Primärerzeugern außerhalb der Abfallwirtschaft sowie aus Zwischenlagern und Umladestationen exportiert.

Die wichtigsten Kategorien der gefährlichen Abfälle, die von Hessen aus ins Ausland verbracht wurden, waren flüssige Abfälle aus organisch-chemischen Prozessen (Abfallkapitel 07)

Abbildung 8: Abfallverbringung gefährlicher Abfälle aus Hessen in das Ausland 2008 bis 2015 nach Zielland (in t)



sowie Bremsflüssigkeiten und PCB-haltige elektrotechnische Bauelemente aus dem Abfallkapitel 16. Mit einigem Abstand folgten verunreinigte Aufsaug- und Filtermaterialien, Wischtücher und Schutzkleidung aus dem Abfallkapitel 15 sowie Maschinen-, Getriebe- und Schmieröle aus dem Abfallkapitel 13 (siehe Abbildung 7). Die Zusammensetzung unterlag Schwankungen. Diese waren allerdings weniger stark ausgeprägt als bei den aus Abfallentsorgungsanlagen insgesamt ins Ausland abgegebenen Abfällen.

Nach dem Jahr 2008 ist eine Verschiebung zu erkennen. Sie zeigt sich zum einen in der Verteilung der Abfallarten, die ins Ausland verbracht wurden. Die Menge der gefährlichen Abfälle aus organisch-chemischen Prozessen ging deutlich zurück und stieg allmählich wieder an. 2014 erreichte sie das Niveau von 2008, um 2015 noch einmal um knapp die Hälfte zu wachsen. In den Jahren 2009 bis 2011 war im Gegenzug die Ausfuhr der unter

das Abfallkapitel 16 gefassten gefährlichen Abfälle überdurchschnittlich.

Zum anderen drückt sich die Verschiebung in einer veränderten Struktur der Abnehmerstaaten aus (siehe Abbildung 8). Insgesamt blieben die in Hessen angefallenen gefährlichen Abfälle nahezu vollständig in der EU. 2008 wurde noch ein großer Teil in die Niederlande ausgeführt. Ab 2009 war Belgien ein mindestens gleichbedeutendes Ziel. Dabei ist zu berücksichtigen, dass insbesondere die Niederlande und Belgien mit ihren Seehäfen für zumindest einen Teil der sie betreffenden Ausfuhren nur eine Zwischenstation darstellen. Bis 2011 war Spanien unter den 3 wichtigsten Zielstaaten. Ab 2011 war Frankreich das wichtigste Ziel mit wachsender Bedeutung, während die Rolle Spaniens stark zurückging.

**Jacek Walsdorfer;** Tel.: 0611 3802-401

E-Mail: [jacek.walsdorfer@statistik.hessen.de](mailto:jacek.walsdorfer@statistik.hessen.de)

# Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

Ein Blick auf die Implementation in Europa, Deutschland und Hessen

*Am 25. September 2015 verabschiedete die UN-Generalversammlung die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, durch die weltweit ein nachhaltiger sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Fortschritt in Gang gesetzt werden soll. Sie beinhaltet einen Aktionsplan für die globale Entwicklungspolitik der nächsten 15 Jahre. Da sie einstimmig verabschiedet wurde, wird die Agenda 2030 auch als Weltzukunftsvertrag bezeichnet. Nachhaltige Entwicklung ist in Europa, Deutschland und Hessen kein neues Thema. Die Nachhaltigkeitsstrategie Hessen feiert in diesem Jahr ihr 10-jähriges Bestehen. Ausgehend von den internationalen Entwicklungen wurden die Ziele und Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen grundlegend überarbeitet und im Mai 2018 verabschiedet. Indikatoren ermöglichen ein Monitoring der Nachhaltigkeitsziele. Durch sie können Fehlentwicklungen erkannt und aufgezeigt werden. Von Stefanie Picard*

## Der Weg zur Agenda 2030

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (kurz: Agenda 2030) und ihre 17 nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) sind das Ergebnis eines über Jahre geführten Dialogs, in den weltweit neben den Regierungen auch die Zivilgesellschaft einbezogen war. Sie ist in der Resolution 70/1 der Vereinten Nationen (VN, engl. UN) festgehalten und zielt, wie schon ihr Titel verrät, auf die „Transformation unserer Welt“ hin „zum Besseren“ ab (Resolution 70/1 der VN, Präambel). Die Umsetzung ihrer 17 Ziele soll eine ökologisch verträgliche, sozial gerechte und wirtschaftlich leistungsfähige Entwicklung gewährleisten. Die SDGs spiegeln somit das Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit wider, wobei diese Untergliederung in den 17 Zielen aufgegangen ist. Nachhaltige Entwicklung wird dabei als eine Entwicklung verstanden, „[...] die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Weltkommission für Umwelt und Entwicklung der VN, 1987, S. 27). Diese Definition entstammt dem Bericht „Unsere gemeinsame Zukunft“ der sogenannten Brundtland-Kommission<sup>1)</sup> aus dem Jahr 1987, welcher als Beginn des weltweiten Diskurses über Nachhaltigkeit gilt. Bereits 1972 sorgte der vom Club



© frank peters – Fotolia.com

of Rome veröffentlichte Bericht „Grenzen des Wachstums“ für Aufsehen und schaffte eine neue Öffentlichkeit für Umwelt- und Entwicklungsthemen (Grunwald und Kopfmüller, 2012, S. 21).

Im Zuge des Diskurses luden die VN im Jahr 1992 zu einer Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro ein.<sup>2)</sup> Nachfolgekonferenzen fanden 1997 in New York („Rio+5“), 2002 in Johannesburg („Rio+10“) und 2012 wieder in Rio statt („Rio+20“). Auf der Rio+20-Konferenz wurde die Erarbeitung universeller Ziele für nachhaltige Entwicklung durch eine internationale Arbeitsgruppe beschlossen (Dodds et al., 2017, S. 19). Diese sollten die im Jahr 2015 auslaufenden Millenni-

1) Die Kommission wurde nach ihrer Vorsitzenden, der früheren norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland, benannt.

2) Zentrale Ergebnisse des als „Rio-Konferenz“ oder auch als „Erdgipfel“ bekannt gewordenen Treffens sind die Agenda 21 sowie die Klimarahmenkonvention und das Übereinkommen über die biologische Vielfalt. Parallel zur Entwicklung des Rio-Prozesses wurde 2010 auf dem MDG-Gipfel (Millennium Development Goals) in New York die Post-2015-Entwicklungsagenda angestoßen.



umentwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs) aus dem Jahr 2000 ablösen. Die Agenda 2030 verbindet auf diese Weise 2 ehemals voneinander getrennte globale Prozesse zu einem ganzheitlichen Strang: die Armuts- und Entwicklungsagenda der MDGs und den Rio-Prozess mit seiner Nachhaltigkeitsthematik.

### Formaler Aufbau

Die Agenda 2030 (die Resolution 70/1 der VN) besteht formal aus einer Präambel, einer politischen Erklärung, den 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung selbst, einem Plan zur Umsetzung sowie einem Abschnitt zur Überprüfung dieser Umsetzung. Auch wenn die 17 Entwicklungsziele das Kernstück der Agenda 2030 darstellen, so sind die weiteren Kapitel nicht minder wichtig.

Die Präambel enthält die Vision und benennt 5 Kernbotschaften, die den 17 SDGs als handlungsleitende Prinzipien vorangestellt sind (siehe Infobox 1). Die politische Erklärung geht v. a. auf die Zielsetzung und die Bedeutung der Agenda 2030 ein und beinhaltet zudem deren Prinzipien und Grundlagen. Sie beschreibt die Vision einer Welt „frei von Armut, Hunger, Krankheit und Not“ (Resolution 70/1 der VN, Absatz 7), in der „die Menschenrechte und die Menschenwürde [...], die Gleichheit und die Nichtdiskriminierung allgemein geachtet werden“ (Absatz 8). Eine

Welt, „in der die Menschheit in Harmonie mit der Natur lebt“ (Absatz 9).

Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (siehe Infobox 2; im Folgenden werden die aufgeführten SDGs mit der Nummer und z. T. den Kurztiteln dargestellt) mit ihren 169 zugehörigen Zielvorgaben<sup>3)</sup> stellen das Herzstück der Agenda 2030 dar. Sie konkretisieren die Vision der vorgestellten politischen Erklärung. Die Ziele sind so vielfältig wie die Themenbereiche, die sie umfassen. Sie berücksichtigen die 3 Dimensionen der Nachhaltigkeit (Soziales, Umwelt, Wirtschaft) gleichermaßen. Die ökologische Blindheit, die den MDGs noch vorgeworfen wurde, trifft auf die SDGs nicht mehr zu. Die Liste der SDGs enthält eine Reihe ökologischer Ziele, v. a. für die Bereiche „Energie“, „Wasser“, „Meere“, „Ökosysteme“, „Klimaschutz“ sowie „nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen“. Zugleich strebt die Agenda 2030 ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum an. Selbst die Reduzierung von Ungleichheit in und zwischen den Ländern ist als eigenständiges Ziel aufgenommen worden (SDG 10).

Die 169 Zielvorgaben unterscheiden sich stark in ihrer Struktur, Detailtiefe und dem jeweiligen Abstraktionsgrad. Grundsätzlich geben sie an, was bis zu einem bestimmten Zeitpunkt erreicht werden soll. Dabei lassen sie sich grob in quantifizierte Ziele und Ziele mit reinen Richtungsangaben un-

3) Auch als Unterziel oder Target bezeichnet.

### Infobox 1: Die 5 Kernbotschaften der Agenda 2030

**Menschen (People)** – Wir sind entschlossen, Armut und Hunger in allen ihren Formen und Dimensionen ein Ende zu setzen und sicherzustellen, dass alle Menschen ihr Potenzial in Würde und Gleichheit und in einer gesunden Umwelt voll entfalten können.

**Planet** – Wir sind entschlossen, den Planeten vor Schädigung zu schützen, u. a. durch nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion, die nachhaltige Bewirtschaftung seiner natürlichen Ressourcen und umgehende Maßnahmen gegen den Klimawandel, damit die Erde die Bedürfnisse der heutigen und der kommenden Generationen decken kann.

**Wohlstand (Prosperity)** – Wir sind entschlossen, dafür zu sorgen, dass alle Menschen ein von Wohlstand geprägtes und erfülltes Leben genießen können und dass sich der wirtschaftliche, soziale und technische Fortschritt in Harmonie mit der Natur vollzieht.

**Frieden (Peace)** – Wir sind entschlossen, friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften zu fördern, die frei von Furcht und Gewalt sind. Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden.

**Partnerschaft (Partnership)** – Wir sind entschlossen, die für die Umsetzung dieser Agenda benötigten Mittel durch eine mit neuem Leben erfüllte globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung zu mobilisieren, die auf einem Geist verstärkter globaler Solidarität gründet, insbesondere auf die Bedürfnisse der Ärmsten und Schwächsten ausgerichtet ist und an der sich alle Länder, alle Interessenträger und alle Menschen beteiligen.

## Infobox 2: Die 17 Ziele der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- Ziel 1: Armut in allen ihren Formen und überall beenden.
- Ziel 2: Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern.
- Ziel 3: Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.
- Ziel 4: Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern.
- Ziel 5: Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen.
- Ziel 6: Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten.
- Ziel 7: Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern.
- Ziel 8: Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.
- Ziel 9: Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen.
- Ziel 10: Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern.
- Ziel 11: Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten.
- Ziel 12: Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen.
- Ziel 13: Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen.\*
- Ziel 14: Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen.
- Ziel 15: Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen.
- Ziel 16: Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.
- Ziel 17: Umsetzungsmittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen.

\* In Anerkennung dessen, dass das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen das zentrale internationale zwischenstaatliche Forum für Verhandlungen über die globale Antwort auf den Klimawandel ist.

terscheiden. Die quantifizierten Zielvorgaben sind zum Teil numerisch vorgegeben (z. B. Zielvorgabe 3.1 „Bis 2030 die weltweite Müttersterblichkeit auf unter 70 je 100 000 Lebendgeburten senken“) oder zielen auf eine bestimmte relative Veränderung gegenüber dem Ist-Zustand (z. B. Zielvorgabe 3.6 „Bis 2020 die Zahl der Todesfälle sowie Verletzungen infolge von Verkehrsunfällen weltweit halbieren“).

Zu den nicht quantifizierten Zielvorgaben zählen viele der sogenannten Means of Implementation (MOI). Sie sind keine Zielvorgaben im engeren Sinne, sondern befassen sich mit den Maßnah-

men zur Umsetzung der eigentlichen Ziele. Ge- kennzeichnet sind sie durch ihre alphabetische Nummerierung. So fordert z. B. die Zielvorgabe 12.c die Rationalisierung der „ineffizienten Sub- ventionierung fossiler Brennstoffe, die zu ver- schwenderischem Verbrauch verleitet“.

Eine Besonderheit stellt SDG 17 („Umsetzungs- mittel stärken und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfül- len“) dar, dessen 19 Zielvorgaben alle in die Grup- pe der MOI fallen. So sichert die Agenda 2030 auf dreifache Weise ihre Umsetzung, denn neben SDG 17 listet auch jedes der übrigen 16 SDGs



© mopsgrafik – Fotolia.com

mehr oder weniger allgemein formulierte Maßnahmen zur Umsetzung des jeweiligen Ziels auf. Zudem enthält die Agenda 2030 ein eigenes Kapitel zum Thema Umsetzungsmittel.<sup>4)</sup>

### Prinzipien der Agenda 2030

Die SDGs sind universell gültig, weil sie, anders als die MDGs, in allen Ländern der Welt umgesetzt werden sollen und Entwicklungsländer und Industriestaaten gleichermaßen ansprechen. In der politischen Erklärung wird neben der universellen Gültigkeit und dem holistischen Ansatz insbesondere die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ hervorgehoben (Resolution 70/1 der VN, Absätze 10 und 19). Es werden zudem die Ergebnisse aller vorangegangenen Konferenzen und Gipfeltreffen der VN (Resolution 70/1 der VN, Absatz 11) und alle Grundsätze der Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung (Resolution 70/1 der VN, Absatz 12) bekräftigt. Besonders betont wird das Prinzip der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung (Common but Differentiated Responsibilities, CBDR-Prinzip). Nach diesem Prinzip verpflichten sich alle Unterzeichnerstaaten, entsprechend ihrer verschiedenen nationalen Gegebenheiten, Kapazitäten und Entwicklungsstände und unter Berücksichtigung ihrer

nationalen Politiken und Prioritäten, die Agenda 2030 und ihre Ziele umzusetzen (Resolution 70/1 der VN, Absätze 12, 21 und 55).

Resolutionen der VN-Generalversammlung werden zwar lediglich als Empfehlungen gewertet (UN-Charta Art. 10) und sind völkerrechtlich nicht bindend (Huck, 2018, S. 68). Da aber die Mehrheit aller Staaten hinter den Entscheidungen steht, haben sie eine erhebliche politische Wirkung.

Die Ziele und Zielvorgaben für nachhaltige Entwicklung sind zudem integriert und unteilbar. Ein SDG steht nicht ohne das andere. Sie sind eng miteinander verbunden und zu einem großen Ganzen vereinigt. Alle Ziele werden als gleichbedeutend angesehen. Sie sollen in nationale Politik und Gesetze als fester und verbindlicher Bestandteil integriert werden. Dennoch gilt das Prinzip der Priorisierung, gemäß dem jede Nation eigene Akzente setzen kann (Resolution 70/1 der VN, Absatz 55).

Ein wesentliches Prinzip der Agenda 2030, welches auch als Leitmotiv gilt, ist, niemanden zurückzulassen. Die SDGs gelten erst als erreicht, wenn sie für alle Teile der Gesellschaft erreicht sind. Dies ist zentral in der Präambel verankert und findet sich an verschiedenen Stellen der Resolution wieder. Diese Ambition soll sich auch in den Indikatoren widerspiegeln (Resolution 70/1 der VN, Absätze 48 und 72). Auf Datenebene bedeutet dies, dass Daten so detailliert vorliegen müssen, dass sie auch Aussagen über kleine Personengruppen erlauben.

### Monitoring der SDGs

Auch wenn die Agenda 2030 völkerrechtlich nicht bindend ist, hat sie eine erhebliche politische Wirkung. Ihre Verbindlichkeit fußt nicht zuletzt auf ihrem „Follow-up- und Review-Prozess“ im Rahmen der VN. Der Berichtsprozess vor dem „Hochrangigen Politischen Forum für nachhaltige Entwicklung“ (HLPF) der VN ist die zentrale Instanz der Rechenschaftslegung.

Der Weiterverfolgung und Überprüfung der SDGs wird in der Resolution 70/1 ein eigenes Kapitel gewidmet. Hier ist u. a. festgelegt, dass die „Weiterverfolgung und Überprüfung der Ziele [...] anhand eines Katalogs globaler Indikatoren erfolgen“ sol-

4) Dabei handelt es sich im Wesentlichen um eine kurze Zusammenfassung der Aktionsagenda von Addis Abeba (Vereinte Nationen, 2015b).

len. Jedem der 169 Zielvorgaben muss demnach mindestens ein Indikator zugeordnet werden, auf dessen Basis der Grad der Zielerreichung bis 2030 regelmäßig geprüft und veröffentlicht wird. Eine Sachverständigengruppe (Inter-Agency and Expert Group on Sustainable Development Goal Indicators, IAEG-SDGs) wurde damit beauftragt, den globalen Indikatorenset zu erarbeiten (Resolution 70/1 der VN, Absätze 75 und 83).

Indikatoren machen zentrale Themenfelder einer nachhaltigen Entwicklung messbar. So ist es möglich, Fehlentwicklungen zu erkennen und aufzuzeigen. Der erste Indikatorenset, welcher kontinuierlich erweitert und angepasst werden soll, wurde im Rahmen der 47. Sitzung der Statistischen Kommission der VN im März 2016 verabschiedet und im nächsten Schritt von der Generalversammlung im Juli 2017 bestätigt (Resolution A/RES/71/313 der VN). Der Set besteht aus 232 Indikatoren. Da einige von ihnen für mehrere Ziele verwendet werden, wird die Indikatorenanzahl auch häufig mit 244 beziffert.

Die nationalen statistischen Ämter haben die Aufgabe, die Indikatoren mit Daten zu füllen. Diese sollen sich nach dem geforderten Prinzip „niemanden zurücklassen“ nach verschiedenen Merkmalen wie Geschlecht, Alter, Einkommen, Migrationsstatus, Behinderung und geographische Lage aufschlüsseln lassen. Auf Grundlage der nationalen Daten werden zum einen die globalen Daten berechnet und zum anderen die nationale Umsetzung der SDGs dargestellt.

## Weiterverfolgung der Agenda

Auch wenn die Zielvorgaben Ausdruck globaler Bestrebungen sind und in der Resolution 70/1 „die Regierungen, die internationalen Organisationen, die Unternehmen und anderen nichtstaatlichen Akteure wie auch jeder Einzelne“ (Resolution 70/1 der VN, Absatz 28) ausdrücklich zum Handeln aufgerufen werden, steht die Weiterverfolgung und Überprüfung der Zielvorgaben in der Hauptverantwortung jeder einzelnen nationalen Regierung (Resolution 70/1 der VN, Absätze 47 und 55). Jede Regierung entscheidet, wie die globalen Bestrebungen der Zielvorgaben in die nationalen Planungsprozesse, Politiken und Strategien einfließen und legt unter Berücksichtigung nationaler



© Visions-AD – Fotolia.com

Gegebenheiten eigene nationale Zielvorgaben fest (Resolution 70/1 der VN, Absatz 55).

Dabei werden die Regierungen jedoch auch mit „[...] den regionalen und lokalen Behörden, subregionalen Institutionen, internationalen Institutionen, Hochschulen, philanthropischen Organisationen, Freiwilligengruppen und anderen eng zusammenarbeiten“ (Resolution 70/1 der VN, Absatz 45). In der Resolution wird betont, dass regionale und subregionale Handlungsrahmen die wirksame Umsetzung der Politiken für eine nachhaltige Entwicklung in konkrete Maßnahmen auf nationaler Ebene erleichtern können (Resolution 70/1 der VN, Absatz 21).

Für die europäischen Staaten übernimmt die Europäische Union (EU) mit ihren unterschiedlichen Organen eine wichtige Steuerungs- und Leitungsfunktion.

## EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung

Die EU nimmt für sich in Anspruch, eine treibende Kraft bei der Post 2015-Diskussion gewesen zu sein und an der Agenda 2030 entscheidend mitgewirkt zu haben. Die Europäische Kommission erklärt weiter, dass sich die Agenda 2030 voll und ganz mit den Vorstellungen der EU decke und



sich in den 10 Prioritäten der Europäischen Kommission niederschläge (Europäische Kommission, 2016a, S. 3f.).

Das Thema „Nachhaltigkeit“ steht in der Tat schon lange im Zentrum der EU-Politik und ist fest in den EU-Verträgen verankert (in Artikel 3 Absatz 5 und Artikel 21 Absatz 2 des Vertrages über die EU sowie in der Präambel). Der in der Präambel der EU-Verträge geäußerte feste Wille, den „wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt unter Berücksichtigung des Grundsatzes der nachhaltigen Entwicklung zu fördern“, wurde durch die im Jahr 2001 verabschiedete EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung konkretisiert. Diese ergänzt die im Jahr 2000 beschlossene Lissabon-Strategie für Wachstum, Beschäftigung und größeren sozialen Zusammenhalt um eine ökologische Komponente.

Die EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung kann auch als eine Antwort auf die Konferenz der VN für Umwelt und Entwicklung im Jahre 1992 in Rio de Janeiro und auf den VN-Gipfel in Johannesburg (2002) gesehen werden, bei denen die Staatengemeinschaft und auch die EU eine Selbstverpflichtung eingegangen sind. In der überarbeiteten und 2006 beschlossenen EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung wurde daher v. a. eine bessere Verknüpfung der Strategien auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene angestrebt. Im Jahr 2010 beschloss der Europäische Rat mit der „Strategie Europa 2020“ eine Strategie für Beschäftigung und intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Mit der 2001 verfassten und 2006 erneuerten Strategie für nachhaltige Entwicklung und der Strategie Europa 2020 wird deutlich, dass das Bemühen um Nachhaltigkeit innerhalb der EU einen hohen Stellenwert einnimmt.

Die Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung hat den europäischen Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung neuen Schwung verliehen. In Abstimmung mit ihren Mitgliedstaaten verpflichtete sich die EU, die Umsetzung der Agenda 2030 zu fördern. Die Europäische Kommission legte im November 2016 die Antwort Europas auf die Agenda 2030 in der Mitteilung „Auf dem Weg in eine nachhaltige Zukunft – Europäische Nachhaltigkeitspolitik“ (Europäische Kommission, 2016a) dar.<sup>5)</sup>

In der Mitteilung bekräftigt die Kommission ihre Entschlossenheit, sich aktiv für möglichst große Fortschritte bei der Erreichung der SDGs einzusetzen (Europäische Kommission 2016a, S. 19). Die Mitteilung stellt die EU-Politikfelder, die zu den Nachhaltigkeitszielen beitragen, sowie die politische Steuerung und Finanzierung der Agenda 2030 dar und skizziert den Beitrag der Kommission zum Monitoring der Nachhaltigkeitsziele. Die Mitteilung sieht die Entwicklung eines Indikatoren-Rahmenwerks und ein regelmäßiges ausführliches Monitoring der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele im EU-Kontext vor. Dies schließt die regelmäßige Berichterstattung über den EU-Beitrag zur Umsetzung der Agenda 2030 im „Hochrangigen Politischen Forum für nachhaltige Entwicklung“ (HLPF) der VN ein.

Das Kommunikationspapier wird durch ein Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen ergänzt, welches einen Überblick über die europäischen Leitaktionen zur Unterstützung der Agenda 2030 und ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung gibt (Europäische Kommission, 2016b). Parallel zu diesen Dokumenten hat das Statistische Amt der EU (Eurostat) im Jahr 2016 eine ad hoc-Publikation herausgegeben, die einen ersten Überblick gibt, wo die EU und ihre Mitgliedstaaten hinsichtlich der SDGs stehen (Eurostat, 2016).

Um die Fortschritte, die bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele erreicht werden, im EU-Kontext regelmäßig zu überwachen, wurde unter Federführung Eurostats ein EU-SDG-Indikatorenset erarbeitet (Eurostat, 2017a). Die Arbeit an den EU-spezifischen Indikatoren hat in einer offenen und integrativen Weise, unter Einbeziehung von Ausschüssen des Rates, des Europäischen Beratenden Ausschusses für Statistik (European Statistical Advisory Committee, ESAC), von Behörden, Nichtregierungsorganisationen und der Wissenschaft stattgefunden.

Der Ausschuss für das Europäische Statistische System (European Statistical System Committee) hat den EU-SDG-Indikatorenset im Mai 2017 befürwortet. Es basiert auf bereits bestehenden Indikatoren auf europäischer Ebene im Rahmen der bisherigen EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung, der Strategie Europa 2020 und anderer politischer Initiativen.<sup>6)</sup>

5) Die Mitteilung wurde am 22. November 2016 zusammen mit 2 weiteren Mitteilungen herausgegeben, die den Ansatz der Europäischen Kommission zur Umsetzung der Agenda 2030 darlegen: „Proposal for a new European Consensus on Development: Our World, our Dignity, our Future“ sowie „A renewed partnership with the countries of Africa, the Caribbean and the Pacific (ACP)“.

6) Für einen Überblick: siehe Europäische Kommission (2016b).



Der EU-SDG-Indikatorenset ist nach den 17 globalen SDGs strukturiert und enthält 100 verschiedene Indikatoren. Diese Anzahl soll auch in Zukunft nicht überschritten werden. Der Set deckt, wie in der Agenda 2030 vorgesehen, die sozialen, ökologischen, ökonomischen und institutionellen Dimensionen der Nachhaltigkeit ab. Die Anzahl der Indikatoren wurde gleichmäßig auf die Ziele verteilt, um eine Balance zwischen den einzelnen Politikbereichen zu halten und die Gleichwertigkeit der Ziele zu unterstreichen. Von den 100 Indikatoren sind 41 Mehrzweckindikatoren, d. h. sie werden zur Messung von mehr als einem Nachhaltigkeitsziel eingesetzt. Die Mehrzweckindikatoren verdeutlichen die enge Verknüpfung der SDGs untereinander. Durch die Nutzung der Mehrzweckindikatoren wird jedes Ziel von 5 bis 12 Indikatoren überwacht (Eurostat, 2017a, S. 4). Der EU-Indikatorenset unterliegt einem regelmäßigen Bewertungsprozess und soll stetig weiterentwickelt werden.



© pico – Fotolia.com

Wie im Kommunikationspapier angekündigt, veröffentlichte Eurostat 2017 auf Grundlage des entwickelten EU-SDG-Indikatorensets den ersten von regelmäßig vorgesehenen Überwachungsberichten zu den Fortschritten bei der Verwirklichung der SDGs im EU-Kontext (Eurostat, 2017b). Der Überwachungsbericht bietet eine erste statistische Auswertung der Entwicklungen in Bezug auf die Ziele der nachhaltigen Entwicklung in der EU in den letzten 5 Jahren („kurzfristig“) und, sofern es die Datenverfügbarkeit zulässt, in den letzten 15 Jahren („langfristig“).

Bei der Entwicklung des EU-Indikatorensets wurden keine konkreten Zielwerte festgelegt. Bei Indikatoren, für die politische Ziele der EU bestehen, wird der Fortschritt im Verhältnis zu diesen Zielen analysiert. Dies trifft auf 16 der 100 Indikatoren, vorwiegend in den Bereichen „Klima“, „Energieverbrauch“, „Bildung“, „Armut“, „Beschäftigung“ und „Verkehrssicherheit“, zu (Europäische Kommission, 2016b; Eurostat, 2017b). Die Entwicklung der übrigen Indikatoren wurde anhand der Richtung und Geschwindigkeit der Änderung auf der Grundlage einer Reihe spezifischer quantitativer Regeln beschrieben. Eine detaillierte Erläuterung der angewandten Methodik kann dem Überwachungsbericht entnommen werden.

Betrachtet man die Entwicklung innerhalb der letzten 5 Berichtsjahre, für die Daten verfügbar sind, hat die EU beträchtliche Fortschritte bei folgenden Zielen erreicht: SDG 3 „Gesundheit und Wohlergehen“, SDG 7 „Bezahlbare und saubere Energie“, SDG 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“, SDG 12 „Verantwortungsvoller Konsum- und Produktionsmuster“ und SDG 15 „Leben an Land“. Fortschritte auf dem Weg zu einem bestimmten Ziel bedeuten jedoch nicht zwangsläufig, dass der Zustand bei diesem Ziel für die EU bereits zufriedenstellend ist.

### Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie

Auf nationaler Ebene werden einerseits die globalen SDG-Indikatoren berechnet und andererseits die Fortschritte der jeweiligen nationalen Umsetzung der Agenda 2030 ermittelt. Deutschland hat gemeinsam mit 21 weiteren Staaten bereits beim ersten „Hochrangigen Politischen Forum für nachhaltige Entwicklung“ (HLPF) im Jahr 2016 über seine Umsetzung der Agenda 2030 berichtet. Deutschland begann früh, das Prinzip der Nachhaltigkeit zu verfolgen. Die erste nationale Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland – Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung“ legte die Bundesregierung 2002



© vege – Fotolia.com

zum Weltgipfel der VN für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg vor.

Die Bundesregierung hat sich zur Umsetzung der Ziele der Agenda 2030 auf nationaler Ebene verpflichtet. In diesem Zusammenhang erfolgten eine umfassende Überarbeitung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie im Zeichen der 17 SDGs der VN und ihre Verabschiedung im Januar 2017. Kurz darauf wurden die auf diese Weise überarbeiteten Ziele und Indikatoren zur – nunmehr umbenannten – Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie in einer Publikation des Statistischen Bundesamtes (2017) vorgestellt.

Mit einem solchen Indikatorenbericht informiert das Statistische Bundesamt im zweijährlichen Turnus über die Entwicklung der Indikatoren wie auch über die Zielerreichung. Darüber hinaus ist dieser Bericht alle 4 Jahre Teil des Fortschrittsberichts der Bundesregierung. Ausführliche Erläuterungen hierzu finden sich in einem die Neuauflage der Nachhaltigkeitsstrategie begleitenden Aufsatz (Blumers und Kaumanns, 2017).

### **Regionale Weiterverfolgung der Nachhaltigkeitsziele**

Die Umsetzung der Agenda 2030 in Deutschland ist nicht allein Aufgabe der Bundesregierung. In einem föderalen System kommt auch den Bundesländern und den Kommunen in den Bereichen, für die sie Kompetenzen besitzen und über Kapazitäten verfügen, eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele zu. Die Länder verfügen in vielen Bereichen über Rechtssetzungs- bzw. Umsetzungskompetenzen, so

z. B. im Bereich der Bildung (SDG 4). Zudem ermöglicht ihre lokale Expertise und größere Nähe zu Bürgerinnen und Bürgern eine unmittelbarere Umsetzung der Agenda 2030.

Zur Umsetzung der SDGs in Deutschland ist daher ein abgestimmtes, gemeinsames Handeln zwischen Bund und Ländern notwendig. Die Bundesregierung hat daher zum Ziel, dass die Länder eigene Nachhaltigkeitsstrategien entwickeln und sich dabei an der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie orientieren (Die Bundesregierung, 2017, S. 46). Gleichzeitig sollen die Länder jedoch im Sinne des Föderalismus eigene Schwerpunkte setzen können – unter Beachtung ihrer komparativen Vorteile und länderspezifischen Ausgangssituationen.

Die Länder bekräftigten mit einem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz von 2014, im Rahmen ihrer Möglichkeiten geeignete Maßnahmen für die Umsetzung der SDGs zu ergreifen (Ministerpräsidenten, 2014).

Die regionale Umsetzung und Teilhabe ist zudem in der Resolution 70/1 der VN explizit gewünscht und verankert (vgl. z. B. Absätze 21, 45, 77 und 80).

Um die Vernetzung zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu stärken, wurden 4 „Regionale Netzstellen Nachhaltigkeit“ (RENN) eingerichtet. Die RENN sind regional organisierte Informations- und Aktionsplattformen. Sie vernetzen die verschiedenen Akteure und bündeln den gesellschaftlichen Dialog.

### **Hessische Umsetzung der Agenda 2030**

Auch in Hessen sind die Bestrebungen hin zu einer nachhaltigeren Lebensweise nicht neu. In diesem Jahr feiert die Nachhaltigkeitsstrategie Hessen („Lernen und Handeln für unsere Zukunft“) ihr 10-jähriges Jubiläum. Ausgehend von den Themen der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung hat die Hessische Landesregierung im Frühjahr 2008 die Nachhaltigkeitsstrategie Hessen ins Leben gerufen. Den Startpunkt bildete eine breit angelegte Konsultationsphase: Alle Bürgerinnen und Bürger, Jugendliche sowie Akteure aus Gesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik aus Hessen wurden zur Mitarbeit in der Nachhal-

tigkeitsstrategie Hessen eingeladen und konnten gewünschte Schwerpunkte einbringen. Die Nachhaltigkeitsstrategie Hessen versteht sich als Initiative des ganzen Landes.

## Organisatorischer Rahmen

Das oberste Entscheidungsgremium der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen ist die Nachhaltigkeitskonferenz unter dem Vorsitz des Hessischen Ministerpräsidenten. Hier diskutieren und entscheiden führende Akteure aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft über Schwerpunkte und Ausrichtung der Strategie.

Die „Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsstrategie“, angesiedelt im Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, koordiniert und begleitet den gesamten Prozess. Sie ist Anlaufstelle für alle Beteiligten, führt Ideen, Meinungen und Konzepte zusammen und unterstützt die Mitglieder aller Gremien dabei, die gemeinsame Strategie zu entwickeln. Steuerungskreise übernehmen die detaillierte Ausgestaltung der von der Konferenz beschlossenen Schwerpunktthemen und verantworten die Auswahl und Umsetzung der konkreten Aktivitäten.

Bereits in ihrer ersten Sitzung im Oktober 2008 beschloss die Nachhaltigkeitskonferenz die Auswahl und Festlegung von Zielen und Indikatoren. Als

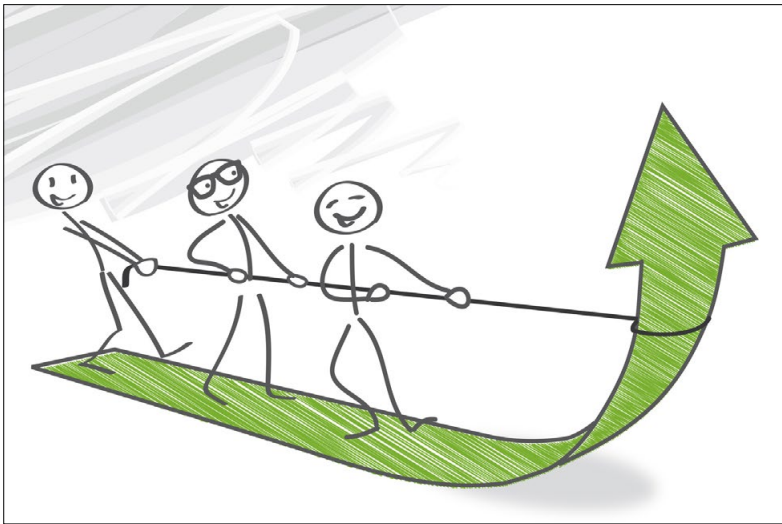
strategisches Dach geben sie den beteiligten Akteuren eine Orientierung und Planungssicherheit. Die von der Nachhaltigkeitskonferenz eingesetzte Task Force „Ziele und Indikatoren“ erarbeitete unter der Leitung des Hessischen Statistischen Landesamtes ab 2009 ein hessenspezifisches Set an Zielen und Indikatoren zu den 3 Säulen der Nachhaltigkeit (Ökonomie, Ökologie und Soziales). Dabei lehnte sich die Task Force eng an die Ziele der nationalen und europäischen Nachhaltigkeitsstrategien an. Auf Basis dieses Indikatorensets und der im April 2009 veröffentlichten Eröffnungsbilanz wurde 2010 ein erster Indikatorenbericht veröffentlicht. Weitere Berichte, als Fortschrittsberichte bezeichnet, folgten im Zweijahresrhythmus. Zuletzt erschien der Fortschrittsbericht 2016 (Hessisches Statistisches Landesamt, 2016).

## Weiterentwicklung der Ziele und Indikatoren

Seit der Initiierung der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen im Frühjahr 2008 sind viele Projekte der Nachhaltigkeitsstrategie erfolgreich abgeschlossen worden. Im Mai 2016 beschloss die Nachhaltigkeitskonferenz die Weiterentwicklung des bestehenden Ziele- und Indikatorensets und die damit verbundene Anpassung an nationale und internationale Entwicklungen. Die grundlegende

**Tabelle 1: Ziele und Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen nach SDGs (Stand: 02.05.2018)**

SDG	Zielindikator	Ziel
2	Ökologischer Landbau	Anstieg des Anteils der Fläche mit ökologischer Landwirtschaft an der landwirtschaftlich genutzten Fläche auf 25 % im Jahr 2030
2	Stickstoffbilanz	Senkung des Stickstoffüberschusses der landwirtschaftlich genutzten Fläche (nach der Flächenbilanz) auf 40 kg/ha im Jahr 2030 (bezogen auf den 5-Jahresdurchschnitt)
3	Adipositas bei Erwachsenen	Zielwert wird aktuell erarbeitet
4	Frühe Schul- und Ausbildungsabgänger	Begrenzung des Anteils der 18- bis unter 25-Jährigen, die keine (Hoch-)Schule besuchen und sich an keiner Aus- oder Weiterbildungsmaßnahme beteiligen und nicht über einen Sekundarabschluss II verfügen, an der Bevölkerung gleichen Alters auf 10 %
6	Nitrat im Grundwasser	Senkung des Anteils der Messstellen mit Nitratgehalten über 50 mg/l an den Messstellen insgesamt auf 0 % im Jahr 2030
7	Erneuerbare Energien	Anstieg des Anteils der erneuerbaren Energien am Bruttoendenergieverbrauch auf 30 % im Jahr 2030
8	Strukturelles Neuverschuldungsverbot	Unterschreitung der sich aus Artikel 141-Gesetz ergebenden Regelgrenze für die Nettokreditaufnahme
9	Ausgaben für Forschung und Entwicklung	Anstieg des Anteils privater und öffentlicher Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt auf mindestens 3,5 % im Jahr 2030
9	Breitbandversorgung	Zielwertvorschlag wird bis zur Vorstellung der Hessischen Gigabitstrategie zurückgestellt
12	Endenergieverbrauch privater Haushalte	Qualitatives Ziel: Energieverbrauch der privaten Haushalte kontinuierlich absenken
13	Treibhausgasemission	Senkung um mindestens 50 % bis 2030 gegenüber dem Stand von 1990
15	Siedlungs- und Verkehrsfläche	Senkung der Flächeninanspruchnahme bzw. der Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche auf unter 2,5 Hektar pro Tag im Jahr 2030 (bezogen auf den 4-Jahresdurchschnitt)
15	Artenvielfalt (und Landschaftsqualität)	Zunächst Fortschreibung der bestehenden Zielwerte für die Vogelartenbestände für 2020 auf 2030



© Trueffelpix – Fotolia.com

Überarbeitung der Indikatoren und Ziele steht im Zeichen der 17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030. Zentraler Ort der Weiterentwicklung ist die Task Force „Ziele und Indikatoren“. Der Prozess der Weiterentwicklung gliedert sich in 2 Phasen. Begleitet durch das Hessische Statistische Landesamt erarbeitete die Task Force in der ersten Phase einen Vorschlag für einen neuen Indikatorenset. Dieser wurde im Mai 2017 in die Nachhaltigkeitskonferenz eingebracht, verabschiedet und im Nachgang geringfügig angepasst.

In der zweiten Phase erarbeiteten die zuständigen hessischen Ministerien Ziele bzw. Zielwerte zu den jeweiligen Zielindikatoren für das Jahr 2030. Diese wurden in den Sitzungen der Task Force vorgestellt, diskutiert und teilweise angepasst. Die entwickelten Ziele und Zielwerte wurden im Rahmen der 10. Sitzung der Nachhaltigkeitskonferenz im Mai des Jubiläumsjahrs 2018 vorgestellt und verabschiedet (siehe Tabelle 1). Der gesamte Prozess ist durch einen offenen Dialog zwischen den Akteuren gekennzeichnet. Geleitet wurde die Phase 2 von der Geschäftsstelle der Nachhaltigkeitsstrategie und der Hessischen Staatskanzlei.

Der hessische Indikatorenset enthält 13 Ziel- und 40 Reportingindikatoren (siehe Tabelle 2). Die Zahl der Indikatoren wurde bewusst begrenzt, um eine gute Kommunikation und Akzeptanz in der Gesellschaft zu gewährleisten. Der bisherige Indikatorenset der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen enthielt 46 Indikatoren. Davon wurden 27 Indikatoren in den neuen überarbeiteten Set überführt. Dies ermöglicht eine gewisse Konsistenz in der

Berichterstattung. Der überarbeitete Indikatorenset soll einer kontinuierlichen Evaluierung unterliegen, um den Einbezug von Indikatoren zu ermöglichen, die im Laufe der Zeit aus neuen Datenquellen verfügbar werden und um neuen Prioritäten der Politik Rechnung tragen zu können. So ist bspw. zum Monitoring des SDG 1 (Keine Armut) nach Möglichkeit ein Zielindikator zum Thema „Materielle Deprivation“ geplant. Hierzu sollen die Ergebnisse der Europäischen Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) ab 2021 verwertbare Daten auf Landesebene liefern.

Die Verbundenheit der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen mit der europäischen und auch der globalen Strategie ist nicht nur in der Strukturierung nach den 17 Zielen der Agenda 2030 erkennbar. Obwohl sich die Gesamtzahlen der Indikatoren in den jeweiligen Indikatorensets deutlich unterscheiden, sind mehr als die Hälfte der hessischen Indikatoren ähnlich, wenn nicht sogar deckungsgleich mit den entsprechenden Indikatoren der globalen Agenda 2030 und den EU-SDG-Indikatoren.

## Fazit

Die Verabschiedung der Agenda 2030 hat den Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung weltweit neuen Schwung verliehen. Die Weiterverfolgung und Überprüfung der 17 Nachhaltigkeitsziele spielt in der Agenda 2030 eine wichtige Rolle und ist in der Resolution 70/1 auf dreifache Weise verankert. Zum einen wurde der Überprüfung ein eigenes Kapitel gewidmet, zum anderen widmet sich SDG 17 (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele) ausschließlich dieser Thematik.<sup>7)</sup> Zudem gibt es zu den übrigen 16 SDGs mehr oder weniger allgemein formulierte Maßnahmen zur Umsetzung des jeweiligen Ziels. Daher muss jeder Zielvorgabe mindestens ein Indikator zugeordnet sein und mit Daten unterfüttert werden. Die Indikatoren bilden die wesentliche Grundlage, um die Verwirklichung der Ziele zu überprüfen und Fortschritte zu messen.

Auch wenn die Weiterverfolgung und Überprüfung der Zielvorgaben in der Hauptverantwortung jeder einzelnen nationalen Regierung liegt (Resolution 70/1 der VN, Absätze 47 und 55), kommt der EU und auch den Bundesländern bei der Umsetzung eine wesentliche Rolle zu.

7) Hinweis: im Langtitel des SDGs 17 ist die Formulierung „Umsetzungsmittel stärken“ enthalten (siehe auch Infobox 2).

Tabelle 2: Indikatorenset der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen (Stand: 02.05.2018)

Indikator	Indikatortyp*
SDG 1: Armutsgefährdung und Teilhabe	
Langzeiterwerbslosenquote	R
Armutsgefährdungsquote	R
SDG 2: Nachhaltige Landwirtschaft	
Ökologischer Landbau	Z
Stickstoffüberschuss	Z
SDG 3: Gesundheit und Wohlergehen	
Adipositas bei Erwachsenen	Z
Immissionen von Luftschadstoffen	R
Lärmbelastung	R
Lebenserwartung	R
SDG 4: Hochwertige Bildung	
Frühe Schul- und Ausbildungsabgänger (nach Migrationsstatus)	Z
30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundärem nichttertiärem Abschluss	R
Lebenslanges Lernen	R
Öffentliche Ausgaben für Bildung	R
SDG 5: Geschlechtergerechtigkeit	
Frauen in führenden politischen Ämtern	R
Frauen in den Führungspositionen in der Privatwirtschaft	R
Frauen im höheren Dienst des Landesbereichs Hessens	R
SDG 6: Sauberes Wasser	
Nitrat im Grundwasser	Z
Ammonium in Fließgewässern	R
SDG 7: Bezahlbare und saubere Energie	
Erneuerbare Energien	Z
Energieproduktivität	R
Preisindex für Energie der privaten Haushalte	R
Strompreise für die Industrie	R
SDG 8: Nachhaltiges Wachstum, produktive Beschäftigung	
Strukturelles Neuverschuldungsverbot	Z
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen	R
Öffentliche Schulden (Schuldenstand des Landeshaushalts)	R
Nettoanlageinvestitionen	R
Erwerbstätigenquote nach Altersgruppen (und Migrationsstatus)	R
Öffentliches Sachvermögen	R
Gütertransportintensität	R
Betriebe mit Betriebsräten	R
SDG 9: Innovation und Infrastruktur	
Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung	Z
Breitbandversorgung	Z
SDG 10: Ungleichheit entgegenwirken	
Einbürgerungen von Ausländern	R
Gini-Koeffizient zur Einkommensverteilung	R
Flüchtlinge in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen	R
SDG 11: Nachhaltige Städte und Gemeinden	
Radwegenetz	R
Bevölkerungsgewichtete durchschnittliche ÖV-Reisezeit	R
Überlastung durch Wohnkosten	R
* Z = Zielindikator, R = Reportingindikator.	



**Noch:Tabelle 2: Indikatorenset der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen (Stand: 02.05.2018)**

Indikator	Indikatortyp*
<b>SDG 12: Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster</b>	
Endenergieverbrauch privater Haushalte	Z
Rohstoffproduktivität (später ggf. Gesamtrohstoffproduktivität)	R
Inländischer Materialverbrauch (DMC)	R
<b>SDG 13: Klimaschutz</b>	
Treibhausgasemissionen	Z
Energiebedingte CO <sub>2</sub> -Emissionen (nach Verkehrsarten)	R
Holzbauquote	R
<b>SDG 14: Meere schützen</b>	
–	–
<b>SDG 15: Landschafts- und Artenvielfalt erhalten</b>	
Siedlungs- und Verkehrsfläche	Z
Artenvielfalt (und Landschaftsqualität)	Z
Landwirtschaftsflächen mit hohem Naturwert	R
Landschaftszerschneidung	R
Waldzustand	R
<b>SDG 16: Innere Sicherheit und Inklusion</b>	
Straftaten	R
Schwerbehinderte(-nquote)	R
<b>SDG 17: Entwicklungszusammenarbeit</b>	
Öffentliche Leistungen für Entwicklungsarbeit	R
Studierende und Forscherinnen/Forscher aus Entwicklungsländern sowie aus den Least Developed Countries (LDCs)	R
Durch das Land geförderte Nord-Süd-Partnerschaften (Schulen, Projekte)	R

\* Z = Zielindikator, R = Reportingindikator.

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung mit ihren 17 SDGs gab in der EU, in Deutschland und Hessen den Anstoß zur umfassenden Überarbeitung und Weiterentwicklung der bestehenden Nachhaltigkeitsstrategien. So wurden neue Themenfelder der Agenda 2030 aufgenommen. Infolgedessen haben sowohl die Anzahl der Indikatorenbereiche als auch die Zahl der Indikatoren selbst deutlich zugenommen.

Die jeweiligen statistischen Ämter informieren unabhängig sowohl über die Entwicklung der Indikatoren als auch über die Zielerreichung. Für das Land Hessen geschieht dies im Fortschrittsbericht zur Nachhaltigkeitsstrategie Hessen. Der nächste Bericht erscheint voraussichtlich im Jahr 2019.

E-Mail: [NHS-Indikatoren@statistik.hessen.de](mailto:NHS-Indikatoren@statistik.hessen.de)

- BLUMERS, Miriam und Sven C. KAUMANN, 2017. *Neuaufgabe der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie*. In: WISTA Wirtschaft und Statistik. 2017(1), S. 96–109. ISSN 1619-2907.
- DIE BUNDESREGIERUNG, 2017. *Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie [online] – Neuaufgabe 2016*. April 2017 [Zugriff am 10.07.2018]. Verfügbar unter: <https://bit.ly/2BQ6bTt>.
- DODDS, Felix, David DONOGHUE und Jimena Leiva ROESCH, 2017. *Negotiating the sustainable development goals: a transformational agenda for an insecure world*. London: Routledge, Taylor & Francis Group. ISBN 978-1-138-69507-8.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2016a. *Communication from the Commission to the European Parliament, the Council, the European economic and social committee and the Committee of the regions – Next steps for a sustainable European future*, COM(2016) 739 final. Brüssel.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION, 2016b. *Key European action supporting the 2030 Agenda and the Sustainable Development Goals*. Commission Staff Working Document, SWD (2016) 390 final. Brüssel.
- EUROSTAT, 2016. *Sustainable development in the European Union – A statistical glance from the viewpoint of the UN Sustainable Development Goals*. Luxemburg: Publications Office of the European Union. ISBN 978-92-79-61910-6.
- EUROSTAT, 2017a. *EU SDG Indicator Set [online] – Indicators for Monitoring the Sustainable Development Goals (SDGs) in an EU Context*. 31.05.2017 [Zugriff am 10.07.2018]. Verfügbar unter: <https://bit.ly/2LsHJah>.
- EUROSTAT, 2017b. *Sustainable development in the European Union – Monitoring report on progress towards the SDGs in an EU context*, 2017 edition. Luxemburg: Publications Office of the European Union. ISBN 978-92-79-72288-2.
- GRUNWALD, Armin und Jürgen KOPFMÜLLER, 2012. *Nachhaltigkeit*. 2. aktualisierte Auflage. Frankfurt/Main: Campus Verlag. Campus »Studium«. ISBN 9783593393971.
- HESSISCHES STATISTISCHES LANDESAMT, 2016. *Nachhaltigkeitsstrategie Hessen – Ziele und Indikatoren; Fortschrittsbericht 2016*. Wiesbaden.
- HUCK, Winfried, 2018. *Horizontale und vertikale Wirkungen der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen im System des Rechts*. In: Achim Michalke, Martin Rambke, Stefan Zeranski, Hrsg. *Vernetztes Risiko- und Nachhaltigkeitsmanagement – Erfolgreiche Navigation durch die Komplexität und Dynamik des Risikos*. Wiesbaden: Springer Gabler. Business, Economics and Law, S. 67–74. ISBN 978-3-658-19683-7.
- MINISTERPRÄSIDENTEN, 2014. *Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 12. Juni 2014* [online]. [Zugriff am 10.07.2018]. Verfügbar unter: <https://bit.ly/2wm4pDu>.
- STATISTISCHES BUNDESAMT, 2017. *Nachhaltige Entwicklung in Deutschland [online] – Indikatorenbericht 2016*. [Zugriff am 10.07.2018]. Verfügbar unter: <https://bit.ly/1o3KXOH>
- VEREINTE NATIONEN, 2015a. *Transforming our world [online]: The 2030 agenda for sustainable development*. Resolution 70/1. New York. [Zugriff am 10.07.2018]. Verfügbar unter: <https://bit.ly/2t76y4v>.
- VEREINTE NATIONEN, 2015b. *Addis Ababa Action Agenda of the Third International Conference on Financing for Development* [online]. UN Dok. A/RES/69/313, New York. [Zugriff am 10.07.2018]. Verfügbar unter: <https://bit.ly/1MsNqU6>.
- VEREINTE NATIONEN, 2017. *Work of the Statistical Commission pertaining to the 2030 Agenda for Sustainable Development* [online]. A/RES/71/313. New York. [Zugriff am 10.07.2018]. Verfügbar unter: <https://bit.ly/2LuL8oX>.
- WELTKOMMISSION FÜR UMWELT UND ENTWICKLUNG DER VEREINTEN NATIONEN, 1987. *Our Common Future* [online]. Oxford: Oxford University Press. [Zugriff am 10.07.2018]. Verfügbar unter: <https://bit.ly/1kxW7OR>.

# Hessen in Europa



© JENS – Fotolia.com

1) Im Folgenden: „durchschnittlich geleistete Stunden“.

2) NUTS steht für „Nomenclature des unités territoriales statistiques“ (Klassifikation der Gebiets-einheiten für die Statistik). In Deutschland entspricht die NUTS-1-Ebene den Bundesländern, die NUTS-2-Ebene i. d. R. den Regierungsbezirken und die NUTS-3-Ebene den Landkreisen und kreisfreien Städten.

3) Für die Abgrenzung „20- bis unter 65-Jährige“ spricht, dass sie die heute tendenziell längeren Ausbildungszeiten berücksichtigt.

4) Die Datenverfügbarkeit für die Regionen variiert je nach Indikator. Datenquelle: Eurostat, 2018. *Durchschnittlich normalerweise geleistete Wochenarbeitsstunden in Haupttätigkeit nach Geschlecht, Alter und NUTS-2-Regionen* – jährliche Daten [online]. Code: [lfst\_r\_lfe2ehour] [Zugriff am: 09.07.2018]. Verfügbar unter: <https://bit.ly/2Cqk3nJ>.

5) International vergleichbare Daten zur Zahl der geleisteten Stunden werden im Rahmen der Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union ermittelt. Diese ist fester Bestandteil des Mikrozensus, einer jährlich in Deutschland durchgeführten Haushaltsbefragung bei rund 1 % der Haushalte. Geleistete Stunden werden ebenfalls im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermittelt.

## In der Hauptbeschäftigung geleistete Wochenarbeitsstunden

Nach dem Blick auf die Pendler im zwölften Teil der Serie „Hessen in Europa“ wird in diesem Beitrag ebenfalls ein Indikator der Arbeitsmarktstatistik beschrieben. Gegenstand der Betrachtung ist die Anzahl der in der Hauptbeschäftigung normalerweise geleisteten Wochenarbeitsstunden der Erwerbstätigen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren in den NUTS-2-Regionen Europas<sup>1)2)3)</sup>. Auf Basis europaweit vergleichbarer Angaben werden die Ergebnisse für Hessen eingeordnet und Unterschiede in den europäischen Regionen dargestellt<sup>4)</sup>.

In der Ausgabe 1/2017 dieser Zeitschrift standen die Erwerbstätigen und ihr Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung (Erwerbstätigenquote) im Mittelpunkt. Alle 3 hessischen Regionen wiesen eine relativ hohe, über dem EU-28-Durchschnitt liegende, Erwerbstätigenquote auf. Die moderne Arbeitswelt ist geprägt durch eine Vielzahl von Möglichkeiten der Arbeits(zeit)gestaltung. Neben der Kopfzahl ist daher auch der Blick auf den Arbeitseinsatz von Bedeutung.

In Deutschland leisteten die Erwerbstätigen 2017 durchschnittlich 35,5 Arbeitsstunden, die Hessinnen und Hessen arbeiteten 35,2 Stunden pro Woche. Beide Wochenarbeitszeiten lagen somit unter der der 28 EU-Staaten in Höhe von 37,5 Stunden<sup>5)</sup>.

Auch in den niederländischen Regionen sowie in Teilen Deutschlands liegt die geleistete Stundenzahl unter 36 Stunden. Sie sind in der Karte (siehe

Abbildung 1) hell dargestellt. Eine hohe Zahl von Arbeitsstunden tritt vorwiegend in Süd- und Osteuropa auf, bspw. in Griechenland und in Teilen Polens oder Bulgariens. Sie sind in der Karte dunkel dargestellt.

## Durchschnittlich geleistete Stunden in Hessen und den europäischen Regionen 2017

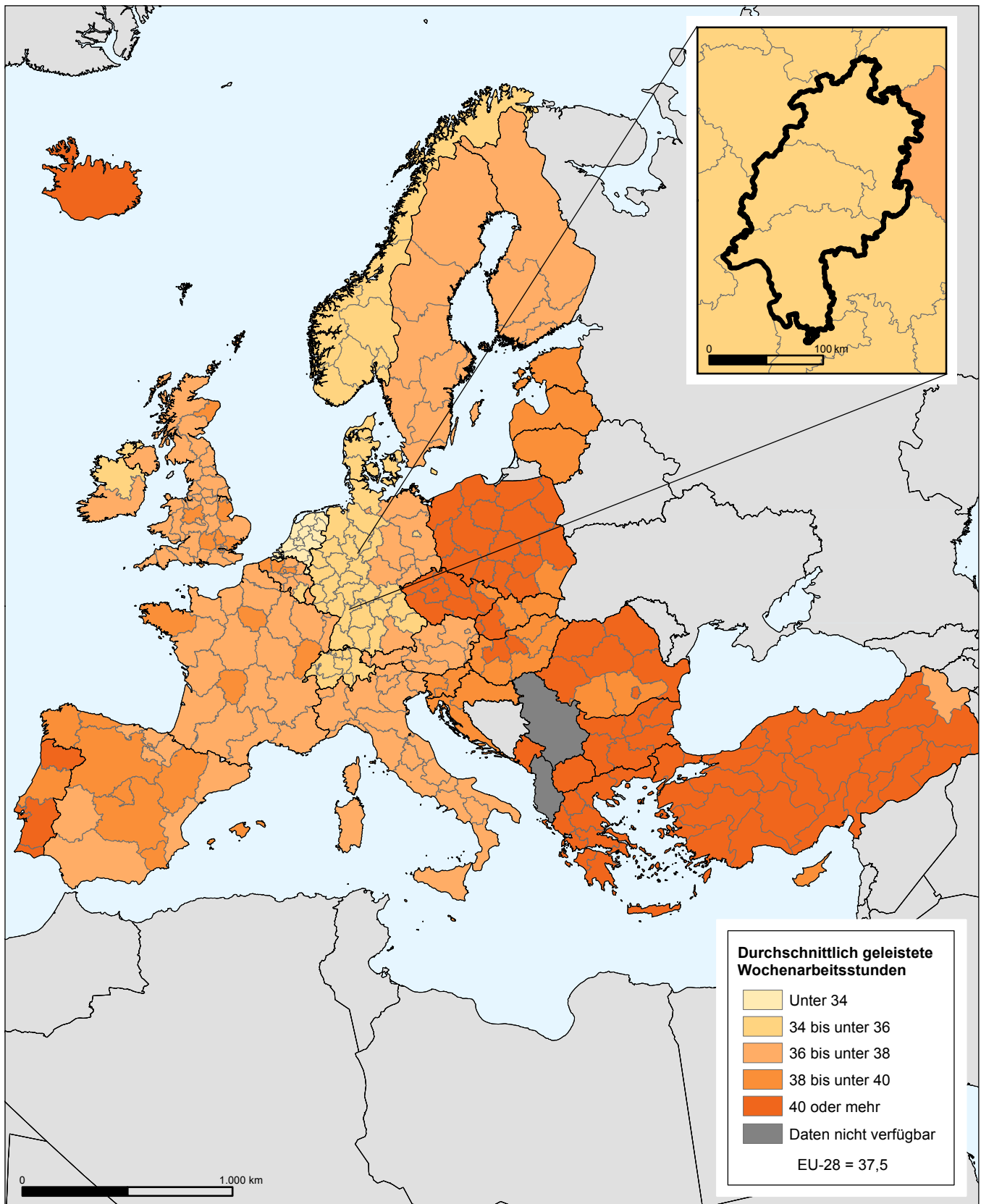
Es liegen Informationen für 276 europäische Regionen (NUTS-2-Ebene) vor. Davon wiesen 12 Regionen oder rund 4 % weniger als 34 geleistete Stunden je Woche auf. In 41 Regionen (14,9 %) wurde zwischen 34 und 36 Stunden gearbeitet. Die größte Gruppe (43,5 %) bildeten die 120 Regionen mit einer Stundenzahl zwischen 36 und 38. 47 Regionen, also rund 17 %, wiesen Stundenzahlen zwischen 38 und 40 auf. In 56 Regionen (20,3 %) wurde 40 Stunden oder mehr gearbeitet.

In den 28 EU-Staaten reichte die Spanne zwischen dem geringsten und dem höchsten Wert von 30,2 Stunden in der niederländischen Region „Groningen“ bis zu 45,2 Stunden in der griechischen Region „Notio Aigaio“. Die Gruppe der 10 Regionen mit den geringsten Stundenzahlen setzte sich neben „Groningen“ aus weiteren 9 niederländischen Regionen zusammen. Die Gruppe der 10 Regionen mit den höchsten Stundenzahlen umfasste weitere 9 griechische Regionen. Die Ursachen für die Unterschiede zwischen den Regionen sind vielschichtig. Um etwa die Arbeitszeit reduzieren zu können, muss zum einen ein bestimmtes Wohlstandsniveau erreicht und zum anderen die rechtliche Grundlage vorhanden sein.

Mit Blick auf Hessen betrug die durchschnittlich geleistete Stundenzahl im Regierungsbezirk Gießen 34,1 Stunden, im Regierungsbezirk Kassel 34,4 Stunden und im Regierungsbezirk Darmstadt 35,7 Stunden.

Mit dem Regierungsbezirk Gießen vergleichbare Regionen waren bspw. die niederländische Region „Zeeland“ (32,8 Stunden) oder die dänische

**Abbildung 1: Durchschnittlich geleistete Wochenarbeitsstunden in der Haupttätigkeit der Erwerbstätigen im Alter von 20 bis unter 65 Jahren im Jahr 2017 nach NUTS-2-Regionen<sup>1)</sup>**



1) Quelle: Eurostat, Online Daten Code [lfst\_r\_lfe2ehour].

© EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen  
 © Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2018  
 Kartografie: Competence Center Geoinformation (CCG)



© Jorisvo – Fotolia.com

6) EFTA steht für „European Free Trade Association“ („Europäische Freihandelsassoziation“). Zugehörige Staaten sind: Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz. Kandidatenländer sind: Albanien, Montenegro, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Serbien und die Türkei.

Region „Hovedstaden“ (34,2 Stunden). Dem Regierungsbezirk Kassel ähnliche Regionen waren das französische Überseedepartement Guadeloupe (ebenfalls 34,4 Stunden) und die dänische Region „Midtjylland“ (34,5 Stunden). In der dänischen Region „Sjælland“ (35,6 Stunden), der belgischen Region „Prov. Luxembourg“ sowie im französischen Überseedepartement Guyane (jeweils ebenfalls 35,7 Stunden) arbeiteten die

Beschäftigten gleich oder ähnlich lange wie im Regierungsbezirk Darmstadt.

Im Hinblick auf die EFTA-Staaten<sup>6)</sup> liegen Daten für Norwegen, die Schweiz und Island vor. Die Spanne der Arbeitszeit reichte hier von 34,3 Stunden in der norwegischen Region „Trøndelag“ bis zu einem Wert von 40,5 Stunden in Island.

Von den EU-Beitrittskandidaten „Türkei“, „Serbien“, „Montenegro“, „Albanien“ und „Mazedonien“ lagen nur Angaben für die Türkei, Montenegro und Mazedonien vor. Die niedrigsten und höchsten Werte dieser Gruppe stammen von 2 türkischen Regionen: Während die Erwerbstätigen in der Region „Agri, Kars, Igdir, Ardahan“ 36,5 Stunden arbeiteten, taten dies die Beschäftigten in der Region „Mardin, Batman, Sirnak, Siirt“ 52,5 Stunden.

**Benedikt Kull**; Tel.: 0611 3802-824;  
E-Mail: [benedikt.kull@statistik.hessen.de](mailto:benedikt.kull@statistik.hessen.de)



# Ausgewählte Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Hessen

Jahr Monat Vierteljahr		Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>				Bauhauptgewerbe <sup>3)</sup>		Einzelhandel	Preise	Arbeitsmarkt <sup>7)</sup>				
		Volumenindex des Auftragseingangs <sup>2)</sup> 2015 = 100			Beschäftigte	Index des Auftrags- eingangs <sup>4)</sup>  2010 = 100	Beschäftigte	Index der Umsätze <sup>5)12)</sup>  2010 = 100	Ver- braucher- preisindex <sup>6)</sup>  2010 = 100	Arbeits- lose <sup>8)</sup>	Arbeits- losen- quote <sup>9)</sup>	Gemeldete Arbeits- stellen <sup>10)</sup>	Kurz- arbeit (Perso- nen) <sup>11)13)</sup>	
														insgesamt
Grundzahlen <sup>11)</sup>														
2015	D	100,0	100,0	100,0	361 736	125,5	24 616	100,0	106,3	177 944	5,5	42 549	8 383	
2016	D	96,6	96,1	97,0	361 862	149,3	26 725	101,7	106,7	172 826	5,3	48 688	9 023	
2017	D	97,2	101,0	94,7	365 953	158,5	31 139	104,2	108,8	166 287	5,0	52 282	...	
2017	Mai	96,1	96,2	96,0	363 701	145,2	31 776	106,6	108,4	164 559	4,9	50 812	2 616	
	Juni	101,4	110,1	95,7	365 499	189,2	31 771	104,3	108,5	163 414	4,9	52 273	2 235	
	2. Vj. D	95,0	98,3	92,8	364 094	172,9	31 652	104,9	108,4	.	.	.	.	
	Juli	94,9	103,2	89,5	366 346	179,7	31 592	100,1	108,9	169 305	5,1	53 823	1 935	
	August	96,2	107,7	88,7	368 533	132,2	31 897	102,6	108,9	167 746	5,0	54 387	2 190	
	September	96,2	97,8	95,1	370 096	147,5	31 573	103,2	109,2	161 682	4,8	55 417	1 896	
	3. Vj. D	95,8	102,9	91,1	368 325	153,1	31 687	102,0	109,0	.	.	.	.	
	Oktober	98,0	100,2	96,5	370 266	135,0	30 829	102,0	109,0	159 034	4,8	55 982	1 665	
	November	107,3	111,3	104,8	369 858	164,2	30 577	111,8	109,4	156 441	4,7	55 419	1 828	
	Dezember	97,4	95,5	98,6	368 107	195,9	29 597	123,2	110,1	156 353	4,7	53 646	13 898	
	4. Vj. D	100,9	102,3	100,0	369 410	165,0	30 334	112,3	109,5	.	.	.	.	
	2018	Januar	103,2	101,8	104,1	368 683	119,5	31 053	98,1	109,2	167 610	5,0	51 039	...
		Februar	95,7	99,1	93,5	369 812	121,2	31 274	93,9	109,6	166 028	5,0	52 660	...
		März	111,6	114,7	109,5	370 170	170,0	31 697	110,8	110,0	160 997	4,8	53 958	...
		1. Vj. D	103,5	105,2	102,4	369 555	136,9	31 341	100,9	109,6	.	.	.	.
		April	95,9	101,2	92,5	370 019	180,6	32 121	106,2	110,0	157 860	4,7	55 072	...
Mai		97,7	97,4	97,9	370 769	179,1	32 128	106,2	110,5	153 375	4,5	55 326	...	
Juni		98,0	104,8	93,7	372 423	245,3	32 480	109,2	110,5	151 955	4,5	56 382	...	
2. Vj. D		97,2	101,2	94,7	371 070	201,7	32 243	107,2	110,3	.	.	.	.	
Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vorjahr bzw. dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in % <sup>11)</sup>														
2015	D	–	–	–	0,4	– 2,6	– 2,5	– 3,9	0,2	– 3,5	.	19,1	8,4	
2016	D	– 3,4	– 3,9	– 3,0	0,0	8,6	18,9	1,7	0,4	– 2,9	.	14,4	7,7	
2017	D	0,6	5,1	– 2,4	1,1	6,2	16,5	2,5	2,0	– 3,8	.	7,4	...	
2017	Mai	8,7	5,5	11,0	1,1	– 20,3	19,3	5,3	1,7	– 3,8	.	4,3	– 40,5	
	Juni	– 4,5	4,0	– 10,0	1,4	– 1,6	17,8	3,0	1,9	– 3,1	.	4,5	– 33,6	
	2. Vj.	– 2,4	– 2,6	– 2,3	1,1	– 0,4	19,1	2,9	1,9	.	.	.	.	
	Juli	– 0,2	12,8	– 8,2	1,2	3,2	15,9	– 0,8	1,9	– 2,1	.	5,7	– 37,3	
	August	10,2	15,8	6,1	1,4	– 20,3	15,7	4,2	1,8	– 4,5	.	5,7	– 25,7	
	September	5,8	3,5	7,3	1,3	– 0,7	14,2	5,0	2,1	– 3,6	.	1,9	– 64,9	
	3. Vj.	5,2	10,6	1,3	1,3	– 6,0	15,3	2,7	1,9	.	.	.	.	
	Oktober	3,6	3,3	3,9	1,5	22,0	12,0	– 1,1	1,6	– 4,0	.	9,8	– 68,4	
	November	6,0	10,5	3,3	1,5	32,1	11,6	4,6	2,0	– 4,5	.	10,9	– 68,4	
	Dezember	6,2	2,6	8,7	1,5	34,4	10,3	1,0	1,7	– 5,9	.	14,0	– 8,7	
	4. Vj.	5,3	5,6	5,3	1,5	30,1	11,3	1,5	1,8	.	.	.	.	
	2018	Januar	9,7	5,3	12,8	2,1	22,1	1,9	3,3	1,3	– 6,4	.	8,4	...
		Februar	8,0	8,5	7,7	2,3	– 14,6	1,9	1,8	1,1	– 6,3	.	8,8	...
		März	2,7	1,5	3,4	1,9	– 9,8	0,7	2,9	1,5	– 6,3	.	9,0	...
		1. Vj.	6,6	4,9	7,8	2,1	– 4,1	1,5	2,6	1,3	.	.	.	.
		April	9,7	14,2	6,8	1,9	– 2,0	2,3	2,3	1,5	– 6,4	.	8,7	...
Mai		1,7	1,2	2,0	1,9	23,3	1,1	– 0,5	1,9	– 6,8	.	8,9	...	
Juni		– 3,4	– 4,8	– 2,1	1,9	29,7	2,2	4,7	1,8	– 7,0	.	7,9	...	
2. Vj.		2,3	3,0	2,0	1,9	16,6	1,9	2,2	1,8	.	.	.	.	
Zu- bzw. Abnahme (–) jeweils gegenüber dem Vormonat bzw. dem Vorquartal in % <sup>11)</sup>														
2017	Mai	10,0	8,6	10,9	0,2	– 21,2	1,2	2,7	0,0	– 2,4	.	0,4	– 12,6	
	Juni	5,5	14,4	– 0,3	0,5	30,3	0,0	– 2,2	0,1	– 0,7	.	2,9	– 14,6	
	2. Vj.	– 2,2	– 2,0	– 2,3	0,6	21,1	2,5	6,7	0,2	.	.	.	.	
	Juli	– 6,4	– 6,3	– 6,5	0,2	– 5,0	– 0,6	– 4,0	0,4	3,6	.	3,0	– 13,4	
	August	1,4	4,4	– 0,9	0,6	– 26,4	1,0	2,4	0,0	– 0,9	.	1,0	13,2	
	September	0,0	– 9,2	7,2	0,4	11,5	– 1,0	0,6	0,3	– 4,6	.	8,9	– 13,4	
	3. Vj.	0,8	4,7	– 1,8	1,2	– 11,5	– 0,1	– 2,8	0,6	.	.	.	.	
	Oktober	1,9	2,5	1,5	0,0	– 8,5	– 2,4	– 1,2	– 0,2	– 1,6	.	1,0	– 12,2	
	November	9,5	11,1	8,6	– 0,1	21,7	– 0,8	9,6	0,4	– 1,6	.	1,0	9,8	
	Dezember	– 9,2	– 14,2	– 5,9	– 0,5	19,3	– 3,2	10,2	0,6	– 0,1	.	– 3,2	660,3	
	4. Vj.	5,3	– 0,6	9,8	0,3	7,8	– 4,3	10,1	0,5	.	.	.	.	
	2018	Januar	6,0	6,6	5,6	0,2	– 39,0	4,9	– 20,4	– 0,8	7,2	.	– 4,9	...
		Februar	– 7,3	– 2,7	– 10,2	0,3	1,4	0,7	– 4,3	0,4	– 0,9	.	3,1	...
		März	16,6	15,7	17,1	0,1	40,3	1,4	18,0	0,4	– 3,0	.	2,4	...
		1. Vj.	2,6	2,8	2,4	0,0	– 17,0	3,3	– 10,2	0,1	.	.	.	.
		April	– 14,1	– 11,8	– 15,5	– 0,0	6,2	1,3	– 4,2	0,0	– 1,9	.	2,1	...
Mai		1,9	– 3,8	5,8	0,2	– 0,8	0,0	0,0	0,5	– 2,8	.	0,5	...	
Juni		0,3	7,5	– 4,3	0,4	37,0	1,1	2,8	0,0	– 0,9	.	1,9	...	
2. Vi.		– 6,1	– 3,8	– 7,5	0,4	16,7	1,9	6,2	0,6	.	.	.	.	

1) Einschl. Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. Ab Januar 2009 Erfassung nach WZ 2008. — 2) Ohne Bergbau und ohne Gewinnung von Steinen und Erden. — 3) Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. — 4) Wertindex. — 5) Ohne Mehrwertsteuer. — 6) Alle privaten Haushalte. — 7) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Hessen (vorläufige Werte). Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. — 8) Bei Monatswerten Stand: Monatsmitte. Änderung der methodischen Grundlagen. — 9) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen. — 10) Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. — 11) Gegenüber der letzten Ausgabe teilweise berichtigte Ergebnisse. — 12) Ab April 2017 meldet ein großes deutsches Einzelhandelsunternehmen die Aufteilung seines Umsatzes auf die Bundesländer nach einem neuen Verfahren. Um die wirtschaftliche Entwicklung der Einzelhandelsunternehmen besser abzubilden, wurden die Ergebnisse rückwirkend bis Januar 2016 neu berechnet. Dies erlaubt den uneingeschränkten Vergleich der Ergebnisse mit den jeweiligen Vorjahresmonaten. Es führt aber auch zu einer Revision der bereits veröffentlichten Ergebnisse. — 13) Einschließl. witterungsbedingter Saison-Kurzarbeit.

Titel	Regionale Gliederung	Dateiformat	Kennziffer
<b>A Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit</b>			
Ausländische Bevölkerung in Hessen am 31. Dezember 2017; Ergebnisse des Ausländerzentralregisters	K	PDF <sup>1)</sup>	A I 7
<b>B Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen</b>			
Die allgemeinbildenden Schulen in Hessen 2017; Teil 1: Grundschulen, Hauptschulen, Mittelstufenschulen, Förderstufen, Förderschulen, Sonderpädagogische Förderung an allgemeinen Schulen (Stand: 1. November 2017)	K	PDF <sup>1)</sup>	B I 1
Lehrerinnen und Lehrer an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Hessen im Schuljahr 2017/18 (Stand: 1. November 2017)	K	PDF <sup>1)</sup>	B I 2 mit B II 2
Die beruflichen Schulen in Hessen 2017; Teil 2: Berufsfach-, Fach-, Fachoberschulen, Berufliche Gymnasien und Schulen des Gesundheitswesens (Stand: 1. November 2017)	K	PDF <sup>1)</sup>	B II 1
Auszubildende und Prüfungen in Hessen 2017; Ergebnisse der Berufsbildungsstatistik (Stand 31. Dezember 2017)	L	PDF <sup>1)</sup>	B II 5
Ergebnisse aus dem Projekt "Verstetigung einer integrierten Ausbildungsberichterstattung"; Anfängerinnen, Anfänger und Bestände 2008/09 bis 2017/18 nach Verwaltungsbezirken	K	PDF <sup>1)</sup>	B II 11
Personal und Habilitationen an Hochschulen in Hessen im Jahr 2017	L	PDF <sup>1)</sup>	B II 4
Rechtskräftig abgeurteilte und verurteilte Personen in Hessen 2017; Ergebnisse der Strafverfolgungsstatistik	L	PDF <sup>1)</sup>	B VI 1
Vergleichszahlen zur Landtagswahl 2018 in Hessen; Ergebnisse nach Wahlkreisen und Verwaltungsbezirken	K / WK	PDF <sup>1)</sup>	B VII 2 - 1
<b>C Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</b>			
Flächenerhebung in Hessen zum 31.12.2017; Tatsächliche Nutzung	K	PDF <sup>1)</sup>	C I 2
Viehbestandserhebung – Schweine – im Mai 2018	L	PDF <sup>1)</sup>	C III 1 - 3
Rinderbestände und Rinderhaltungen im Mai 2018	K	PDF <sup>1)</sup>	C III 1 - 5
Landwirtschaftliche Betriebe mit Haltung von Rindern sowie Milchkühen zum Stichtag 3.5.2018 (Registrierungsauswertung)	K	PDF <sup>1)</sup>	C III 1 - 7
Schlachtungen in Hessen im 2. Vierteljahr 2018 (Vorläufiges Ergebnis)	K	PDF <sup>1)</sup>	C III 2
Ergebnisse der tierischen Erzeugung in Hessen 2017	K	PDF <sup>1)</sup>	C III 3
Erzeugung in Aquakulturbetrieben in Hessen 2017	K	PDF <sup>1)</sup>	C III 4
<b>D Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen</b>			
Gewerbeanzeigen in Hessen im 1. Vierteljahr 2018	K	PDF <sup>1)</sup>	D I 2
<b>E Produzierendes Gewerbe, Handwerk</b>			
Verarbeitendes Gewerbe in Hessen 2017 (Betriebe mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten)	K	PDF <sup>1)</sup>	E I 1
Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) in Hessen (Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten)			
- im April 2018	K	PDF <sup>1)</sup>	E I 1
- im Mai 2018	K	PDF <sup>1)</sup>	E I 1
- im Juni 2018	K	PDF <sup>1)</sup>	E I 1
Indizes des Auftragseingangs und des Umsatzes im Verarbeitenden Gewerbe in Hessen			
- im April 2018	L	PDF	E I 3
- im Mai 2018	L	PDF	E I 3
- im Juni 2018	L	PDF	E I 3
Das Bauhauptgewerbe in Hessen			
- im April 2018	K	PDF <sup>1)</sup>	E II 1
- im Mai 2018	K	PDF <sup>1)</sup>	E II 1
- im Juni 2018	K	PDF <sup>1)</sup>	E II 1
Das Ausbaugewerbe in Hessen im 1. Vierteljahr 2018 (Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe)	K	PDF <sup>1)</sup>	E III 1
Energieversorgung in Hessen			
- im Januar 2018	L	PDF <sup>1)</sup>	E IV 1, E IV 2 mit E IV 3
- im Februar 2018	L	PDF <sup>1)</sup>	E IV 1, E IV 2 mit E IV 3
- im März 2018	L	PDF <sup>1)</sup>	E IV 1, E IV 2 mit E IV 3
- im April 2018	L	PDF <sup>1)</sup>	E IV 1, E IV 2 mit E IV 3
Hessische Energie- und CO <sub>2</sub> -Bilanz 2015 und vorläufige Ergebnisse für 2016	L	PDF <sup>1)</sup>	E IV 6
Das Handwerk in Hessen im 1. Vierteljahr 2018; Zulassungspflichtiges Handwerk (Vorläufige Ergebnisse)	L	PDF <sup>1)</sup>	E V 1

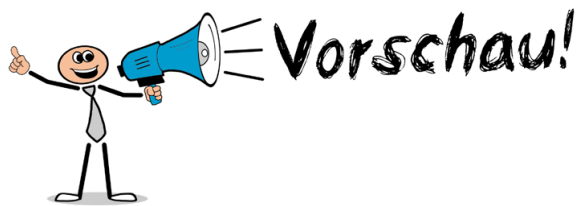
1) Mit Excel-Anhang.

Titel	Regionale Gliederung	Dateiformat	Kennziffer
<b>F Wohnungswesen, Bautätigkeit</b>			
Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen in Hessen; Fortschreibungsergebnisse zum Stand 31. Dezember 2017 (Ergebnisse auf der Grundlage der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 - Stand 28. Mai 2014)	G	PDF <sup>1)</sup>	F I 1
Baugenehmigungen in Hessen			
- im April 2018	K	PDF <sup>1)</sup>	F II 1
- im Mai 2018	K	PDF <sup>1)</sup>	F II 1
- im Juni 2018	K	PDF <sup>1)</sup>	F II 1
Baufertigstellungen in Hessen im Jahr 2017	K	PDF <sup>1)</sup>	F II 2
Bauüberhang in Hessen am 31. Dezember 2017	K	PDF <sup>1)</sup>	F II 3
<b>G Handel, Tourismus, Gastgewerbe</b>			
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Kfz- und Einzelhandel sowie in der Instandhaltung und Reparatur von Kfz in Hessen (Vorläufige Ergebnisse)			
- im Oktober 2017	L	PDF <sup>1)</sup>	G I 1
- im November 2017	L	PDF <sup>1)</sup>	G I 1
- im Dezember 2017	L	PDF <sup>1)</sup>	G I 1
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Großhandel und in der Handelsvermittlung in Hessen (Vorläufige Ergebnisse)			
- im Oktober 2017	L	PDF <sup>1)</sup>	G I 2
- im November 2017	L	PDF <sup>1)</sup>	G I 2
- im Dezember 2017	L	PDF <sup>1)</sup>	G I 2
Strukturdaten des Einzelhandels in Hessen im Jahr 2016; Ergebnisse der Jahreserhebung	L	PDF <sup>1)</sup>	G I 3
Die Ausfuhr Hessens (Vorläufige Ergebnisse)			
- im April 2018	L	PDF <sup>1)</sup>	G III 1
- im Mai 2018	L	PDF <sup>1)</sup>	G III 1
- im Juni 2018	L	PDF <sup>1)</sup>	G III 1
Die Einfuhr nach Hessen (Vorläufige Ergebnisse)			
- im April 2018	L	PDF <sup>1)</sup>	G III 3
- im Mai 2018	L	PDF <sup>1)</sup>	G III 3
- im Juni 2018	L	PDF <sup>1)</sup>	G III 3
Gäste und Übernachtungen im hessischen Tourismus (Vorläufige Ergebnisse)			
- im April 2018	G	PDF <sup>1)</sup>	G IV 1
- im Mai 2018	G	PDF <sup>1)</sup>	G IV 1
- im Juni 2018	G	PDF <sup>1)</sup>	G IV 1
Entwicklung von Umsatz und Beschäftigten im Gastgewerbe in Hessen			
- im November 2017	L	PDF <sup>1)</sup>	G IV 3
- im Dezember 2017	L	PDF <sup>1)</sup>	G IV 3
Strukturdaten des Gastgewerbes in Hessen im Jahr 2016; Ergebnisse der Jahreserhebung	L	PDF <sup>1)</sup>	G IV 4
<b>H Verkehr</b>			
Straßenverkehrsunfälle in Hessen (Vorläufige Ergebnisse)			
- im April 2018	K	PDF <sup>1)</sup>	H I 1
- im Mai 2018	K	PDF <sup>1)</sup>	H I 1
Personenverkehr mit Bussen und Bahnen in Hessen im 1. Vierteljahr 2018 (Vorläufige Ergebnisse)	L	PDF <sup>1)</sup>	H I 4
Binnenschifffahrt in Hessen			
- im März 2018	Häfen	PDF <sup>1)</sup>	H II 1
- im April 2018	Häfen	PDF <sup>1)</sup>	H II 1
- im Mai 2018	Häfen	PDF <sup>1)</sup>	H II 1

1) Mit Excel-Anhang.

Titel	Regionale Gliederung	Dateiformat	Kennziffer
<b>K Sozialleistungen</b>			
Die Kinder- und Jugendhilfe in Hessen im Jahr 2017			
- Adoptionen, Pflegschaften, Vormundschaften, Beistandschaften, Pflegeerlaubnis, Sorgeerklärungen, Maßnahmen des Familiengerichts, vorläufige Schutzmaßnahmen	K	PDF <sup>1)</sup>	K V 5
- Gefährdungseinschätzungen nach § 8a SGB VIII	K	PDF <sup>1)</sup>	K V 9
Wohngeld in Hessen im Jahr 2017	K	PDF <sup>1)</sup>	K VII 1
<b>L Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern</b>			
Versorgungsempfänger in Hessen am 1. Januar 2017	L	PDF <sup>1)</sup>	L III 3
Lohn- und Einkommensteuerstatistik in Hessen 2014	K	PDF <sup>1)</sup>	L IV 3
Die Einkommen der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen in den hessischen Gemeinden im Jahr 2014	G	PDF <sup>1)</sup>	L IV 3/S
Körperschaftsteuer in Hessen 2013; Ergebnisse der Körperschaftsteuerstatistik	L	PDF <sup>1)</sup>	L IV 4
Die Erbschaft- und Schenkungsteuer 2017 in Hessen	L	PDF <sup>1)</sup>	L IV 5
<b>M Preise und Preisindizes</b>			
Verbraucherpreisindex in Hessen			
- im Mai 2018	L	PDF <sup>1)</sup>	M I 2
- im Juni 2018	L	PDF <sup>1)</sup>	M I 2
- im Juli 2018	L	PDF <sup>1)</sup>	M I 2
Messzahlen für Bauleistungspreise und Preisindizes für Bauwerke in Hessen im Mai 2018	L	PDF <sup>1)</sup>	M I 4
<b>P Gesamtrechnungen</b>			
Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Hessen 2008 bis 2016 nach kreisfreien Städten und Landkreisen	K	PDF <sup>1)</sup>	P I 3
Arbeitnehmerentgelte, Bruttolöhne und -gehälter in Hessen 2008 bis 2016 nach kreisfreien Städten und Landkreisen	K	PDF <sup>1)</sup>	P I 5
<b>Q Umwelt</b>			
Nichtöffentliche Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Hessen 2016	K	PDF <sup>1)</sup>	Q I 2
Umweltschutzgüter und -leistungen in Hessen 2016	K	PDF <sup>1)</sup>	Q III 2
Klimawirksame Stoffe in Hessen 2016	L	PDF <sup>1)</sup>	Q IV 1
<b>Verzeichnisse</b>			
Anschriftenverzeichnis der Regierungspräsidien, Landkreise, Städte und Gemeinden in Hessen, Ausgabe Juni 2018	G	Excel	Verz. 3
Verzeichnis der allgemeinbildenden Schulen in Hessen, Ausgabe 2018	-	Excel	Verz. 6
Verzeichnis der beruflichen Schulen in Hessen, Ausgabe 2018	-	PDF <sup>1)</sup>	Verz. 7

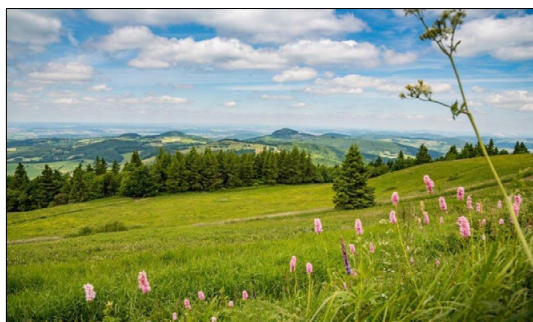
<sup>1)</sup> Mit Excel-Anhang.



© magele-picture – Fotolia.com

## ... auf das nächste Heft 4/2018 – Thema: Tourismus

Das Heft 4/2018 können Sie voraussichtlich ab März 2019 auf unserer Homepage: <https://statistik.hessen.de> abrufen oder über unseren Vertrieb unter: [vertrieb@statistik.hessen.de](mailto:vertrieb@statistik.hessen.de) bestellen.



© Henry Czauderna – Fotolia.com

### Tourismus 2017 in Hessen – Regionale Aspekte und Besonderheiten

von *Gabriele Hofacker*

Welche Reiseziele in Hessen werden am häufigsten besucht? Aus welchen Ländern kommen die Gäste? Welcher Reisemonat ist der beliebteste? Diese und weitere Fragen über den Tourismus in Hessen werden von der Autorin in ihrem Überblicksartikel beantwortet. Ein Schwerpunkt liegt zudem auf der Darstellung der regionalen Besonderheiten.



© Sashkin – Fotolia.com

### Gästeankünfte und Übernachtungen in kleinen Beherbergungsbetrieben in Hessen

von *Tobias Gramlich*

Beherbergungsbetriebe mit weniger als 10 Schlafgelegenheiten werden von der Statistik nicht erfasst. Der Beitrag thematisiert die Möglichkeit, die Anzahl der Beherbergungsbetriebe, der Übernachtungen und Gästeankünfte mittels Auswertungen der Beherbergungsstatistik in Verbindung mit dem Unternehmensregister zu schätzen, um auf diese Weise die Beherbergungsstatistik zu ergänzen.



© scusi – Fotolia.com

### Veränderungsraten und Zeitreihenbrüche am Beispiel der Personenverkehrsstatistik

von *Jacek Walsdorfer*

Diskontinuitäten in Statistiken lassen sich oft nicht vermeiden. Die Neubildung des Berichtskreises ist nur einer von vielen möglichen Gründen dafür. Der Autor diskutiert verschiedene Schätzverfahren die bei der Berechnung von Veränderungsraten im Fall des Auftretens von Zeitreihenbrüchen Abhilfe schaffen können.



## Außerdem im Heft:



Ortsschild; © Stadt Kassel, Foto: Andreas Weber

### Die Auswirkungen der documenta auf Gäste- und Übernachtungszahlen in Kassel

von Gabriele Hofacker

Wer an Kassel denkt, denkt auch an die Kunstausstellung documenta, die alle 5 Jahre in Kassel stattfindet. Welche Auswirkungen die mehrmonatigen Kunstausstellungen in den Jahren 2012 und 2017 auf die Tourismusbranche in Kassel hat und wie hoch die Gästezahlen in den Jahren ohne documenta sind, analysiert dieser Artikel.



© Modella – Fotolia.com

### Ermittlung des Bettenangebots von Beherbergungsbetrieben in Hessen mit Web scraping-Methoden

von Normen Peters

Der Beitrag beschäftigt sich mit einem möglichen Einsatz des Web scraping in der Tourismusstatistik. Der Autor demonstriert die exemplarische Anwendung dieses technisch-methodischen Ansatzes auf ein bekanntes, kommerzielles Buchungsportal aus der Beherbergungsbranche. Mit dem Web scraping können bspw. Informationen, wie die Anzahl der Einzel- und Doppelzimmer, die frei im Internet verfügbar sind, abseits üblicher Erhebungsmethoden gewonnen werden.



© Hessisches Statistisches Landesamt

Die Beitragsreihe „**Hessen in Europa**“ fasst sich im nächsten Heft mit der **Anzahl der Übernachtungen** in Beherbergungsbetrieben nach NUTS 2-Regionen.





Alle Ausgaben von Staat und Wirtschaft in Hessen finden sich auch als PDF-Datei zum kostenlosen Download auf unserer Homepage unter <https://statistik.hessen.de/publikationen/staat-und-wirtschaft>